

DER NRW-PLAN

Entwurf: Unser Programm für 2017-2022

The logo consists of a red square containing the text "NRW" in a white, sans-serif font above the text "SPD" in a larger, bold, white, sans-serif font.

NRW
SPD

ENTWURF

Inhalt

EIN STARKES UND GERECHTES NRW BRAUCHT EINEN KLAREN PLAN. ZUKUNFTSCHANCEN UND SICHERHEIT IM WANDEL NUR MIT UNS.	5
I. NRW: WIRTSCHAFTLICH STARK!	12
1. Wir stehen für Gute Arbeit in einer starken Wirtschaft.	13
1.1 Wir verbinden auch in Zeiten der Digitalisierung Flexibilität mit Sicherheit.	14
1.2 Wir setzen auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik und den <i>Sozialen Arbeitsmarkt</i>	15
1.3 Für uns ist klar: Keine Gute Arbeit ohne faire Arbeitsbedingungen.	16
2. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes.....	18
2.1 Wir setzen auf eine starke Industrie, innovative Mittelständler und ein solides Handwerk. .	19
2.2 Wir entwickeln NRW zum Innovationsland Nr. 1 in Europa.	22
2.3 Wir schaffen beste Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft.....	24
2.4 Wir investieren in Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.	26
3. Wir gestalten nachhaltiges Wachstum sozial.	28
3.1 Wir führen die Energiewende zum Erfolg.....	29
3.2 Wir setzen auf Ressourcenschonung und Wertschöpfungskreisläufe.....	32
3.3 Wir stellen uns engagiert dem Arten-, Landschafts- und Naturschutz.	34
3.4 Wir entwickeln die Land- und Forstwirtschaft nachhaltig.	35
II. NRW: SOZIAL GERECHT!	37
4. Wir wollen die beste Bildung für jeden von Anfang an.	39
4.1 Wir machen unsere Schulen fit für die Zukunft.	40
4.2 Wir stärken die berufliche Bildung.	43
4.3 Wir schaffen beste Bedingungen für ein erfolgreiches Studium.	45
4.4 Wir setzen auf lebensbegleitendes Lernen.....	47
5. Wir stärken Kinder und Familien.	48
5.1 Wir schaffen beste Bildung von Anfang an und eine verlässliche Kinderbetreuung.	50
5.2 Wir wissen: Familien brauchen Zeit, Anerkennung und finanziellen Spielraum.....	51
5.3 Wir setzen auf eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik.....	53
6. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in NRW.....	54
6.1 Wir ermöglichen ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter.....	55
6.2 Wir organisieren eine gelingende Integration.	57
6.3 Wir stehen für das Gelingen von Inklusion.	60
6.4 Wir treten für echte Gleichstellung ein.	61
6.5 Wir bekämpfen Armut und soziale Ausgrenzung.	62
6.6 Wir stehen für eine starke wohnortnahe Gesundheitsversorgung.	64
III. NRW: GEMEINSAM FÜR DEN ZUSAMMENHALT.....	66
7. Wir sorgen für handlungsfähige Kommunen.....	67
7.1 Wir halten Städte und Gemeinden finanziell handlungsfähig.	68

7.2 Wir stärken die kommunale Demokratie und das Ehrenamt vor Ort.	70
8.1 Wir investieren in lebenswerte Quartiere als Orte des Miteinanders.	72
8.2 Wir sorgen für guten und bezahlbaren Wohnraum.	75
8.3 Wir stärken die ländlichen Räume.	77
8.4 Wir machen NRW mobil.	78
8.5 Wir stehen für eine vielfältige Kulturlandschaft.	80
8.6 Wir wollen ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot sichern.	82
8.7 Wir gestalten das Sportland NRW.	84
9. Wir treten für einen starken Staat und mehr Sicherheit in einer offenen Gesellschaft ein.	86
9.1 Wir stärken die öffentliche Sicherheit.	86
9.2 Wir werden aktiv, bevor etwas passiert.	89
9.3 Wir setzen auf die Stärke des Rechts und stärken den Verbraucherschutz.	90
9.4 Wir stehen auf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus.	93
9.5 Wir stehen für religiöse Toleranz und Vielfalt	94
IV. NRW: VERLÄSSLICH KURS HALTEN!	96
10. Wir stehen für stabile Finanzen.	97
10.1 Unser Dreiklang gilt: Zukunftsinvestitionen, Haushaltskonsolidierung und Einnahmeverbesserungen.	98
10.2 Wir stehen für einen modernen und attraktiven Öffentlichen Dienst.	100
10.3 Wir sind der Anwalt für Steuergerechtigkeit in unserem Land.	100
11. Wir sind in Europa und der Einen Welt Zuhause.	102
11.1 Wir sind gute Nachbarn in einem starken Europa.	102
11.2 Wir setzen die Tradition unserer Eine-Welt-Politik fort.	104
SPD. POLITIK FÜR DIE SOLIDARISCHE MEHRHEIT IN NRW.	107

1 **EIN STARKES UND GERECHTES NRW BRAUCHT EINEN KLAREN PLAN.**
2 **ZUKUNFTSCHANCEN UND SICHERHEIT IM WANDEL NUR MIT UNS.**

3
4 Nordrhein-Westfalen ist auf gutem Kurs: So viele Menschen wie nie zuvor sind in Arbeit, die
5 Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit über 20 Jahren, die Bildungsinvestitionen
6 liegen auf Rekordhöhe, und die Familien in Nordrhein-Westfalen erhalten mehr Leistungen
7 als jemals zuvor. Das Land wird stärker und gerechter. Schritt für Schritt.

8
9 Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 2010 verfolgen wir ein klares Ziel: Wir
10 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen unser Land zukunftssicher. Daran
11 arbeiten wir jeden Tag. Konsequenz, vorausschauend und mit Haltung. Wir haben einen
12 klaren Plan und wir halten, was wir versprechen.

13
14 Mit unserer vorbeugenden Politik haben wir begonnen, in eine gute Zukunft für die
15 Menschen, die hier leben, zu investieren. Unsere Orientierung dabei: Raus aus dem
16 Reparaturmodus und rein in den Vorsorgemodus. Wir verstehen Vorbeugung als
17 Leitgedanken, als Gestaltungsprinzip in vielen Feldern. Nicht nur in der Sozialpolitik, sondern
18 auch in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Sozialdemokratie in NRW stellt sich mit
19 konkreten, durchdachten und erprobten Konzepten der Verantwortung für das größte
20 Bundesland. Auf Hannelore Kraft können die Menschen vertrauen.

21
22 Privat-vor-Staat – das war gestern. Die Zeit dieses schlanken Staates war kurz und sie ist
23 vorbei. Sie darf nicht wiederkehren, denn wir brauchen gerade jetzt einen handlungsfähigen
24 Staat. Unser Dreiklang lautet deshalb *„Zukunftsinvestitionen – Haushaltskonsolidierung –*
25 *Einnahmeverbesserungen*‘. Wir sorgen so für eine starke öffentliche Hand, die schützt und
26 stützt, die anschiebt und im Notfall auch auffängt. Und: Erstmals nach 1973 kommt NRW im
27 Jahr 2016 ohne neue Schulden aus. Wir werden diesen Kurs der Solidität und Investitionen
28 fortsetzen.

29
30 Die Menschen verlangen zu Recht Sicherheit und Orientierung in einer Welt, die immer
31 unübersichtlicher wird. Damit wir morgen sicher leben können, bringen wir heute die
32 notwendigen Reformen auf den Weg. Auf die Sozialdemokratie in NRW ist Verlass.

33
34 **Politik für die Solidarische Mehrheit in Nordrhein-Westfalen.**

35 Vor sieben Jahren hat Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin
36 gewählt. Sieben gute Jahre für unser Land. Seitdem stehen wieder die Werte und
37 Bedürfnisse der Menschen in Nordrhein-Westfalen im Zentrum der Landespolitik.

38
39 Die NRWSPD ist die Partei der Solidarischen Mehrheit: Der Arbeitnehmerinnen und
40 Arbeitnehmer, die den Wohlstand unseres Landes hart erarbeiten. Der Ehrenamtlichen, die
41 anpacken, wo Hilfe benötigt wird. Der Frauen und Männer, die in Industrie und Mittelstand,

42 im Handwerk und in den freien Berufen Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg
43 tragen. Der Familien, in denen die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
44 gelegt wird. Der Wissenschaftler und Existenzgründer, Kulturschaffenden und Künstler, die
45 der Motor für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen sind. Der Menschen, die
46 Zugang zum Arbeitsmarkt suchen und ihre Chancen verdienen. Der Rentnerinnen und
47 Rentner, deren Schaffenskraft unser Land so viel zu verdanken hat.

48

49 Auf diese Solidarische Mehrheit setzen wir. Nicht erst angesichts der Herausforderungen der
50 vergangenen Jahre. Aber insbesondere hier hat sie bewiesen: Die Solidarische Mehrheit ist
51 das feste Fundament unseres Landes.

52

53 **Stolz auf das Erreichte. Bereit, in die Zukunft zu investieren.**

54 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind stolz auf das gemeinsam Erreichte. Sie wissen:
55 Vieles ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten möglich gewesen, weil viele angepackt
56 und mitgetan haben. Neue Chancen, vor allem für die nächste Generation, sind entstanden,
57 weil wir Wandel gemeinsam gestalten. Weil wir aktiv Veränderungen angepackt haben, zum
58 Schutz von Industriearbeitsplätzen und für gute Rahmenbedingungen für neue
59 Unternehmen. Weil in Schulen, Ausbildungszentren und Universitäten die nächste
60 Generation das Rüstzeug erhält, um die Herausforderungen im Berufsleben und in der
61 Gesellschaft zu bestehen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird nie vergessen, dass dies
62 die Grundlage unseres Wohlstands und unseres sozialen Zusammenhalts ist.

63

64 Eine gute Bildung ermöglicht einen guten Start ins Leben. Seit 2010 haben wir über 200
65 Milliarden Euro in Zukunft investiert – in Kinder, Bildung und Familien. Mehr als jeder dritte
66 Euro des Landesetats fließt inzwischen in diesen Bereich.

67

68 Auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit haben wir bereits vieles erreicht. Wir haben die
69 Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren verdoppelt. Damit lösen wir den
70 Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für alle ein und schaffen die Grundlage für die
71 Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern. Auch im Offenen Ganztag an den Schulen
72 haben wir die Zahl der Plätze auf 305.000 gesteigert. Die Unterrichtsbedingungen an
73 unseren Schulen verbessern wir durch zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer,
74 multiprofessionelle Teams und mehr Schulsozialarbeit. Mehr noch: Wir ermöglichen ein
75 längeres gemeinsames Lernen für immer mehr Schülerinnen und Schüler, sorgen für mehr
76 Durchlässigkeit zwischen den Schulen und bauen die sozialen Hürden zum Besuch einer
77 Hochschule ab. Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden und der Geldbeutel der Eltern
78 nicht über den Bildungserfolg der Kinder. Deswegen haben wir die Studiengebühren
79 abgeschafft. Die von CDU und FDP geforderte Wiedereinführung wird es mit uns nicht
80 geben.

81

82 Doch wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir wissen: Beste Bildung für alle
83 Kinder muss deutlich weiter gehen. Zum Wohl unserer Kinder investieren wir weiterhin

84 gleichermaßen in den Ausbau wie in die Qualität der Kindertagesbetreuung. Die
85 Elternbeiträge für die Kernzeiten der Kitas werden wir komplett streichen.

86

87 Individuelle Förderung steht in vielen Schulen unseres Landes schon heute im Mittelpunkt.
88 Wir schaffen dafür nicht nur personell die besten Rahmenbedingungen. Das Programm *Gute*
89 *Schule 2020* trägt mit zwei Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren dazu bei, unsere
90 Schulen zu modernen Orten des Lernens zu machen.

91

92 Zentrales Vorhaben unserer Politik ist und bleibt die Initiative *Kein Kind zurücklassen*. Wir
93 setzen auf eine Politik der Vorbeugung, die allen Kindern gleiche Chancen auf ein gutes
94 Aufwachsen, auf Bildung und auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll. Es geht darum,
95 die gesamte Entwicklung eines Kindes besser in den Blick zu nehmen und den Familien
96 bestmöglich und frühzeitig helfen zu können. Nach einer Modellphase öffnen wir diese
97 Initiative nun in zwei Schritten für alle Kommunen.

98

99 Unser NRW-Plan hat klare Schwerpunkte: Investitionen in Kinder, Bildung und Kommunen,
100 in Innovationen und Infrastruktur helfen, unser Land zu erneuern, und machen es fit für die
101 Zukunft. Deshalb investieren wir heute in neue Wirtschaftskraft und schaffen die
102 Voraussetzungen für gute und sichere Arbeit. Wir investieren, damit unsere Städte und
103 Gemeinden lebenswert und sicher sind und mehr gute und bezahlbare Wohnungen zur
104 Verfügung stehen. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit: für Chancengleichheit in einem
105 besseren Bildungssystem, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einer fairen
106 Arbeitswelt, nicht zuletzt für mehr Leistungsgerechtigkeit durch die Entlastung junger
107 Familien und durch die Bekämpfung der Steuerkriminalität. Wir schaffen konsequent und
108 mit Erfolg mehr Steuergerechtigkeit: über 23.000 Steuerbetrüger zeigten sich selbst an, was
109 zu rund 2,3 Milliarden Euro Mehreinnahmen geführt hat.

110

111 **Die Menschen in NRW kennen Wandel und sie können Wandel.**

112 NRW ist und bleibt ein Land im Wandel. Die Menschen kennen das und sie packen mit an.

113

114 Wir alle wissen um die Herausforderungen, die auch mit der Digitalisierung, dem
115 demografischen Wandel oder der Energiewende auf Nordrhein-Westfalen zukommen.
116 Deshalb lassen wir Wandel nicht einfach geschehen, sondern wir gestalten und begleiten
117 ihn.

118

119 Und unsere gemeinsamen Anstrengungen sind erfolgreich: Nordrhein-Westfalen ist das
120 Bundesland mit der höchsten Wirtschaftsleistung in Deutschland. Jeder fünfte Euro des
121 deutschen Bruttoinlandsprodukts wird in den 750.000 Unternehmen in NRW erarbeitet.
122 Darunter ist jedes vierte Weltmarktführer. Und NRW ist so attraktiv für ausländische
123 Direktinvestitionen wie keine andere bundesdeutsche Region. Seit 2010 gibt es rund 730.000
124 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr in NRW.

125 Vom Pionierland der Industrialisierung sind wir heute, auf dem Weg zum Pionierland
126 digitaler Produktionsprozesse, neuer Technologie- und Dienstleistungssektoren und
127 effizienter Energielösungen zu werden. Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche
128 ist dabei der wichtigste Treiber. Wir haben deshalb die Gestaltung der Digitalisierung zu
129 einem unserer Schwerpunkte gemacht. Wir werden sie auch in den nächsten Jahren für
130 mehr Wohlstand, neue Arbeits- und Ausbildungsplätze und mehr Lebensqualität zu nutzen
131 wissen. Dabei bleiben wir Vorreiter der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft.

132

133 Als erstes Bundesland haben wir 2015 eine umfassende Digitalstrategie vorgelegt. Wir
134 setzen sie systematisch um. Vom flächendeckenden schnellen Internet über die
135 anwendungsorientierte Forschung und die Unterstützung von Start-Ups bis hin zur
136 Förderung gerade der mittelständischen Wirtschaft bieten wir so beste Voraussetzungen für
137 die Wirtschaft 4.0.

138

139 Was für die Digitalisierung gilt, gilt auch für die anderen weltweiten Leitmärkte: Wir wollen,
140 dass NRW Innovationsland Nr. 1 in Europa wird. Schlüssel dazu ist ein innovatives
141 Forschungs- und Wissenschaftsumfeld. Mit der dichtesten Hochschul- und
142 Forschungslandschaft in Europa hat Nordrhein-Westfalen beste Voraussetzungen. Unsere
143 Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind heute schon auf Rekordniveau. Wir werden
144 nicht nachlassen und wollen auch die Wirtschaft stärker einbeziehen. Unser Ziel: Keine gute
145 Idee soll an der Finanzierung oder Unterstützung scheitern.

146

147 Unser Ehrgeiz ist, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktiv in diese Strategie
148 einzubinden. Wir setzen auf ihre Stärken: auf ihre Erfahrung, ihr Wissen und ihren Fleiß, auf
149 ihre Weltoffenheit und ihren Mut zur Veränderung. Unsere Initiative Arbeit 4.0 und die
150 Maßnahmen zur Fachkräftesicherung sind darauf ausgerichtet, diese Markenzeichen
151 nordrhein-westfälischer Wirtschaft in eine gute Zukunft zu führen. Menschen, die schon
152 lange Zeit ohne Arbeit sind, geben wir in einem Sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen, wieder
153 teilhaben zu können an der Erwerbsarbeit.

154

155 Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz. Der Schutz unserer natürlichen
156 Lebensgrundlagen ist unsere Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Daher
157 haben wir Klima- und Umweltschutz früh und konsequent als Fortschrittsmotor verstanden.
158 Allein 27.000 neue Arbeitsplätze sind in der Umweltwirtschaft seit 2010 entstanden. Unser
159 Ziel ist, mindestens 420.000 bis zum Jahr 2025 zu erreichen.

160 **Unsere Heimat NRW. Lebenswert. Vielfältig. Sicher.**

161 In Nordrhein-Westfalen sind es seit jeher die Städte und Regionen, die den Menschen
162 Heimat geben und Identität verleihen. Um die Lebensqualität in unseren Städten und
163 Gemeinden zu sichern und auszubauen, engagiert sich das Land bis an die Grenzen seiner
164 finanziellen Möglichkeiten. Darin werden wir nicht nachlassen.

165

166 Unsere Städte und Gemeinden haben wieder Luft zum Atmen. Die 138 Städte und
167 Gemeinden, die 2010 im Nothaushalt waren, konnten wir auf 9 reduzieren. Und auch sie
168 sind auf dem Wege der Besserung. Das verbessert auch die Lebensqualität vor Ort. Aber wir
169 gehen weiter: Mit unseren Quartier- und Stadterneuerungsprogrammen, unserer Kultur-
170 und Sportförderung und nicht zuletzt mit unserer Wohnungsbauoffensive sorgen wir
171 weiterhin dafür, dass gutes Wohnen bezahlbar bleibt und unsere Städte und Gemeinden
172 attraktiv. Wir wollen auch den ländlichen Raum als Lebens- und Arbeitsumfeld stärken. Die
173 Digitalisierung schafft hier neue Möglichkeiten, z.B. bei der medizinischen Versorgung, aber
174 auch für Betriebe, die mit ihren Geschäftspartnern und Kunden in der ganzen Welt vernetzt
175 Geschäfte machen können.

176

177 Die Menschen in NRW sind stolz auf die kulturelle Vielfalt und die Weltoffenheit ihres
178 Landes. Was die Menschen unterscheidet, muss sie noch lange nicht trennen. Vielfalt macht
179 uns stark und offen für Neues, für neue Erfahrungen, neue Kulturen und neue
180 Lebensentwürfe. Vielfalt ist Voraussetzung für Stärke und Dynamik – in Wirtschaft und
181 Gesellschaft.

182

183 Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, wie Integration gelingt und worauf es ankommt.
184 Weltoffenheit und Integration sind in NRW gelebte Realität. Unser Integrationsplan für
185 Menschen, die bei uns Schutz vor Terror, Krieg und Verfolgung gefunden haben, ist
186 gleichzeitig ein Plan für alle Menschen in NRW. Von unseren Investitionen in neue Stellen für
187 Lehrerinnen und Lehrer, ausreichend Kitaplätze und bezahlbare Wohnungen profitieren alle
188 Menschen in unserem Land. Diejenigen, die erst kurz in unserem Land leben, und die vielen,
189 die hier schon lange zuhause sind.

190

191 Wir wissen aber auch: Ein gutes Zusammenleben braucht gegenseitigen Respekt und
192 gemeinsame Regeln. Nur dann ist ein friedliches Miteinander möglich. Wir stehen für eine
193 offene und solidarische Gesellschaft. Bei uns haben alle ihren Platz, die unsere Gesetze und
194 Werte achten, gleich welcher Herkunft, gleich welchen Glaubens, gleich welcher sexuellen
195 Orientierung. In diesem Nordrhein-Westfalen kann jede und jeder eine gute Heimat finden
196 und einen Beitrag zum Gelingen unseres Gemeinwesens leisten.

197

198 Diese freie und tolerante Gesellschaft ist immer wieder Herausforderungen ausgesetzt –
199 durch radikale, extremistische oder sogar terroristische Kräfte im Inneren wie von außen.
200 Zur bitteren Wahrheit unserer Zeit gehört, dass es in einer freien und offenen Gesellschaft
201 keine einhundertprozentige Sicherheit geben kann. Die Freiheit und Offenheit unserer

202 Gesellschaft macht uns stark, aber auch verletzlich. Doch wir werden trotz der
203 Herausforderungen extremistischer und terroristischer Gewalt unseren Lebensstil nicht
204 aufgeben. Unsere Polizei ist und bleibt wachsam, um uns bestmöglich zu schützen. Die
205 Sicherheitsbehörden verdienen unsere große Anerkennung und Unterstützung.

206

207 In den vergangenen Jahren ist das Bedürfnis nach Sicherheit insgesamt gewachsen. Die
208 Politik des Privat-vor-Staat war der falsche Weg, auch im Bereich der Sicherheit. Wo CDU
209 und FDP Stellen abgebaut haben, haben wir seit 2010 neue Planstellen geschaffen: 1.200 bei
210 der Polizei, 1.800 bei der Justiz. Und wir bilden ab 2017 jedes Jahr 2.000 neue Polizistinnen
211 und Polizisten aus. Das ist bundesweit einmalig. Insgesamt haben wir in den vergangenen
212 Jahren 30 Milliarden Euro in Innere Sicherheit investiert.

213

214 Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass wir uns keiner Diskussion
215 verschließen, die mehr Sicherheit für die Menschen verspricht. Wir stehen für eine
216 Sicherheitspolitik, die Sicherheit und Bürgerrechte und Präventionsarbeit miteinander
217 verbindet – im Dienste einer freien und toleranten Gesellschaft.

218

219 **Unser NRW-Plan. Wir setzen Ziele und halten verlässlich Kurs.**

220 Verantwortliche Politik braucht lange Linien und den Blick über eine Wahlperiode hinaus.
221 Wir fahren nicht auf Sicht. Wir setzen Ziele und halten verlässlich Kurs.

222

223 Wir haben eine klare Vision für die Zukunft unseres Landes: Ein Land, das weiter
224 wirtschaftlich und technologisch zur Spitzengruppe der Welt gehört. Ein Land mit
225 Vollbeschäftigung, in dem der soziale Aufstieg möglich ist und das für alle Menschen zu mehr
226 Wohlstand führt. Eine Land, das seiner Jugend Zukunft gibt und den älteren Menschen
227 Geborgenheit und Sicherheit. Ein Land, in dem Familien gut aufgehoben sind und in dem die
228 Gleichberechtigung von Frau und Mann gelebt und unterschiedliche sexuelle Orientierungen
229 respektiert werden. Ein Land, das wirksam gegen Extremismus, Kriminalität und Gewalt
230 vorgeht und ebenso erfolgreich gegen deren Ursachen.

231

232 Ein Land, das sich in der Mitte Europas nicht abschottet, sondern selbst Motor des
233 europäischen Gedankens ist. Ein Land, in dem die Regionen ihre Identität im Wandel
234 bewahren und wo die Heimat vor der Haustür liegt. Ein Land, in dem Weltoffenheit und
235 Toleranz genauso zuhause sind wie die Freude am Brauchtum, und wo der Respekt vor den
236 anderen und ihren Leistungen aktiv gelebt wird.

237

238 Sozialdemokratische Politik ist der Antrieb für Wohlstand, Fortschritt und Aufstieg in
239 Nordrhein-Westfalen. Für Stabilität und Zusammenhalt sorgt das politische Gewicht der
240 NRWSPD.

241

242 Viel haben wir schon erreicht. NRW ist auf gutem Kurs. Auf unsere Ministerpräsidentin
243 Hannelore Kraft ist Verlass.

244 Wir haben Wort gehalten. Auch in schwierigen Zeiten. Das gilt ebenso für die Zukunft. Wir
245 sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen. Deshalb gibt es bei uns keine unerfüllbaren
246 Versprechungen. Klar, konkret und verlässlich, das ist unser NRW-Plan.

247

248 Es gibt noch viel zu tun. Gemeinsam mit den Menschen in unserem Land werden wir dafür
249 sorgen, dass es weiter aufwärts geht in Nordrhein-Westfalen und dass alle mitkommen.

250

251 Dafür werden wir weiter hart arbeiten. Das ist unser Plan für NRW.

ENTWURF

252 I. NRW: WIRTSCHAFTLICH STARK!

253

254 Wir haben vor der letzten Wahl vollen Einsatz für eine starke Wirtschaft und mehr gute
255 Arbeitsplätze versprochen. Wir haben Wort gehalten. Nordrhein-Westfalen ist das
256 wirtschaftliche Herzstück Deutschlands und eine der bedeutendsten Wirtschaftsregionen
257 Europas. Die meisten Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland fließen
258 hierher – mehr als nach Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

259

260 Seit 2010 gibt es rund 730.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr in NRW.
261 Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Bei uns gibt
262 es die dichteste Hochschullandschaft Europas, eine duale Ausbildung von Weltruf und mehr
263 hochqualifizierte Fachkräfte als irgendwo sonst in Europa.

264

265 Es ist uns gelungen, auch in NRW die Trendwende einzuleiten. Aber diese Erfolge reichen
266 uns nicht. Wir geben uns damit – insbesondere im Ruhrgebiet – nicht zufrieden.

267

268 Stetiges und nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft, Gute Arbeit bei fairem Lohn und
269 Beschäftigung auch für diejenigen, die lange vom Arbeitsprozess ausgeschlossen waren,
270 bleiben die zentralen Anliegen unserer Politik. So gestalten wir den Strukturwandel in
271 unserem Land sozial. Wo NRW stark ist, kann es noch stärker werden. Wo es noch
272 Strukturschwächen gibt, werden wir weitere wirtschaftliche Dynamik ermöglichen. Wir
273 wollen Wachstum, Vollbeschäftigung und Wohlstand in alle Regionen unseres Landes
274 bringen. Gute Wettbewerbsbedingungen für Industrie und Mittelstand, Handwerk und
275 selbstständige Berufe haben wir dabei besonders im Blick.

276

277 Wir werden NRW zum Innovationsland Nr.1 in Europa machen. Denn: Wenn wir im
278 Wettbewerb bestehen wollen, müssen wir besser sein – nicht billiger. Einen
279 Kostensenkungswettbewerb gegen die Billiglohnländer dieser Welt kann und will Nordrhein-
280 Westfalen nicht gewinnen. Ein Innovationsland verlangt nach einem modernen Staat, der
281 offensiv in Bildung und Forschung, in Technologieentwicklung und Infrastruktur investiert.
282 Dabei setzen wir insbesondere auf die Leitmärkte, die für zukünftiges Wachstum, für
283 Vollbeschäftigung und gesellschaftlichen Fortschritt von herausragender Bedeutung sind. Die
284 Digitalisierung und die Energiewende wollen wir so als Motor für neues Wachstum und neue
285 hochproduktive Arbeitsplätze nutzen.

286

287 Unsere Investitionen in die Infrastruktur haben eine Rekordmarke erreicht. Nie wurde mehr
288 Geld in Schiene und Straße, in Kanäle und Brücken investiert. Dies war dringend erforderlich,
289 um den Investitionstau der vergangenen Jahre anzugehen. Damit Nordrhein-Westfalen ein
290 europaweit führender Wirtschafts- und Logistikstandort bleiben kann, werden wir noch eine
291 Schuppe drauflegen. Kernstück ist das größte Anti-Stau-Programm aller Zeiten für die
292 Autobahnen bei uns im Westen. Mit dem *Bündnis für Infrastruktur* schaffen wir Akzeptanz

293 auch für dringend benötigte Großprojekte und somit dafür, dass diese zügig umgesetzt
294 werden.

295

296 Sozialdemokratische Politik sorgt auch für die Beseitigung des Fachkräftemangels und für
297 Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wir bauen die berufliche Qualifizierung aus, stärken die
298 Ansprüche von Beschäftigten und schützen die Rechte ihrer Vertreterinnen und Vertreter.
299 Gute Arbeit hat ihren Wert. Echte Leistungsgerechtigkeit gibt es nur mit starken
300 Gewerkschaften und Betriebsräten. Wo Renditen wachsen, müssen auch Löhne und
301 Gehälter steigen. Jeder Wirtschaftsaufschwung muss Wohlstandsgewinne für alle
302 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringen.

303

304 Wir stehen für eine zukunftsfähige Politik, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele
305 gleichberechtigt miteinander verbindet. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen dabei
306 Vorreiter bleibt. Energie- und ressourcenschonende Technologien sind ein Schlüssel für
307 Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Unser Anspruch ist klar: Wir gestalten nachhaltiges
308 Wachstum sozial und führen so auch die Energiewende zum Erfolg.

309

310 Eine moderne und vorausschauende Wirtschaftspolitik setzt auf die bewährte Kraft der
311 Sozialpartnerschaft. Mit ihrer Hilfe werden wir die Prinzipien und Regeln der sozialen
312 Marktwirtschaft in das Zeitalter der digitalen Ökonomie überführen.

313

314 **1. Wir stehen für Gute Arbeit in einer starken Wirtschaft.**

315 Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir wissen: Gute Arbeit bedeutet für die meisten
316 Menschen zuerst Absicherung des eigenen Lebens und dem ihrer Familien. In der Arbeit
317 können sich Menschen verwirklichen, ihre Talente entfalten, Anerkennung erhalten und
318 Wohlstand erreichen.

319

320 Arbeit ist Teil der Würde des Menschen. Sie ermöglicht Teilhabe, Fortkommen und Aufstieg.
321 Deshalb ist Gute Arbeit zu fairen Löhnen für uns Maßstab einer erfolgreichen
322 Wirtschaftspolitik. Deshalb wollen wir für gute Arbeitsplätze für alle Menschen in unserem
323 Land sorgen. Und das heißt für uns auch, dass Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung für alle
324 Menschen mit mehr Chancen verbunden ist.

325

326 An all dem haben wir bereits hart gearbeitet: Mit dem *Tariftreue- und Vergabegesetz*, der
327 Landesinitiative *Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb* und nicht zuletzt mit unserem Einsatz zur
328 Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit sowie der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns
329 haben wir Lohndumping zurückgedrängt. Das neue Landespersonalvertretungsgesetz setzt
330 Maßstäbe für ein modernes Mitbestimmungsrecht weit über NRW hinaus. Mit dem
331 Förderprogramm *Öffentlich geförderte Beschäftigung NRW* haben wir den ersten Grundstein
332 für den Sozialen Arbeitsmarkt gelegt und erfolgreich gezeigt, wie Arbeit statt Arbeitslosigkeit
333 finanziert werden kann.

334 **1.1 Wir verbinden auch in Zeiten der Digitalisierung Flexibilität mit Sicherheit.**

335 Der fortwährende Strukturwandel und die Digitalisierung fordern die Arbeitnehmerinnen
336 und Arbeitnehmer in unserem Land heraus, aber ebenso die Gestaltungskraft der Politik.

337
338 Neue technische Möglichkeiten befördern und erfordern eine flexiblere Gestaltung von
339 Arbeitsprozessen und andere Qualifikationen. Diese Arbeit 4.0, mit allen Chancen und
340 Risiken, gilt es, für eine Humanisierung der Arbeitswelt mit größeren Freiheiten und mehr
341 Selbstbestimmung zu nutzen. Unternehmen brauchen flexible und qualifizierte Beschäftigte.
342 Wer diese Flexibilität als Unternehmen erwartet, muss auch mehr Selbstbestimmung für die
343 Beschäftigten bieten. Die Arbeitswelt der Zukunft verlangt, dass Arbeitszeit, Familienzeit und
344 Zeit für Qualifikation und Weiterbildung ineinander greifen können.

345
346 Weiterbildung wird dabei für alle immer wichtiger, ob sie sich beruflich umorientieren, ob
347 sie ihre Qualifikationen für die wachsenden Anforderungen erweitern wollen, oder ob sie
348 ihre Erwerbsarbeitsphase etwa für die Familie unterbrechen. Denn Unterbrechungsphasen
349 können zu Qualifikations- und langfristig damit zu Einkommensverlusten führen.

350 Gute Arbeit entscheidet sich nicht zuletzt und ganz praktisch im Betrieb. Wir wissen: Dort,
351 wo die Mitbestimmung stark ist, sind die Arbeitsbedingungen besser und der
352 unternehmerische Erfolg höher. Unsere starke Mitbestimmung ist ein entscheidender
353 Standortvorteil für NRW. Starke Gewerkschaften, eine lebendige betriebliche
354 Mitbestimmung und eine stabile Tarifbindung sorgen für eine positive Entwicklung unseres
355 Bundeslandes. Wir wollen, dass NRW das Mitbestimmungsland Nr. 1 bleibt. Gute Arbeit 4.0
356 gibt es nicht ohne Mitbestimmung 4.0.

357
358 Wir werden deshalb:

- 359 • **Die erfolgreiche Arbeit der *Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0* fortsetzen.** Gemeinsam mit
360 Gewerkschaften und Betriebsräten werden wir zusätzlich ein landesweites Programm
361 *Gute Arbeit 4.0* entwickeln.
- 362 • **Weiterbildung und Qualifizierung 4.0 für Beschäftigte ermöglichen.** In allen
363 Bildungsbereichen müssen hierzu Voraussetzungen für das Lehren und Lernen mit
364 digitalen Medien optimiert oder geschaffen werden. Wir werden das
365 Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz so anpassen, dass insbesondere Arbeitnehmerinnen
366 und Arbeitnehmer, die ihre Beschäftigung, aus welchen Gründen auch immer,
367 unterbrochen haben, mehr Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten. Auch das Nachholen
368 eines Schulabschlusses wird so möglich. Im Bund werden wir uns für eine
369 Arbeitsversicherung einsetzen, die Weiterbildung, Erholungsphasen und Sicherheit in
370 einer digitalen Arbeitswelt ermöglicht. Dabei machen wir uns auch für eine Ausweitung
371 der Versicherungspflicht auf Selbstständige stark. Dies kann durch eine Erweiterung zum
372 freiwilligen Beitritt in die „*Pflichtversicherung auf Antrag*“ erreicht werden. Wir fordern
373 darüber hinaus den Bund auf, ein umfassendes Qualifizierungsprogramm – vergleichbar,

374 wie bei der Einführung des PCs – aufzulegen, um Beschäftigungsfähigkeit nachhaltig und
375 zu sichern.

- 376 • **Zeigen, dass Sicherheit und Flexibilität kein Widerspruch sind.** Wir werden uns dafür
377 stark machen, dass insbesondere Frauen, die aus familiären Gründen ihre Arbeitszeit
378 reduzieren, das Recht haben, aus einer Teilzeitbeschäftigung wieder in eine Vollzeitstelle
379 zurückzukehren. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für *Lebensarbeitszeitkonten*,
380 durch die Arbeitszeit angespart und in bestimmten Lebensphasen wieder ausgegeben
381 werden kann, müssen verbessert werden. Dies dient auch dem Ziel der besseren
382 Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben. Zu einer besseren Absicherung gehört für uns
383 auch, Arbeitsbiografien mit Brüchen, hohem (Schein-)Selbstständigkeitsanteil oder nicht-
384 linearem Verlauf besser in das System staatlicher sozialer Absicherung einzubinden. Auch
385 in Zeiten von Digitalisierung und Arbeit 4.0 müssen Sicherheit und Gesundheit bei der
386 Arbeit für alle Beschäftigten sichergestellt sein.
- 387 • **Das Erfolgsmodell Mitbestimmung stärken.** Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen
388 und Arbeitnehmer und ihrer Betriebsräte in der Betriebsverfassung und in den
389 Aufsichtsräten müssen mit der Digitalisierung Schritt halten. Dazu müssen sie gesichert
390 und, wo nötig, ausgebaut werden. Wir werden uns im Bund für eine Verschärfung der
391 Straftatbestände bei Verstößen gegen die betriebliche Mitbestimmung im
392 Betriebsverfassungsgesetz stark machen. Professionelle Strukturen, die den Zweck
393 haben, die Gründung und Arbeit von Betriebsräten zu verhindern und zu behindern
394 (Union Busting), wollen wir eindämmen. Deshalb werden wir die Auswirkungen auf die
395 Mitbestimmungsrechte in NRW durch eine wissenschaftliche Studie weiter erforschen,
396 um daraus Handlungsempfehlungen und Anti-Busting-Strategien abzuleiten.
- 397 • **Das Modell Arbeitnehmerkammer prüfen.** Gemeinsam mit den Gewerkschaften und
398 unter Beachtung ihrer Tarifhoheit werden wir die Einrichtung einer
399 Arbeitnehmerkammer nach dem Beispiel des Saarlands prüfen. Angesichts der immer
400 größer werdenden Anzahl unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse wollen wir so die
401 Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerschaft im Land verbessern und ihr eine
402 starke Stimme bei der Gestaltung der Digitalisierung geben.

403

404 **1.2 Wir setzen auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik und den Sozialen Arbeitsmarkt.**

405 Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf einem Rekordhoch. Doch noch
406 immer sind zu viele Menschen, die am Erwerbsleben teilhaben wollen, auf der Suche nach
407 Arbeit. Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Wir wollen die Arbeitslosigkeit – auch und gerade
408 die Langzeitarbeitslosigkeit – weiter abbauen und allen Menschen Teilhabe am
409 Erwerbsleben ermöglichen. Auch für Geflüchtete ist der Zugang zum Arbeitsmarkt ein
410 wichtiger Schlüssel zur Integration.

411

412 Mit unseren aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Landesprogrammen, wie den
413 durch die Regionalagenturen umgesetzten Qualifizierungsmaßnahmen, der

414 Erwerbslosenberatung oder *Jugend in Arbeit plus*, leisten wir einen wichtigen Beitrag, um
415 Zielgruppen mit besonderen Problemen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir wollen mit
416 einem Sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose soziale Teilhabe und einen neuen
417 Zugang zu Arbeit schaffen. Bereits heute haben wir begonnen: Mehr als 2.000
418 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind durch das Programm *Öffentlich geförderte*
419 *Beschäftigung NRW* entstanden. Mehr noch: Mit dem Haushalt 2017 haben wir zusätzlich
420 die finanziellen Voraussetzungen für 4.000 weitere Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in
421 NRW geschaffen. NRW nimmt damit eine Vorreiterrolle ein. Für die betroffenen Menschen
422 sind das nicht nur 4.000 neue Jobs, sondern vor allem 4.000 neue Chancen.

423

424 Wir werden deshalb:

- 425 • **Den Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen und dauerhaft absichern.** Arbeit statt
426 Arbeitslosigkeit zu finanzieren, das bleibt unser Ziel. Menschen, die lange Zeit ohne
427 Arbeit sind, geben wir mit unserem Sozialen Arbeitsmarkt die Würde der Arbeit zurück.
428 Wir bekämpfen Armut und Perspektivlosigkeit gleichermaßen. In einem ersten Schritt
429 werden wir die Zahl der Plätze im *Sozialen Arbeitsmarkt* auf 10.000 aufstocken. Statt
430 immer neue Programme anzustreben, müssen endlich eine Entfristung der Maßnahmen
431 und eine tarifizierte Entlohnung erfolgen. Dazu werden wir beim Bund die Möglichkeit
432 schaffen, Mittel der Grundsicherung für die Entlohnung von Beschäftigten zu nutzen
433 (Passiv-Aktiv-Transfer) und die Mittelnutzung in den Jobcentern zu flexibilisieren.
- 434 • **Qualifizierungsmöglichkeiten stärken.** Gemeinsam mit den Tarifpartnern sowie den
435 Agenturen für Arbeit und Jobcentern werden wir passgenaue Qualifizierungsangebote
436 für Beschäftigte entwickeln und umsetzen. Für uns ist klar: Wir wollen alle inländischen
437 Arbeitsmarktpotenziale vor allem von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen
438 bestmöglich erschließen. Deshalb werden wir unsere aus dem Europäischen Sozialfonds
439 geförderten Landesaktivitäten fortschreiben und frühzeitig eine Neujustierung für die
440 nächste Förderperiode vorbereiten.
- 441 • **Schnell Perspektiven für Geflüchtete schaffen.** Wir machen uns weiterhin dafür stark,
442 dass alle Menschen, die zu uns kommen, an einem Integrationskurs teilnehmen können.
443 Für eine verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt werden wir Verfahren zur
444 Kompetenzfeststellung und Qualifikationsanalysen, etwa durch Arbeitsproben,
445 etablieren. Die erfolgreiche Struktur der *Integration Points* wird fortgeführt und
446 ausgebaut.

447

448 **1.3 Für uns ist klar: Keine Gute Arbeit ohne faire Arbeitsbedingungen.**

449 Die Menschen haben das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz mit einem angemessenen
450 Lohn und guten Arbeitsbedingungen. Viele Arbeitsplätze erfüllen diese Bedingungen nicht:
451 Schlechte Löhne, befristete Verträge, Leih- und Zeitarbeit oder mangelnde Mit-
452 bestimmungsmöglichkeiten gehören noch immer zur Realität. Auch und gerade für junge
453 Menschen wollen wir sichere Perspektiven schaffen.

454 Durch den Mindestlohn und die Regulierung der Leiharbeit haben wir die prekäre
455 Beschäftigung bereits zurückdrängen können. Und wir nehmen es nicht hin, wenn Frauen
456 und Männer bei gleichwertiger Arbeit immer noch ungleich bezahlt werden. Für uns gilt:
457 Wertschöpfung braucht Wertschätzung.

458

459 Das Internet ist aus fast allen Bereichen der Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken. Dadurch
460 entstehen immer wieder neue Arbeitsfelder oder es entwickeln sich bereits bestehende
461 weiter. Gerade Click- und Crowdfunding machen globales Arbeiten möglich. Die
462 Beschäftigung erfolgt hierbei in der Regel auf selbstständiger Basis, ohne die
463 entsprechenden Arbeitnehmerrechte, wie Mitspracherechte im Betrieb, Kündigungsschutz,
464 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlten Urlaub, Sozialversicherungsschutz. Die
465 Entlohnung ist oftmals abgekoppelt von den gesetzlichen und tariflichen Vorschriften. Auch
466 hier bedarf es klarer Regeln und einer angemessenen Absicherung.

467

468 Wir werden deshalb:

- 469 • **Einen fairen Lohn für Gute Arbeit durchsetzen.** Um den Missbrauch von Leiharbeit und
470 Werkverträgen zu unterbinden, sind die striktere Regulierung von Werkverträgen und
471 strengere Regeln für die Leiharbeit unumgänglich. Mit uns wird NRW sich dafür stark
472 machen. Ebenso müssen die bestehenden Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn
473 kritisch unter die Lupe genommen und, wo immer möglich, abgeschafft werden. Um die
474 Tarifbindung in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken und die Erosion der
475 Tarifvertragssysteme zu stoppen, setzen wir uns für eine Erleichterung der
476 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ein. Wir wollen die Anreize dafür
477 stärken, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
478 umzuwandeln. Die sachgrundlose Befristung muss endlich abgeschafft werden.
479 Gemeinsam mit den Gewerkschaften treten wir für das Prinzip gleicher Lohn für
480 gleichwertige Arbeit ein und werden in NRW konkrete Maßnahmen auf den Weg
481 bringen, um unseren Teil zu mehr Entgeltgleichheit beizutragen. Im Bund machen wir
482 uns weiterhin für ein Entgeltgleichheitsgesetz stark. Schwarzarbeit werden wir
483 bekämpfen und die Kommunen in ihrer ordnungsrechtlichen Funktion bei der
484 Bekämpfung von Schwarzarbeit stärken.
- 485 • **Unsere erfolgreiche Initiative *Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb* fortsetzen.** Gemeinsam
486 mit den Tarifpartnern werben wir für das Prinzip der Guten Arbeit. Im Rahmen dieser
487 Initiative entwickeln wir zusammen mit Beschäftigten und Arbeitgebern auch neue
488 Strategien zur schnelleren Arbeitsmarktintegration älterer Menschen. Im Rahmen einer
489 Studie wollen wir feststellen, wie und in welchem Umfang Click- und Crowdfunding in
490 NRW praktiziert werden. Ziel der Studie ist es, Chancen und Risiken für den Einzelnen
491 und für die soziale Marktwirtschaft zu ermitteln und Handlungsbedarfe zu identifizieren.
- 492 • **Den Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken.** Ein wirksames Präventionsgesetz,
493 betriebliches Gesundheitsmanagement und ein wirksamer Arbeitsschutz sind für uns
494 unerlässlich. Denn faire Arbeit ist Gesunde Arbeit. Deshalb werden wir auch dafür

495 sorgen, dass die Arbeitsschutzverwaltung weiter gestärkt wird und durch Fortführung
496 unserer Schwerpunktkontrollen sicherstellen, dass Arbeitsschutzvorschriften eingehalten
497 werden.

498 • **Dafür sorgen, dass die Öffentliche Verwaltung weiter Vorbild bleibt.** Dabei sind wir
499 etwa mit der Entfristung zahlreicher Stellen im Bereich der Justiz bereits wichtige Schritte
500 nach vorne gegangen. Wir setzen weiterhin auf einen Dialog über die Durchsetzung von
501 Mitbestimmung, fairen Arbeitsbedingungen und sozialen Standards in allen Bereichen
502 der Öffentlichen Verwaltung.

503

504 **2. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes.**

505 Für uns ist schon lange klar: Unsere Wirtschaft muss besser sein, nicht billiger. Nordrhein-
506 Westfalen ist seit der industriellen Gründerzeit Innovationsland. Damit wurde die Grundlage
507 für Wertschöpfung und Wohlstand gelegt. Auch im Zeitalter der digitalen Wissensökonomie
508 müssen wir in NRW Innovationsland bleiben. Mehr noch: Wir wollen zum Innovationsland
509 Nr. 1 aufsteigen.

510

511 Ein starker industrieller Kern und ein breit gefächerter, weltweit erfolgreicher Mittelstand
512 sind die Grundlage für Gute Arbeit und für den stark wachsenden Dienstleistungssektor.
513 Wissen und neue Technologie sind der Treibstoff dieser neuen digital vernetzten Wirtschaft.
514 Ihre Basis sind eine leistungsstarke Infrastruktur und gut qualifizierte Fachkräfte. Die
515 Digitalisierung wird den Strukturwandel in bisher nicht gekannter Weise beschleunigen.
516 Neue Geschäftsmodelle innovativer Unternehmen entstehen, auch langjährig erfolgreiche
517 Unternehmen müssen sich neuen Herausforderungen stellen. Im Zentrum steht die
518 dynamische Bestandsentwicklung unseres industriellen Kerns, des gewachsenen
519 Mittelstands und des Handwerks. Wir fördern gezielt den anwendungsorientierten Transfer
520 von Wissen und Technologie sowie Existenzgründungen. So werden wir die Chancen der
521 Digitalisierung nutzen.

522

523 Wir verbinden dies mit einer Investitionsoffensive in die Infrastruktur und sorgen dafür, dass
524 Schienen, Wasserwege und Straßen nachhaltig instand gehalten und, wo notwendig,
525 ausgebaut werden.

526 Nordrhein-Westfalen ist zugleich ein solidarisches Land. Hier übernehmen die Unternehmen
527 mehr als anderswo Verantwortung für die Wirkungen, die von ihnen auf die
528 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kundinnen und Kunden, die Zulieferer oder die Natur
529 ausgehen. Die Idee der Corporate Social Responsibility fällt daher auf fruchtbaren Boden.

530

531 Seit 2010 haben Investitionen in Bildung, Innovationskraft und Infrastruktur oberste
532 Priorität. Die Landesinvestitionen in Bildung und Forschung haben wir um über 40 Prozent
533 erhöht, unsere Leitmarktorientierung bringt NRW in den wichtigen Zukunftsfeldern auf

534 internationales Spitzenniveau, und unsere Digitalstrategie greift. Schon jetzt haben wir mit
535 über 75 Prozent die höchste Breitbandversorgung aller Flächenländer in Deutschland.

536

537 Mit unserem Mittelstandsförderungsgesetz und unserer Handwerksinitiative haben wir gute
538 Rahmenbedingungen für starke kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gesetzt. Die
539 innovative Kraft unserer Wirtschaft stärken wir durch die Förderung von Technologietransfer
540 und Existenzgründungen.

541

542 **2.1 Wir setzen auf eine starke Industrie, innovative Mittelständler und ein solides** 543 **Handwerk.**

544 Nordrhein-Westfalen ist ein Industrieland. Wir verfügen als einer der wenigen Standorte
545 weltweit über eine breit gefächerte industrielle Basis. Gerade die letzte Wirtschaftskrise hat
546 gezeigt, wie wichtig ein starker industrieller Sektor für die ökonomische Entwicklung eines
547 Landes ist. Mit den *Industriepolitischen Leitlinien Nordrhein-Westfalen* haben wir unseren
548 Weg der Stärkung des Industriestandortes NRW aufgezeigt: eine verlässliche
549 Energieversorgung, eine gute Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte und ein
550 innovationsfreundliches Umfeld.

551

552 Dabei setzen wir vor allem auf die acht Leitmärkte der Zukunft, in denen die Unternehmen in
553 NRW führend sind: Maschinen- und Anlagenbau, Neue Werkstoffe, Mobilität und Logistik,
554 Informations- und Kommunikationswirtschaft, Energie- und Umweltwirtschaft, Medien- und
555 Kreativwirtschaft, Gesundheit und Life Sciences. Auf diesen Leitmärkten entwickeln
556 Unternehmen mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeinsam mit
557 Forschungseinrichtungen und Hochschulen die Produkte und Dienstleistungen der Zukunft.

558

559 Das *Ladenöffnungsgesetz* (LÖG) bewährt sich. Seine Ausnahmen werden dem Sonn- und
560 Feiertagsschutz gerecht. Die Beschränkung auf elf Sonn- und Feiertage erweist sich in der
561 Praxis als richtig und angemessen.

562

563 Bedeutend für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind funktionsfähige regionale
564 Strukturen. Dabei sind nach wie vor große regionale Unterschiede etwa mit Blick auf
565 Arbeitsmarkt, Einkommen oder auch Unternehmensbestand und wirtschaftliche Dynamik
566 festzustellen. Neben boomenden Regionen stehen solche, in denen der Strukturwandel noch
567 voll im Gange ist. Deshalb unterstützen wir die Regionen des Landes dabei, gemeinsam vor
568 Ort ihre Innovations- und Investitionsbedingungen zu verbessern.

569

570 Die Innovations- und Investitionskraft unseres Mittelstands wird durch seine dynamische
571 Entwicklung eindrucksvoll belegt; ebenso die solide Stellung des Handwerks in NRW. Beide
572 profitieren als produzierende Betriebe von unserer Politik. Flankiert wird diese durch die
573 Überprüfung der Auswirkungen gesetzlicher Regelungen auf den Mittelstand. Mit unserem
574 *Mittelstandsförderungsgesetz* haben wir hier Maßstäbe gesetzt. Gemeinsam mit den
575 Handwerksorganisationen haben wir darüber hinaus die *Handwerksinitiative NRW 2.0*

576 aufgelegt, um optimale Rahmenbedingungen für das Handwerk zu schaffen. Durch die
577 Meistergründungsprämie stärken wir das Gründungsgeschehen im Handwerk, ebenso wie
578 durch vielfältige weitere Förderansätze. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

579

580 Wir werden deshalb:

- 581 • **NRW als Wirtschafts- und Industriestandort stärken.** Auf der Grundlage der
582 *Industriepolitischen Leitlinien Nordrhein-Westfalen* und in Fortsetzung des intensiven
583 Diskussionsprozesses mit Wirtschaft und Gewerkschaften entwickeln wir die
584 Rahmenbedingungen für die Industrie fort. Unter dem Dach der *Allianz Wirtschaft und*
585 *Arbeit 4.0* werden daneben die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung aller
586 Herausforderungen der Digitalisierung in den Industriebetrieben und industrienahen
587 Dienstleistungsunternehmen gebündelt. Mit unserem *Leitmarkt-Ansatz* werden wir die
588 wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslands weiterhin durch den Einsatz
589 europäischer Fördermittel zur Stärkung von Innovationen und Investitionen
590 vorantreiben. Die europäischen Rahmenbedingungen für die industrielle Fertigung
591 müssen besser werden. Es gilt insbesondere, den bestehenden Rechtsrahmen für
592 Industrieunternehmen effizienter zu gestalten und dafür Sorge zu tragen, dass komplexe
593 europäische Zulassungsverfahren die Realisierung von Innovationsvorhaben nicht
594 behindern. Ebenso werden wir weiterhin die Erschließung neuer Absatzmärkte
595 nordrhein-westfälischer Unternehmen im Ausland unterstützen und das Interesse
596 ausländischer Investoren an unserem Land fördern. Der erforderliche Flächenbedarf wird
597 durch eine nachhaltige und bedarfsgerechte Flächenbevorratung gesichert. Die
598 Akzeptanz von Investitionsvorhaben wollen wir erhöhen, indem wir bewährte Initiativen
599 wie *Dialog schafft Zukunft* sowie das *Bündnis für Infrastruktur* fortsetzen. Dort werden
600 Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe eingebunden, wenn es um die Umsetzung von
601 Projekten geht.
- 602 • **Unsere Handwerksinitiative fortführen und auf 4.0 ausrichten.** Die enorme
603 Innovationskraft des Handwerks wollen wir weiter stärken. Dazu werden wir unsere
604 Technologieförderung in Richtung Handwerk 4.0 fortsetzen und dabei insbesondere eine
605 Unterstützung von genossenschaftlichen und/oder Gewerke übergreifenden Formen
606 gemeinsamer Nutzung von Produktionsmitteln sicherstellen. Wir werden darüber hinaus
607 den erfolgreichen *Innovationsgutschein Handwerk* neu auflegen und die bestehenden
608 Beratungsprogramme stärken. Außerdem werden wir die Modernisierung der
609 Bildungsstätten weiter fördern. Wir werden auch die Digitalisierung im Handwerk noch
610 stärker unterstützen. Dazu sollen eine Förderung von Vermarktungsplattformen für das
611 Handwerk im Internet etabliert und entsprechende faire Standards für Vergütung,
612 Abführung von Renten- und Sozialbeiträgen und Qualitätssicherung auf Plattformen
613 erarbeitet werden. Wir werden darüber hinaus ein Schaufenster für Digitalisierung im
614 Handwerk einrichten, das den Technologietransfer in das Handwerk erleichtert und
615 digitale Geschäftsmodelle für das Handwerk besser zugänglich macht.

- 616 • **Fachkräfte für das Handwerk der Zukunft gewinnen helfen.** Wir werden das Handwerk
617 mit einer Image-Kampagne unterstützen, damit handwerkliche Arbeit und ihre
618 gesellschaftliche Bedeutung wieder höhere öffentliche Wahrnehmung und
619 Wertschätzung erfahren. Auch die Karrierechancen im Handwerk müssen besser bekannt
620 gemacht und gefördert werden, um jungen Menschen eine breite Orientierung für ihre
621 berufliche Entwicklung zu geben und das Fachkräftepotenzial für das Handwerk zu
622 stärken. Die handwerkliche Meisterausbildung, als zentralen Bestandteil der Sicherung
623 von Qualität und des beruflichen Aufstiegs, werden wir deshalb stärken und gemeinsam
624 mit dem Handwerk Wege erarbeiten, bestehende Zugangshürden, wie etwa zu hohe
625 Gebühren, abzubauen. Die Meisterausbildung soll wie der Master an der Hochschule
626 kostenfrei werden. Das Land wird deshalb die Kosten übernehmen, die Meistern bei
627 ihrer Ausbildung nach Abzug des bewährten Meister-BAföG und anderer Förderungen
628 entstehen. Um beruflichen Aufstieg zu ermöglichen, wollen wir künftig parallel das
629 Abitur und die Gesellenprüfung möglich machen. Dieses Berufs-Abitur, das wir
630 gemeinsam mit den Handwerkskammern auf den Weg bringen wollen, verknüpft Praxis
631 und Wissen auf ideale Weise.
- 632 • **Den Handel und die Freien Berufe unterstützen.** Wir wollen Nordrhein-Westfalen als
633 Handelsstandort Nr. 1 in Deutschland stärken und insbesondere den stationären
634 Einzelhandel bei den Herausforderungen durch die Digitalisierung unterstützen. Zur
635 Wahrung der Sonn- und Feiertagsruhe werden wir ein Landesgesetz zur Regelung der
636 Marktfestsetzung an Sonn- und Feiertagen einführen, das ein Verbot der Festsetzung von
637 reinen Verkaufsveranstaltungen mit hohem Anteil von Neuwaren enthält. Unser
638 Grundsatz: Was für den Einzelhandel gilt, gilt für alle. Wir werden auch die Freien Berufe in ihrer Bedeutung für die Stärke unserer
639 mittelständischen Wirtschaft unterstützen und uns auf europäischer Ebene gegen eine
640 Deregulierung der Freien Berufe einsetzen.
- 642 • **Eine Revitalisierung der regionalisierten Strukturpolitik auf den Weg bringen.** Regional
643 abgestimmte Initiativen sind ein wesentlicher Baustein für Innovation,
644 Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in einem so vielfältigen Land wie NRW. Bei den
645 Förderprogrammen des Landes werden wir daher künftig spezifische regionale
646 Merkmale mit Blick auf „Stärken stärken“ und Besonderheiten der wirtschaftlichen und
647 sozialen Verhältnisse verstärkt berücksichtigen. Bei der Ausgestaltung der
648 Förderprogramme des Landes werden wir uns dafür einsetzen, dass gesellschaftliche
649 Vertreter von Gewerkschaften, Betriebsräten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und
650 lokalen Wirtschaftsverbänden bei der Förderentscheidung regelmäßig und systematisch
651 beteiligt werden. Den Strukturwandel in Bergbaurückzugsgebieten wollen wir weiter
652 begleiten und fördern, insbesondere Initiativen und Projekten für Investitionen,
653 Wachstum und Arbeitsplätze in der Emscher-Lippe-Region (*Umbau 21*) und für das
654 Rheinische Braunkohlenrevier (IRR).
- 655 • **Bürokratie abbauen und Genehmigungsverfahren Beschleunigen.** Wir werden dazu die
656 Einführung einer „Turbogenehmigung“ für Betriebsansiedelungen oder -erweiterungen

657 prüfen. Mit einer solchen Genehmigung soll in einem vorher festgelegten
658 Entscheidungsrahmen im Zeitraum von wenigen Monaten ein Genehmigungsbescheid
659 vorliegen. Weiterhin sollen Initiativen ergriffen werden, um generell die Zeiträume
660 zwischen Beginn der Planung, Genehmigungsverfahren und Realisierung deutlich zu
661 verkürzen und damit Planungssicherheit zu schaffen. Grundsätzlich wollen wir den
662 Bürokratieabbau, wo sinnvoll und möglich, fortsetzen und den rechtlichen Rahmen an
663 sich ändernde Gegebenheiten anpassen. Die erfolgreiche Arbeit der *Clearingstelle*
664 *Mittelstand* werden wir fortsetzen und im Wege der Evaluation des
665 *Mittelstandsförderungsgesetzes* Instrumente, Verfahrensweisen und Ablauf sowie
666 Effektivität der Clearingverfahren weiter optimieren. Ferner streben wir die Erfassung
667 und Minimierung von Erfüllungsaufwand und Bürokratiekosten an. Bei der Umsetzung
668 von EU-Normen und nationalem Recht werden wir uns auf eine strikte 1:1-Umsetzung
669 beschränken, um die Wettbewerbssituation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft
670 nicht zu beeinträchtigen.

- 671 • **Den Tourismus in NRW stärken.** Unser Ziel ist, unsere schöne und vielfältige Heimat für
672 die Naherholung der Menschen in NRW ebenso wie für Gäste aus dem In- und Ausland
673 noch attraktiver zu machen. Dafür sollen sozial und ökologisch nachhaltige Formen des
674 Tourismus mit starker regionaler Verankerung besondere Unterstützung durch ein
675 Maßnahmenpaket erhalten.

676

677 **2.2 Wir entwickeln NRW zum Innovationsland Nr. 1 in Europa.**

678 Mit der dichtesten Hochschul- und Forschungslandschaft in Europa, vielen hervorragend
679 ausgebildeten jungen Menschen und einer engen Verflechtung der Wertschöpfungsketten
680 verfügt NRW über die besten Voraussetzungen für Innovationen.

681

682 Wir setzen auf eine innovative und vernetzte Wissenschaftslandschaft, moderne
683 Hochschulen und ein kreatives Forschungsumfeld für die Wissenschaftlerinnen und
684 Wissenschaftler. Dabei nutzen wir auch die steigende Zahl außeruniversitärer
685 Forschungsinstitute in unserem Land. Diese Investitionen in die Innovationskraft unseres
686 Landes lohnen sich: Indem Herausforderungen unmittelbar erkannt und erforscht, Lösungen
687 probiert und Anwendungen umgesetzt werden können, wird diese Innovationskraft zum
688 Eckpfeiler einer prosperierenden und wachsenden Wirtschaft.

689

690 Der Forschung zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen kommt bereits
691 heute in NRW eine große Bedeutung bei. Wir werden diese Forschung ausbauen und auch
692 bewusst solche Themen fokussieren, die verschiedene Gesellschafts- und Politikbereiche
693 berühren und diese ressortübergreifend umfassend begleiten. Dabei ist die Freiheit der
694 Forschung für uns ein hohes Gut. Im Fokus stehen für uns sowohl eine starke
695 Grundlagenforschung als Basis für wissenschaftliche Erkenntnisse sowie eine damit
696 einhergehende und damit verschmelzende anwendungsorientierte Forschung. Die
697 angewandte Forschung insbesondere an den Fachhochschulen wollen wir stärken.

698 Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Kooperation mit kleinen und mittleren
699 Unternehmen (KMU) ein, denen wir mittels gezielter Förderprogramme den Zugang zu
700 Forschung in Kooperation mit den Hochschulen ebnen. Ob Innovationen wirtschaftlich
701 erfolgreich sind, entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob Neugründungen problemlos möglich
702 sind und eine Kultur der Förderung von Start-Ups besteht. Ohne Investitionen ist die
703 wirtschaftliche Verwertung von Wissen nicht möglich. Deshalb sind die
704 Investitionsbedingungen in ihrer ganzen Breite für unsere Innovations- und
705 Investitionspolitik von Bedeutung.

706

707 Technische und soziale Innovationen bedingen sich oft gegenseitig und vergrößern so ihren
708 Erfolg. Innovationstreiber sind dabei nicht nur Hochschulen, außeruniversitäre
709 Forschungseinrichtungen und Unternehmen, sondern jeder Beschäftigte und jeder Bürger.
710 Wir setzen mit der Förderung von sozialen Innovationen bei den Bedarfen jedes Einzelnen an
711 und erzeugen damit einen nachhaltigen Doppelleffekt: Mit sozialen Innovationen entwickeln
712 wir gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen und Produkte, die auf eine Verbesserung
713 des gemeinschaftlichen Arbeitens und Lebens abzielen. Zugleich ermöglichen wir
714 Unternehmen neue Geschäftsmodelle.

715

716 Wir werden deshalb:

717 • **Den Forschungsstandort NRW stärken.** Wir werden unsere Landesausgaben für
718 Forschung auf hohem Niveau fortschreiben. So stellen wir auch sicher, dass die zur
719 Verfügung stehenden Bundesmittel vollständig abgerufen werden können. Die
720 Ansiedlung weiterer außeruniversitärer Forschungsinstitute werden wir offensiv fördern
721 und begleiten. Ihre Zusammenarbeit mit den Hochschulen werden wir fördern und
722 darauf drängen, bestehende rechtliche Probleme in der Zusammenarbeit zu beseitigen.
723 Unser Förderprogramm *Mittelstandsinitiative Forschungsförderung* werden wir
724 fortsetzen und, wenn nötig, weiter ausbauen. Im Bund werden wir uns für eine stärkere
725 steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E) einsetzen. Durch die
726 Weiterführung unserer Fachkräfteinitiative sorgen wir für ein ausreichendes Angebot an
727 hervorragend qualifizierten Arbeitskräften. Den Fachhochschulen wollen wir neue
728 Möglichkeiten eröffnen, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung des wissenschaftlichen
729 Nachwuchses zu erproben.

730 • **Die Innovationskraft insbesondere auf den weltweiten Leitmärkten fördern.** Wir wollen
731 erreichen, dass Forschungsergebnisse aus NRW auch in NRW umgesetzt und noch
732 stärker wirtschaftlich genutzt werden. Deshalb werden wir unsere Offensive beim
733 Forschungstransfer und für Ausgründungen weiter verstärken. Dabei ist die stärkere
734 Unterstützung der Hochschulen bei Patentierungen von Einzelpatenten und
735 Patentfamilien sowie der Patentverwertung von entscheidender Bedeutung. Auch den
736 Innovations- und Technologietransfer zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen
737 (KMU) wollen wir noch stärker fördern. Als Vorbild dienen uns hierbei die bereits
738 bestehenden *Digital-Hubs*. Zudem werden wir an Modellhochschulen neue Formen des
739 Transfers erproben. Wir wollen dabei insbesondere auch junge Gründerinnen und

740 Gründer fördern. Wer scheitert, wird nicht fallengelassen. Wir geben zweite und dritte
741 Chancen und ermutigen gerade junge Menschen, es weiter zu versuchen. Die schon
742 bestehenden *Gründer- und Technologiezentren* werden wir ausweiten und Gründungen
743 auch durch Coachings und die Vermittlung von Risiko- und Seed-Kapital unterstützen,
744 Antrags- und Genehmigungsverfahren vereinfachen und überflüssige Berichts- und
745 Informationspflichten für Gründer streichen. Die *Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0*
746 werden wir fortführen und stärken und die *Digitale Hochschule NRW* zum zentralen
747 Projekt der Digitalisierungsstrategie der Hochschulen in NRW weiterentwickeln. Wir
748 wollen unsere Stärken in der Forschung in NRW weiter ausbauen und sichtbarer machen.
749 Insbesondere die Bereiche Medizin, IT-Sicherheit, Arbeits- und Energieforschung gilt es,
750 weiter zu intensivieren und Kooperationen mit der Industrie zu verstärken.

- 751 • **Einen neuen Fokus auf soziale Innovationen legen.** Soziale Innovationen im Leitmarkt
752 Gesundheit werden wir durch das Einrichten eines innovationsfördernden
753 Modellstandortes *Innovation City Gesundheit* - nach dem Vorbild von *Innovation City*
754 *Bottrop* im Bereich des Klimawandels - fördern. Hier soll es um die Erforschung und
755 Entwicklung von gesundheitsbezogenen digitalen Dienstleistungen und Produkten unter
756 direkter Einbindung der Bewohner vor Ort, sowie der Forschungseinrichtungen und
757 Unternehmen gehen. Gerade der ländliche Raum wäre für einen solchen Modellstandort
758 prädestiniert und würde von der Digitalisierung im Gesundheitsbereich in erheblicher Art
759 und Weise profitieren.
- 760 • **Das Erfolgsmodell des Spitzenclusters *it's OWL* fortführen und in alle Regionen des**
761 **Landes exportieren.** Die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und
762 Gesellschaft in einem regionalen Kontext und mit einem zu den Stärken der jeweiligen
763 Region passenden inhaltlichen Schwerpunkt hat sich als Erfolgsformel für Innovation,
764 Transfer und eine positive wirtschaftliche Entwicklung erwiesen. Die landesweite
765 Expansion dieses Modells werden wir finanziell und strukturell mit Nachdruck fördern.

766

767 **2.3 Wir schaffen beste Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft.**

768 Die Digitalisierung wird den Strukturwandel in bisher nicht gekannter Weise beschleunigen.
769 Neue Geschäftsmodelle entstehen, auch langjährig erfolgreiche Unternehmen müssen sich
770 neuen Herausforderungen stellen. Unverzichtbare Grundlage für den Erfolg ist die
771 Anbindung an das hochleistungsfähige Internet. Mit der Strategie *Digitale Wirtschaft NRW*
772 haben wir den Weg beschrieben, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Jetzt gilt es, ihn
773 konsequent weiter umzusetzen. Wir setzen dabei neben neuen innovativen Unternehmen
774 auf die Durchdringung und Entwicklung unserer industriellen Kerne, des gewachsenen
775 Mittelstands und des Handwerks. Der anwendungsorientierte Transfer von Wissen und
776 Technologie sowie die Förderung von Existenzgründungen stehen dabei im Mittelpunkt.
777 Wenn große Datenmengen immer mehr über wirtschaftlichen Erfolg und Misserfolg
778 entscheiden, gewinnen auch Datensicherheit und Datenschutz eine immer größere
779 Bedeutung.

780 Wir werden deshalb:

- 781 • **Die Strategie *Digitale Wirtschaft NRW* umsetzen.** Wir wollen sie zur Dachmarke für die
782 *Digitale Wirtschaft in NRW* ausbauen. Dabei werden wir Netzwerke der digitalen
783 Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen unterstützen und uns für weitere
784 Unternehmensgründungen in den Digitalbranchen und für Partnerschaften zwischen
785 Start-Ups, Mittelstand und Industrie einsetzen.
- 786 • **Die Digitalisierung für eine dynamische Bestandsentwicklung in Industrie, Mittelstand
787 und Handwerk nutzbar machen.** Die Digitalisierung muss stärker in konkrete
788 Anwendung und Umsetzung in die Unternehmen vor Ort gebracht werden. Wir werden
789 uns daher für den Innovationstransfer von der Forschung vor allem in Richtung kleiner
790 und mittlerer Unternehmen (KMU) einsetzen. Außerdem ist flächendeckend eine
791 geeignete Informations-Infrastruktur aufzubauen und dauerhaft vorzuhalten. Dazu
792 zählen vor allem *Kompetenzzentren Industrie 4.0* sowie Netzwerk- und Clusterarbeit in
793 allen Teilen des Landes. Dazu gehört aber auch der weitere Ausbau digitaler
794 Kompetenzen in Schulen, Hochschulen, Unternehmen und Verwaltung. Gemeinsam mit
795 der Wirtschaft werden wir offene Förderungsmöglichkeiten – etwa durch
796 Beratungsangebote, Best-Practice-Kataloge und Kompetenzzentren – identifizieren und,
797 wo nötig, neue schaffen.
- 798 • **Den Breitbandausbau vorantreiben.** Wir sorgen für den Ausbau der
799 hochleistungsfähigen Breitbandnetze. Bis 2018 werden alle Unternehmen in NRW
800 innerhalb und außerhalb von Gewerbegebieten Zugang zu einem hochleistungsfähigen
801 Internetanschluss von mindestens 50 Mbit/s erhalten. Bis 2026 soll NRW mit
802 Glasfasernetzen flächendeckend versorgt sein.
- 803 • **Die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung vorantreiben.** Wir wollen die Potenziale
804 für „smarte“ Dienstleistungen und Verwaltungsdienstleistungen in Deutschland verstärkt
805 erforschen und gute Praktiken, gerade im Bereich der Wirtschaftsförderung oder der
806 öffentlichen Daseinsvorsorge in strukturschwachen oder ländlichen Regionen, rasch
807 landesweit umsetzen.
- 808 • **Die Medien- und Kreativwirtschaft weiter fördern.** Die erfolgreichen
809 Fördermechanismen, die wir für die Medien- und Kreativwirtschaft geschaffen haben,
810 werden wir beibehalten und im Hinblick auf eine bessere Wettbewerbsfähigkeit stärken.
811 Wir wollen künftig die Potenziale der Kreativwirtschaft bei der Digitalisierung und
812 Innovationsförderung in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), Industrie
813 und Dienstleistungen z. B. durch offene Innovationsprozesse („open innovation“) noch
814 stärker nutzen und dazu die Akteure miteinander besser vernetzen.
- 815 • **Nordrhein-Westfalen als führenden Standort der Entwicklung hoher IT-
816 Sicherheitstechnologien stetig weiter ausbauen.** Wir werden eine datenschutzrechtliche
817 Strategie auf den Weg bringen, um Cyber-Spionage besser zu verhindern und stärker
818 belangbar zu machen, digitalen Eigentumsschutz zur alltäglichen Praxis zu machen, und

819 um das heimliche Sammeln privater Nutzerdaten und ihre Auswertung zu
820 Werbezwecken zu beenden.

821

822 **2.4 Wir investieren in Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.**

823 NRW braucht eine leistungsstarke und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur. Mit dem
824 dichtesten Verkehrsnetz Europas verfügen wir über beste Voraussetzungen, die
825 Logistikkreisläufe der Zukunft in Deutschland zu werden. Dafür werden wir das Netz
826 konsequent verkehrsträgerübergreifend weiterentwickeln.

827

828 Unsere Investitionsoffensive in die Infrastruktur sorgt dafür, dass Schienen, Wasserwege und
829 Straßen instand gehalten und, wo erforderlich, ausgebaut werden. Deshalb haben wir das
830 *Landestraßenerhaltungsprogramm* kontinuierlich von 73 Millionen Euro (2010) auf nunmehr
831 127,5 Millionen Euro (2017) pro Jahr erhöht und nach dem Grundsatz *Erhalt vor Neubau*
832 zukunftsfähig ausgerichtet. Mit dem jährlichen Förderprogramm für den kommunalen
833 Straßenbau stellen wir sicher, dass die Verkehrsinfrastruktur in den Städten und Gemeinden
834 des Landes leistungsfähig bleibt. Mit unserem Einsatz für den neuen
835 Bundesverkehrswegeplan (BVWP) haben wir dafür gesorgt, dass wir in Nordrhein-Westfalen
836 in den kommenden Jahren das größte Anti-Stau-Programm aller Zeiten umsetzen können.

837

838 Mit dem *Rhein-Ruhr-Express (RRX)* und dem *Eisernen Rhein* fördern wir den Umstieg von der
839 Straße auf die Schiene. Wir stärken das Schienennetz in NRW und bauen es aus. Die NRW-
840 Flughäfen verbinden unser Land mit über 400 Zielen weltweit. Mit 23 Millionen Fluggästen
841 pro Jahr ist der Airport Düsseldorf der drittgrößte Flughafen Deutschlands und mit über
842 750.000 Tonnen Fracht ist der Köln Bonn Airport das drittgrößte Luftfrachtzentrum
843 Deutschlands. Beide sind von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung für unser Bundesland.
844 Unser dezentrales Flughafensystem in NRW hat sich bewährt. Wir werden es auf Basis des
845 Nationalen Luftverkehrskonzepts des Bundes bedarfsgerecht fortentwickeln. Mit verstärkter
846 Kooperation und Harmonisierung wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit des
847 Luftverkehrsstandorts Nordrhein-Westfalen im globalen Flugverkehrsmarkt EU-
848 rechtskonform erhalten und ausbauen. Um Akzeptanz für Luftverkehr zu sichern und dort,
849 wo nötig, zu gewinnen, ist die Fortentwicklung des Lärmschutzes unverzichtbarer
850 Bestandteil eines schlüssigen Luftverkehrskonzeptes.
851 Die Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen ist ein schlafender Riese. Mit ihrer Hilfe
852 werden wir einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der logistischen wie ökologischen
853 Herausforderungen des stetig wachsenden Güterverkehrs leisten.

854

855 Wir tragen dafür Sorge, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen ihre Investitionen in
856 öffentliche Infrastruktur wieder deutlich erhöhen können. Dafür bildet unsere
857 kommunalfreundliche Politik eine wichtige Voraussetzung. *Öffentlich-Private*
858 *Partnerschaften (ÖPP)* scheiden für uns aufgrund der Zinslage und der hohen Bonität der
859 öffentlichen Hand als reines Finanzierungsinstrument aus. Als Beschaffungsinstrument

860 bedarf es stets einer detaillierten Einzelfallprüfung, ob für die öffentliche Hand tatsächliche
861 Vorteile entstehen.

862

863 Wir werden deshalb:

864 • **Unsere Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen.** Die einzelnen Projekte des
865 Bundesverkehrswegeplans gilt es, nun zügig in Angriff zu nehmen. Absolute Priorität
866 werden dabei der Neubau der Leverkusener Brücke und die Beseitigung von
867 Staustrecken haben. Unseren Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ für die Landesstraßen
868 werden wir fortschreiben und hierfür die finanziellen Anstrengungen noch einmal
869 deutlich verstärken. Auch ein Neubau von Infrastruktur wird an manchen Stellen
870 unumgänglich sein, wenn es um die Optimierung des bestehenden Straßennetzes, die
871 Erschließung von Wohngebieten oder die Sicherung von Arbeitsplätzen geht. Beim Bund
872 werden wir uns dafür einsetzen, dass insbesondere die BETUWE-Linie durch den Ausbau
873 des dritten Gleises zwischen Emmerich und Oberhausen zeitnah gestärkt wird. Der
874 Ausbau des *Eisernen Rhein* zwischen Antwerpen und Nordrhein-Westfalen, die
875 Beseitigung der Engpässe zwischen Aachen und Düren sowie zwischen Eindhoven und
876 Düsseldorf, die Stärkung des Eisenbahnknotens Köln und der Ausbau der Strecke
877 Münster-Lünen, der Ruhr-Sieg-Strecke sowie die Engpassbeseitigung Bielefeld-Hannover
878 durch den Ausbau der Bestandsstrecke zwischen Lindhorst und Löhne müssen
879 vordringlich realisiert werden.

880 • **Schnelle und transparente Genehmigungsverfahren sicherstellen.** Die Straffung der
881 Planfeststellungsverfahren ist dringend erforderlich, um die Planungszeiten bei
882 Infrastrukturprojekten deutlich zu verkürzen. Gleichzeitig wollen wir die
883 Bürgerbeteiligung insbesondere durch eine verbesserte Transparenz und Kommunikation
884 stärken. Wir sind überzeugt: Schnellere und transparentere Entscheidungswege dienen
885 letztlich allen Beteiligten. Mit dieser Zielsetzung werden wir auch das *Bündnis für*
886 *Infrastruktur* vorantreiben und gemeinsam mit den Bündnispartnern aus Wirtschaft und
887 Gewerkschaften für die Umsetzung infrastruktureller Projekte am Industriestandort
888 Nordrhein-Westfalen werben.

889 • **Nordrhein-Westfalen als Hafen- und Logistikstandort Nr. 1 ausbauen.** Die Häfen in NRW
890 wollen wir zu modernen Logistikkreisläufen entwickeln. Die Stärkung, der Ausbau und
891 die neue Entwicklung trimodaler Standorte sind dabei ebenso wichtig wie die sinnvolle
892 Nutzung von Hafenvorranggebieten. Der Rhein muss auch für größere Schiffe besser
893 befahrbar gemacht werden. Der Bund steht in der Verantwortung, den Investitionsstau
894 bei den Bundeswasserstraßen aufzulösen, Kanäle und Schleusen zu ertüchtigen und
895 Brücken über die Kanäle für den mehrlagigen Containerverkehr anzuheben. Um den
896 europäischen Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalen zu sichern, werden
897 wir auch die bedarfsgerechte Entwicklung des Köln Bonn Airports unterstützend
898 begleiten. Für die Wirtschafts- und Logistikmetropole Rhein-Ruhr ist ein Flughafen mit 24
899 Stunden Öffnungszeit für Frachtflüge unverzichtbar.

- 900 • **NRW als elektromobiles Kernland etablieren.** Unser Ziel: Ein Viertel der bundesweit
901 zugelassenen Elektrofahrzeuge sollen in NRW fahren und ein Großteil der relevanten
902 Systeme und Komponenten hier produziert werden. Die Entwicklung des *StreetScooters*
903 und *e.Go* an der RWTH Aachen zeigt, dass die Kompetenz dafür da ist. Im Rahmen von
904 industriepolitischer Förderung der E-Mobilität steht daneben vor allem der Aufbau einer
905 eigenen Produktion von Speichertechnologie in NRW im Mittelpunkt. Entsprechende
906 Initiativen für Batteriezellfertigung werden wir begleiten. Wir werden für eine
907 flächendeckende, verlässliche Ladeinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen sorgen und
908 Forschung und Entwicklung, auch im Rahmen der Leitmarktwettbewerbe, weiter stärken.
- 909 • **Kommunale Investitionsvorhaben in die Infrastruktur unterstützen.** Viele Kommunen
910 benötigen beim Erhalt und Ausbau von öffentlicher Infrastruktur, insbesondere in
911 Hinblick auf Kompetenz und Kosten der Planung von Großprojekten, Unterstützung.
912 Gemeinsam mit den Kommunen werden wir passende Angebote entwickeln.

913

914 **3. Wir gestalten nachhaltiges Wachstum sozial.**

915 NRW ist das Land, in dem die Wirtschaft wächst und der Wandel sozial und ökologisch
916 gestaltet wird. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist für ein nachhaltiges
917 Wirtschaften unverzichtbar.

918

919 Wir wissen: Wachstum kann zu steigendem Wohlstand vieler Menschen führen und ist ein
920 Zeichen von Fortschritt und Innovationen. Was wir aber brauchen, ist ein qualitatives
921 Wachstum, das die natürlichen Ressourcen schont und für alle Menschen, und nicht nur
922 einige wenige, zu steigendem Wohlstand führt. Fortschritt für NRW heißt deshalb für uns
923 auch, den sozial-ökologischen Wandel unserer Wirtschaft einzubeziehen und weiter aktiv zu
924 gestalten. Nachhaltigkeit in NRW ist für uns, dass Wirtschaft und Gesellschaft sowohl sozial,
925 ökologisch wie auch ökonomisch dauerhaft tragfähige Entwicklungspfade finden müssen. Ein
926 gelingender Strukturwandel hat diese drei Dimensionen gleichberechtigt im Blick. Wir in
927 NRW können Strukturwandel. Dabei steht für uns immer der Mensch im Mittelpunkt.

928

929 Die Energiewende ist für Nordrhein-Westfalen, das Energieland Nr. 1 in Deutschland, eine
930 besondere Herausforderung. Wir gestalten sie, indem wir bestehende zukunftsfähige
931 Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen, indem Energie immer
932 klimafreundlicher und sauberer wird, indem Energieversorgung für Verbraucherinnen und
933 Verbraucher sowie Unternehmen sicher und bezahlbar bleibt. Dies gilt für Stromerzeugung
934 und -nutzung ebenso wie für die Gebäudeheizung, denn die Energiewende wird neben der
935 Strom- auch eine Wärme- und Verkehrswende werden. Mit unserer modernen und zugleich
936 praktikablen Klima- und Umweltpolitik bewahren wir die natürlichen Lebensgrundlagen für
937 alle Menschen in NRW: Unser Landesnaturschutzgesetz sichert die biologische Vielfalt und
938 beugt dem Artensterben von Pflanzen und Tieren vor.

939 **3.1 Wir führen die Energiewende zum Erfolg.**

940 In NRW werden wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, die Sicherung und Schaffung von Guter
941 Arbeit zu fairen Löhnen und der Klimaschutz zusammengedacht und mit den Beteiligten
942 gemeinsam weiterentwickelt. Das ist die Energiewende in NRW. Ziel sozialdemokratischer
943 Energiepolitik ist es, den Wandel hin zu einer zunehmend klimaverträglichen
944 Energieerzeugung so zu gestalten, dass er ohne Strukturbrüche gelingt, denn Beschäftigte
945 und Unternehmen brauchen Sicherheit im Wandel und die Zeit, um diesen Prozess aktiv
946 mitzugestalten.

947 Die kommunalen Stadtwerke in NRW sind für uns ein zentraler Partner, weil sie die Gewinne
948 aus der Energiewende vor Ort, in ihrer Kommune einsetzen, für Akzeptanz sorgen und
949 innovative dezentrale Lösungen vorantreiben. Ohne kommunale Stadtwerke wäre eine
950 hochwertige und sozial integrative öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie,
951 Verkehr, Wasser und Telekommunikation in den Kommunen nicht möglich. Wir werden sie
952 weiter stärken.

953 Unsere Energiepolitik bleibt verlässlich. Die Weichen dafür haben wir in den vergangenen
954 Jahren in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene gestellt.

955

956 Wir werden deshalb:

957 • **Den Atomausstieg verantwortungsvoll gestalten.** Wir in NRW sind schon vor
958 Jahrzehnten aus Überzeugung aus der Atomkraft ausgestiegen. Nach dem geordneten
959 Ausstiegsbeschluss unter der SPD-geführten Bundesregierung Gerhard Schröders 2000
960 folgte die Volte zurück unter dem Kabinett Merkel 2011. Erst nach dem Reaktorunfall
961 von Fukushima wurde auch für ganz Deutschland der Atomausstieg erneut beschlossen.
962 Bis 2022 gehen die letzten Meiler vom Netz. Wir setzen uns dafür ein, dass auch im
963 benachbarten Ausland alte Pannereaktoren zeitnah endgültig abgeschaltet werden.
964 Deshalb treten wir auch für die schnellstmögliche Abschaltung und Stilllegung der
965 belgischen Atommeiler Tihange II und Doel III ein und unterstützen hierbei die
966 Anstrengungen der StädteRegion Aachen. Damit keine neuen Atomkraftwerke in Belgien
967 gebaut werden müssen, bieten wir unserem Nachbarland zur Absicherung der
968 Versorgungssicherheit eine langfristige energiepolitische und energiewirtschaftliche
969 Zusammenarbeit an. Den Import vom Atomstrom lehnen wir ab. Auch deshalb können
970 wir nicht gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohleverstromung aussteigen.

971 • **Den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben.** Wir setzen uns deutschlandweit
972 und bei uns in Nordrhein-Westfalen für den weiteren stetigen Ausbau der Erneuerbaren
973 Energien ein. Wir halten am Einspeisevorrang für erneuerbar erzeugten Strom fest. Bis
974 2025 wollen wir eine Stromversorgung mit regenerativen Energien von 30 Prozent
975 erreichen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss einhergehen mit
976 Investitionssicherheit und wettbewerbsfähigen Strompreisen für die nordrhein-
977 westfälische Industrie und Energiewirtschaft. Sie schaffen Arbeit, der Bestandsschutz für
978 die Befreiung von der EEG-Umlage bei eigenerzeugtem Strom in Bestandanlagen trägt
979 zur Sicherheit für Investitionsentscheidungen bei. Deshalb werden wir uns dafür

980 einsetzen, dass die zielgenauen Ausnahmetatbestände in der EEG-Umlage für energie-
981 und stromintensive Unternehmen auch über das Jahr 2017 hinaus gelten. Der
982 Emissionshandel auf europäischer Ebene als das zentrale Instrument zum Klimaschutz
983 darf nicht durch nationale bzw. kleinteilige Maßnahmen entwertet oder verschärft
984 werden. Für NRW ist der Ausbau der Windkraft das Rückgrat der Energiewende. Hierfür
985 haben wir auf Bundesebene mit dem *Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017*, in NRW mit
986 dem neuen *Landesentwicklungsplan* und mit dem *Windkrafteerlass*, die Weichen gestellt.
987 Wir wollen künftig auch dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze in alter und neuer
988 Energiewirtschaft möglichst objektiv ermittelt und transparent gemacht werden.

989 • **Der Energiewende zu Akzeptanz verhelfen – finanziell wie lokal.** Um die Gesamtkosten
990 im Griff zu halten, müssen der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netzausbau
991 zukünftig deutschlandweit besser synchronisiert werden. In Nordrhein-Westfalen, mit
992 seinem gut ausgebauten Stromnetz, ist dies kein Problem. Bereits heute müssen aber in
993 Norddeutschland Windräder abgeschaltet werden, weil die Netze ihren Strom nicht
994 aufnehmen können. Die Kosten, die dafür allen Stromverbrauchern entstehen, müssen
995 wirksam begrenzt werden. Eine Vereinheitlichung der Netzgebühren lehnen wir als
996 ungeeignetes Instrument daher ab. Um den Windstrom aus Norddeutschland zukünftig
997 nach NRW zu transportieren zu können, ist eine Leitung in modernster
998 Gleichstromtechnik geplant. Verlegetechnik – überwiegend als Erdkabel – und der
999 Verlauf müssen im Dialog vor Ort festgelegt werden.

1000 • **Fossile Stromerzeugung Zug um Zug ersetzen.** Für uns ist der Betrieb von Gas-,
1001 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken kein Selbstzweck. Wir wollen erreichen, dass wir
1002 Zug um Zug weniger fossile Brennstoffe zur Stromerzeugung einsetzen müssen. Die
1003 Versorgungssicherheit muss aber zu jeder Zeit gewährleistet sein. Mit der
1004 *Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlenrevier* haben wir Planungssicherheit für
1005 den Betreiber, aber ebenso Perspektiven für die Menschen im Revier geschaffen. Im
1006 Zeitraum 2017 – 2022 werden insgesamt fünf alte Braunkohlenblöcke in eine
1007 Sicherheitsreserve überführt und danach abgeschaltet werden. Mit dem Auslaufen des
1008 Tagebaus Inden und der Stilllegung des Kraftwerks Weisweiler werden sich die
1009 Emissionen des Rheinischen Reviers bis 2030 nahezu halbieren.

1010 • **Den Strukturwandel im Rheinischen Revier gestalten.** Das Rheinische Revier hat über
1011 Jahrzehnte wesentlich zum Wohlstand in unserem Land beigetragen. Auch in der
1012 Energiewende bleibt es für eine sichere Stromversorgung unverzichtbar. Mit der
1013 *Leitentscheidung zu Garzweiler* haben wir Planungssicherheit für den Tagebau im Revier
1014 geschaffen. Durch die stoffliche Nutzung der Braunkohle wollen wir die Wertschöpfung
1015 aus den genehmigten Abbauflächen sichern und ausbauen. Die Zukunft gehört der
1016 *Innovationsregion Rheinisches Revier*. Dazu werden wir die Innovationskraft der
1017 Hochschulen und Forschungsinstitute für die Region nutzbar machen und neue Flächen
1018 für die Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen aktivieren. Die große Tradition des
1019 Reviers wollen wir mit einem Anschluss an die Route der Industriekultur würdigen.

- 1020 • **Die Potenziale und Chancen der Kraft-Wärme-Kopplung nutzen.** Besonders in den
1021 Ballungsräumen an Rhein und Ruhr werden viele Wohnhäuser über Wärmenetze mit
1022 Nah- und Fernwärme versorgt. Wir wollen diese Energieinfrastruktur weiter ausbauen
1023 und fit machen für die Einspeisung von erneuerbar erzeugter Wärme. Deshalb halten wir
1024 an der gemeinsamen Erzeugung von Strom und Wärme in Kraft-Wärme-
1025 Kopplungsanlagen (KWK) fest. Auch unsere Industrie braucht für diese Form der
1026 Energiebereitstellung von Strom, Prozessdampf und Wärme verlässliche
1027 Rahmenbedingungen. Hierfür setzen wir uns weiterhin in Berlin und Brüssel ein. Deshalb
1028 halten wir an dem Ziel, 25 Prozent der Stromproduktion mit KWK-Anlagen im Jahr 2020
1029 zu erreichen, fest. Ein zügiger KWK-Ausbau unterstützt zudem die dringend notwendige
1030 Sektorkopplung. So wird ein zusätzlicher Klimabeitrag für eine weitere Reduzierung der
1031 CO₂-Emissionen realisiert. Deshalb werden wir das Landesprojekt *Fernwärmeschiene*
1032 *Rhein-Ruhr GmbH* planmäßig vorantreiben, die Fernwärmeprojekte in Düsseldorf und
1033 Köln unterstützen und Pilotprojekte zu Energieträgerkaskaden im Land initialisieren.
- 1034 • **Energieerzeugung und -verbrauch intelligent vernetzen.** Auch wenn der Wind nicht
1035 weht und wenn die Sonne nicht scheint, muss die Energieversorgung jederzeit gesichert
1036 sein. Den dafür erforderlichen Einsatz von Kraftwerken wollen wir minimieren. Mit dem
1037 Projekt *DesigNetz* ist es gelungen, ein für ganz Deutschland wichtiges Modellprojekt auch
1038 nach NRW zu holen. Mit der Vernetzung von Kraftwerken, Speichern, Industrieanlagen
1039 und Quartieren zu einem virtuellen Kraftwerk machen wir uns fit für die Energiewelt von
1040 morgen. Am Standort des Steag-Kraftwerks Duisburg-Walsum wurde Ende 2016 einer
1041 der deutschlandweit größten Batteriespeicher in Betrieb genommen. Speicherforschung
1042 ist ein wesentlicher Baustein, um der Energiewende auch bei der Elektromobilität zum
1043 Durchbruch zu verhelfen. Erste Beispiele, wie der an der RWTH Aachen entwickelte
1044 *StreetScooter*, welcher nun flächendeckend von DHL eingesetzt wird, zeigen, dass in
1045 NRW beste Voraussetzungen hierfür bestehen. Die Digitalisierung der Energieversorgung
1046 („Smart Energy“) werden wir gemeinsam mit Industrie und Energiewirtschaft
1047 systematisch vorantreiben. Die Anpassungsmöglichkeiten der Privathaushalte, der
1048 Industrie und der Energieversorger in Nordrhein-Westfalen an den Strommarkt der
1049 Zukunft haben wir ebenso im Blick wie das Recht auf Datensouveränität von Haushalten
1050 und Unternehmen. Wir werden dafür sorgen, dass NRW Leitmarkt im Bereich der
1051 Speichertechnik und der Sektor-übergreifenden Kopplung von Energieverbrauch und
1052 industrieller Produktion wird. Die Entwicklung und den Ausbau von Energiespeichern
1053 sowie deren Erhalt werden wir stärker unterstützen und auch den Bund dafür in die
1054 Pflicht nehmen, u. a. durch eine Netzentgeltbefreiung von Speichern und anderen
1055 Flexibilitätsoptionen. Außerdem wollen wir uns – auch mit europäischen
1056 Partnerregionen – für ein europäisches Umstellungs- und Steuerungsprojekt der
1057 Energieerzeugung einsetzen.
- 1058 • **Klimaschutz als Motor für den Fortschritt begreifen.** Klimaschutz und wirtschaftliches
1059 Handeln sind kein Gegensatz mehr. Wir lassen nicht zu, dass sie gegeneinander
1060 ausgespielt werden. Mit unserem *Klimaschutzplan* haben wir einen Instrumentenkasten

1061 mit konkreten Vorschlägen entwickelt, der alle Akteure verantwortlich einbezieht. Die
1062 *KlimaExpo.NRW* macht moderne und innovative Ansätze im Klimaschutz sichtbar. Sie
1063 präsentiert als Leistungsschau schon über 200 Projekte, bei denen z. B. Unternehmen,
1064 Städte oder Schulen bereits heute Klimaschutz als Motor für den Fortschritt nutzen und
1065 damit Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung in NRW sind. Wir wollen sie fortsetzen,
1066 um so Energiewende und Klimaschutz als Schubkräfte für eine nachhaltige Entwicklung
1067 für Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen.

1068 • **Die Energiewende sozial gerecht gestalten.** Kein Land in Europa hat die Krisen der
1069 letzten Jahre so erfolgreich gemeistert wie Deutschland. Eine Basis unseres Wohlstandes
1070 sind unsere industriellen Wertschöpfungsketten. Wir wollen, dass Stahl, Chemie,
1071 Automobil- und Maschinenbau am Standort Deutschland ihren Stellenwert behalten.
1072 Dem Klimaschutz würde es schaden, wenn industrielle Produktion in Länder abwanderte,
1073 in denen weniger strenge Regeln gelten. Deshalb werden wir uns weiterhin für faire
1074 Regeln einsetzen, damit ein steigender Anteil von Wind- und Photovoltaik, Klimaschutz
1075 und gute Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk kein Widerspruch werden. Für eine
1076 gerechte Gestaltung der Netznutzungskosten wollen wir deshalb prüfen, ob die
1077 Infrastrukturkosten für den überregionalen Stromtransport steuerfinanziert werden
1078 können. Dies senkt den Strompreis und führt zu einer gerechteren Verteilung der Kosten
1079 der Energiewende. Wir werden Überlegungen unterstützen, die unmittelbaren
1080 Belastungen durch die EEG-Umlage durch ein Fonds-Modell zu deckeln, und die Kosten
1081 für den Ausbau der Erneuerbaren Energien insgesamt zeitlich zu strecken und damit auch
1082 gerechter zu verteilen. Wir werden dafür sorgen, dass auch in einkommensschwächeren
1083 Stadtteilen die Potenziale der energetischen Gebäudesanierung genutzt sowie der
1084 weitere Ausbau von dezentraler, nachhaltiger Energieversorgung in Haushalten
1085 (Solarthermie und Mini-BHKW) und der Austausch eines Großteils der rund 450.000
1086 ineffizienten Elektroheizungen umgesetzt werden können. Dabei ist für uns klar: Mieten
1087 müssen auch nach energetischer Sanierung bezahlbar bleiben. Wir wollen, dass auch
1088 Mieterinnen und Mieter von der Energiewende profitieren können. Deshalb setzen wir
1089 auf Mieterstrommodelle für Photovoltaikanlagen auf Miethäusern, kleine stromgeführte
1090 KWK-Anlagen im Quartier und Beratungsangebote gegen Stromsperrern und
1091 Energiearmut. Wir werben für verstärkte Aufklärungsmaßnahmen durch die Stadtwerke
1092 und Verbraucherzentren, um für energiebewusstes Handeln zu sorgen. Unsere
1093 Maßnahmen zur Verhinderung von Energiearmut setzen wir konsequent fort. In
1094 Modellprojekten zur digitalen Verbrauchserfassung für Strom und Wärme werden wir
1095 erproben, welchen Beitrag sie in der Bevölkerung zu einem effizienteren und
1096 bewussteren Stromeinsatz und zur Vorbeugung von Energiearmut leisten können.

1097

1098 **3.2 Wir setzen auf Ressourcenschonung und Wertschöpfungskreisläufe.**

1099 Nachhaltig zu wirtschaften bedeutet für uns auch, den Abbau von Rohstoffen zu senken,
1100 bereits genutzte Rohstoffe wieder- und weiterzuverwenden und neue nachhaltige Stoffe zu
1101 entwickeln.

1102 Aus NRW kamen entscheidende Impulse zur Weiterentwicklung der
1103 Entsorgungstechnologien und der Kreislaufwirtschaftsmärkte. Es ist so gelungen, für eine
1104 gleichbleibende Produktion immer weniger Rohstoffe und Energie zu verbrauchen. Dieser
1105 Ansatz bleibt aktuell, er stößt allerdings zunehmend an Grenzen des wirtschaftlich und
1106 technisch Machbaren. Ein neues Leitbild nachhaltiger und wirtschaftlich erfolgreicher
1107 Produktion muss daher das gesamte Produktionsverfahren, das Produktdesign, ihre
1108 Ausgangsstoffe und deren Weiterverwendung in den Blick nehmen. Die zirkuläre
1109 Wertschöpfung denkt in Kreisläufen von Roh- und Werkstoffen und schafft so neue
1110 ökonomische Werte. Sie ermöglicht einen kreativen Prozess für neue Produkte mit neuen
1111 Designs und Werkstoffen, neue Services und Geschäftsmodelle.

1112
1113 Effektive Strukturen in der Daseinsvorsorge haben auch dazu geführt, dass öffentliche
1114 Unternehmen immer wieder die wesentlichen Treiber bei der Entwicklung von neuen
1115 Technologien in der Entsorgungswirtschaft sind und dabei ökologische Standards gesetzt
1116 haben. Die kommunale Verantwortung im Bereich der Abfallwirtschaft hat zu einem hohen
1117 Umwelt- und Verbraucherschutz bei gleichzeitig sozialverträglichen Gebühren für die
1118 Bürgerinnen und Bürger geführt. Zugleich bieten die öffentlichen Unternehmen der Ver- und
1119 Entsorgungsbranchen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, die dem Prinzip der Guten Arbeit
1120 folgen. Zukünftig müssen das brachliegende Potenzial des Abfalls als Rohstofflieferant
1121 nachhaltig genutzt und die energetische Nutzung weiter ausgebaut werden.

1122
1123 Wasser ist keine Ware. Es ist einer unserer kostbarsten Rohstoffe. Die Wasserwirtschaft
1124 gehört deshalb zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie hat neben den wirtschaftlichen
1125 Anforderungen auch immer ökologischen, sozialen und höchsten hygienischen Ansprüchen
1126 zu genügen. Dafür sorgen die öffentlichen Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und
1127 Mitarbeitern. Wir stehen dafür, dass öffentliche Unternehmen die Verantwortung und
1128 Kontrolle für diese öffentliche Aufgabe behalten.

1129

1130 Wir werden deshalb:

1131 • **Die kommunale Ver- und Entsorgung stärken.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
1132 kommunale Entsorgungspflicht nicht auf Haushaltsabfälle eingeschränkt wird. Die
1133 Erfassung von Wertstoffen muss in der Hoheit der Kommunen liegen. Das
1134 Wertstoffgesetz muss entsprechend gestaltet werden. Wir werden ohne Wenn und Aber
1135 sicherstellen, dass die Wasserversorgung eine Aufgabe der öffentlichen Hand bleibt. Um
1136 optimale wirtschaftliche Einheiten in der Trinkwasserversorgung und
1137 Abwasserentsorgung zu schaffen, werden wir die interkommunale Zusammenarbeit
1138 vorantreiben und den Wasserwirtschaftsverbänden die Zusammenarbeit organisatorisch
1139 erleichtern.

1140 • **Eine Roh- und Werkstoffstrategie NRW entwickeln.** Durch sie sollen die Bedarfe der
1141 NRW-Wirtschaft erfasst und perspektivisch gesichert werden. In unserer
1142 Innovationspolitik wollen wir die Idee der zirkulären Wertschöpfung etwa durch
1143 Modellprojekte zur Ressourceneffizienz heimischer Rohstoffe verankern. Hierzu zählt

1144 auch eine Zertifizierung von Produkt-Inhaltsstoffen zur Orientierung für Einzelhandel,
1145 Kunden und Service- und Reparaturstellen. Rohstoffe können so sparsamer verwendet,
1146 leichter getrennt und mit weniger Recyclingaufwand erneut verwendet werden. Wir
1147 werden ebenso prüfen, wo die öffentliche Hand als Großverbraucher bei der
1148 Verwendung von zirkulären Produkten mit gutem Beispiel voran gehen kann. Die
1149 Maßnahmenvorschläge der Enquete-Kommission Chemie zu zukunftsfähigen
1150 Technologiepfaden und Schlüsseltechnologien werden wir umsetzen. Praktizierende
1151 Pionierfirmen sollen sich künftig als Demonstratoren der Kaskadennutzung bewerben
1152 können: Auch die Reststoffe bzw. Abfälle eines wirtschaftlichen Prozesses können bereits
1153 als Ausgangsstoff für den nächsten Prozess dienen, noch bevor die entstandenen
1154 Produkte verbraucht werden.

- 1155 • **Die Potenziale einer zirkulären Wertschöpfung erforschen und erste unternehmerische**
1156 **Ansätze unterstützen.** Produktdesign, Herstellungsprozess, die Aufarbeitung städtischer
1157 Rohstoffe („urban mining“), Reparatur und neue Services sind lohnende Ansätze der
1158 zirkulären Wertschöpfung. Diese sollen in einem Kompetenzzentrum *Zirkuläre*
1159 *Wertschöpfung* verstärkt gefördert und insbesondere für kleine und mittelständische
1160 Unternehmen (KMU) nutzbar gemacht werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei den
1161 Möglichkeiten der Digitalisierung, mit der viele Prozesse einer zirkulären Wertschöpfung
1162 transparenter und kostengünstiger gestaltet werden können.

1163

1164 **3.3 Wir stellen uns engagiert dem Arten-, Landschafts- und Naturschutz.**

1165 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir konsequent schützen. Mit den Novellen
1166 der landesrechtlichen Regelungen zum Gewässer- und Naturschutz haben wir deshalb
1167 verbindliche Maßstäbe für den Ausgleich der Interessen gesetzt. Unsere
1168 *Biodiversitätsstrategie* zum Erhalt der biologischen Vielfalt trägt dazu bei, dass Nordrhein-
1169 Westfalen sich aktiv gegen das Aussterben heimischer Arten einsetzt.

1170

1171 Die Wasserqualität unserer Flüsse und Bäche steigt dank vielfältiger Investitionen in die
1172 Gewässerreinigung und die Renaturierung kontinuierlich. In NRW haben wir mit dem
1173 Emscherumbau beispielhaft bewiesen, wie aus einer Kloake wieder ein natürlicher Fluss
1174 wird. Wir setzen im Naturschutz auf Interessenausgleich und auf konstruktive
1175 Zusammenarbeit von Naturnutzern und Naturschützern. Dabei sollen die Belange des
1176 Naturschutzes auf der gesamten Fläche berücksichtigt werden. Dies muss unter Beteiligung
1177 und Einbindung der Nutzer geschehen. Der Vertragsnaturschutz ist hierzu ein wertvolles
1178 Instrument. In Zukunft soll dieses Instrument auch verstärkt im Wald angewendet werden.

1179

1180 Wir werden deshalb:

- 1181 • **Unnötigem Flächenverbrauch vorbeugen.** Innenverdichtung und die Nutzung von
1182 wirtschaftlichen Brachen sind wirksame Alternativen zu unnötigem Flächenverbrauch.
1183 Dabei berücksichtigen wir durch eine nachhaltige Stadtentwicklung die Lebensqualität in
1184 unseren Innenstädten und verhindern Wärmeinseln. Wir wollen städtische Parks,

1185 Grüngürtel und Kleingartenanlagen erhalten, um den Folgen des Klimawandels in den
1186 Ballungsräumen entgegenzuwirken und zugleich die soziale Bedeutung dieser
1187 Einrichtungen zu stärken.

1188 • **Der Wasserqualität weiterhin höchste Priorität einräumen.** Wir werden daher im
1189 Rahmen der Maßnahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen
1190 Zustand unserer Gewässer sorgen. Damit Kommunen und Wasserverbände ihrer
1191 Aufgabe der Pflege und Entwicklung der Gewässer besser nachkommen können, werden
1192 wir entsprechende Förderprogramme weiterentwickeln. Und wir sorgen weiterhin dafür,
1193 dass es in NRW kein Fracking gibt.

1194 • **Schutzgebiete erhalten und ausbauen.** Der Erhalt und Ausbau von Schutzgebieten
1195 sichert wichtige Rückzugs- und Entwicklungsräume für Tiere und Pflanzen in unserem
1196 Land. Wir suchen dabei den Dialog mit der Landwirtschaft, ohne diese aus ihrer
1197 Verantwortung für den Artenerhalt zu entlassen. Die *NRW-Stiftung zur Sicherung unseres*
1198 *Naturerbes* wollen wir stärken und ausbauen. Basierend auf den Beschlüssen des
1199 Landtags NRW von 2005 und des Regionalrates Detmold von 2016, werden wir auf dem
1200 Gebiet des Truppenübungsplatzes Senne, im Einklang mit der militärischen Nutzung
1201 durch den Bundeswehrstandort, einen Nationalpark voranbringen. Dies ist sowohl
1202 ökologisch als auch wirtschaftlich sinnvoll. Auch die positive weitere Entwicklung des
1203 Nationalparks Eifel werden wir vorantreiben.

1204

1205 **3.4 Wir entwickeln die Land- und Forstwirtschaft nachhaltig.**

1206 Die Landwirtschaft ist einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen. Viele Betriebe
1207 werden insbesondere durch Marktentwicklungen und Bodenspekulationen, die sie kaum
1208 beeinflussen können, vor die Existenzfrage gestellt. Längst geht es nicht mehr um den
1209 Gegensatz konventioneller und ökologischer Produktionsweisen, sondern um die Frage, wie
1210 dieser Strukturwandel gestaltet werden kann, dass die Landwirtschaft eine
1211 Zukunftsperspektive hat und die unser Land – wie beispielsweise im Münsterland oder am
1212 Niederrhein – prägende Kulturlandschaft erhalten werden kann. Darauf muss die
1213 europäische Agrarförderung konzentriert werden. Eine große Chance entsteht durch die
1214 wachsende Nachfrage nach Produkten aus regionalem Anbau und ökologischen Produkten.
1215 Sie wollen wir fördern. Die forstwirtschaftliche Nutzung des Waldes muss in einen Ausgleich
1216 gebracht werden mit seinen Funktionen als Lebensraum und Erholungsgebiet.

1217

1218 Wir werden deshalb:

1219 • **Uns für den Erhalt und die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen.** Diese
1220 Landwirtschaft bildet die Grundlage für den Erhalt und die Entwicklung lebenswerter
1221 ländlicher Räume. Wir werden deshalb im Rahmen des EU-Programms *Ländlicher Raum*
1222 Strategien zur Einkommensdiversifizierung für landwirtschaftliche Betriebe entwickeln.
1223 Die Potenziale der ökologischen Landwirtschaft wollen wir ausbauen. Auch die regionale
1224 Erzeugung und Vermarktungsstrategien sowie lokale Wertschöpfung müssen ausgebaut

1225 werden. Betriebe des Nebenerwerbs sollen so die Möglichkeit haben, zur regionalen
1226 Wertschöpfung beizutragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landwirtschaft in
1227 NRW weiterhin gentechnikfrei bleibt.

1228 • **Die regionale Vermarktung unterstützen.** Wir setzen uns dafür ein, dass
1229 Verbraucherinnen und Verbraucher aus einem reichhaltigen und qualitativ hochwertigen
1230 regionalen Lebensmittelangebot auswählen können, das für alle Einkommen finanzierbar
1231 bleibt.

1232 • **Landwirtschaftliche Nutzung und Naturschutz miteinander verbinden.** Eine stärkere
1233 Umschichtung der EU-Agrar-Direktzahlungen in die zweite Säule bleibt notwendig, um
1234 stärker die Entwicklung des ländlichen Raums finanzieren zu können. Auch Maßnahmen
1235 des Naturschutzes können davon profitieren. Wir wollen darüber hinaus in Zukunft
1236 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verstärkt mit dem Ökolandbau verbinden. Die
1237 Neuschaffung von Landschaftselementen, einschließlich Feuchtgebieten und
1238 Feuchtgrünland, werden wir durch Förderprogramme forcieren.

1239 • **Uns für den Tierschutz einsetzen.** Das Tierschutzrecht muss alle Anforderungen einer
1240 artgerechten Tierhaltung erfüllen. Die Haltungsbedingungen, gerade in der
1241 Nutztierhaltung, müssen den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden, und nicht die
1242 Tiere den Haltungssystemen. Die Kleintierzucht hebt sich positiv ab und leistet einen
1243 wesentlichen Beitrag zur Erhaltung alter Kulturrassen. Wir werden die Kleintierzucht
1244 deshalb weiterhin fördern. Das neue Jagdrecht werden wir in seinen Wirkungen wie
1245 zugesagt evaluieren und eine gemeinsame Image-Kampagne für und mit den Jägerinnen
1246 und Jägern auf den Weg bringen.

1247 **II. NRW: SOZIAL GERECHT!**

1248

1249 Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind die Grundlagen für ein modernes, leistungsfähiges
1250 und lebenswertes Nordrhein-Westfalen. Wir haben deshalb versprochen, in soziale
1251 Gerechtigkeit und Bildung, in soziale Teilhabe und Integration zu investieren. Vor allem ist
1252 und bleibt für uns klar: Wir wollen kein Kind zurücklassen.

1253

1254 Heute ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter einer vorsorgenden Politik. Dort, wo wir
1255 gemeinsam mit den Kommunen vor Ort aktiv geworden sind, spannen wir schon jetzt für
1256 Kinder und ihre Familien ein dichtes Netz aus kommunalen Unterstützungsleistungen und
1257 knüpfen die wichtigen Präventionsketten. Die Unterstützung beginnt schon in der
1258 Schwangerschaft und reicht bis zum Übergang in den Beruf. Es zeigt sich: Wer frühzeitig in
1259 gute Bildung investiert, in mehr Kinder- und Ganztagsbetreuung, in passgenaue Hilfen für
1260 Alleinerziehende und Familien und in eine vorsorgende Sozialpolitik, der sorgt am besten für
1261 die Zukunft vor.

1262

1263 **Chancengleichheit von Anfang an.**

1264 Gerechtigkeit beginnt immer mit Chancengleichheit. Deshalb gilt für uns weiterhin: Über die
1265 Lebens- und Berufschancen eines Kindes dürfen allein seine Talente, Leistungen und
1266 Fähigkeiten entscheiden, nicht das Einkommen und die Herkunft seiner Eltern. Deshalb
1267 setzen wir auf individuelle Förderung – von Anfang an.

1268

1269 Wir öffnen so das Tor zu einem selbstbestimmten Leben. Bildung ist das Sprungbrett für
1270 sozialen Aufstieg. Deshalb haben wir seit unserer Regierungsübernahme auch über 200
1271 Milliarden Euro in das Zukunftsthema Nr. 1 investiert: Kinder, Bildung und Familien. Heute
1272 fließt jeder dritte Euro des Landeshaushaltes in gute Kitas und Schulen, in exzellente
1273 Hochschulen und in die berufliche Bildung – mehr als jemals zuvor! Damit gewährleisten wir
1274 den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, die Modernisierung von Schulgebäuden
1275 und Hochschulen und die zeitgemäße Ausstattung aller Bildungseinrichtungen, digitales
1276 Lernen inklusive. Vor allem aber schaffen wir Stellen für zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer,
1277 schulische Sozialarbeit, Erzieherinnen und Erzieher sowie Fachkräfte in Forschung und Lehre
1278 an den Hochschulen.

1279

1280 Politik für mehr Gerechtigkeit ist immer auch Politik für Familien: für die Vereinbarkeit von
1281 Familie und Beruf, für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem
1282 Arbeitsmarkt und für die Entlastung junger Eltern von Gebühren. Wir setzen deshalb den
1283 rasanten Ausbau von Betreuungsplätzen in Kitas und Offenen Ganztagschulen (OGS) fort
1284 und investieren in die Qualität der Betreuung.

1285

1286 Unser Ziel bleibt eine kostenfreie Bildung und Betreuung. Junge Eltern, die in der Rush Hour
1287 ihres Lebens stehen, verdienen Entlastung – auch finanziell. Denn sie sind es, die jeden Tag
1288 aufs Neue einen Beitrag von unschätzbarem Wert für die Zukunft unseres Landes leisten.

1289 Wir wissen: Gerade für alleinerziehende Mütter und Väter werden Kinder immer noch zu oft
1290 zu einem Armutsrisiko und Karrierehindernis. Wir werden alles tun, dies ein für alle Mal zu
1291 beenden.

1292

1293 Von Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Familienfreundlichkeit profitieren alle
1294 Menschen in Nordrhein-Westfalen. Junge Menschen erhalten die Chance auf ein
1295 selbstbestimmtes Leben. Aber auch unsere Wirtschaftskraft wächst mit jedem jungen
1296 Menschen, dem wir in der schulischen, beruflichen oder akademischen Bildung zu einem
1297 höheren Abschluss verhelfen. Sie wächst mit jeder Mutter und jedem Vater, dem wir die
1298 Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Mit jedem Kind, das wir nicht zurücklassen,
1299 gewinnt unsere Wirtschaft einen Facharbeiter, eine Ingenieurin oder einen
1300 Unternehmensgründer mehr.

1301

1302 **Gesellschaftliche Teilhabe für alle stärkt den sozialen Zusammenhalt.**

1303 Gerechtigkeit beginnt mit Chancengleichheit. Aber sie hört damit noch nicht auf. Der
1304 vorsorgende Sozialstaat verbindet sie mit dem Versprechen auf gesellschaftliche Teilhabe -
1305 unabhängig von Einkommen oder Geschlecht, von Herkunft, Religion oder Weltanschauung,
1306 von einer Behinderung, vom Alter oder von der sexuellen Orientierung. Für die soziale
1307 Sicherheit bleibt die solidarische Absicherung im Alter und bei Lebensrisiken wie Krankheit
1308 und Arbeitslosigkeit unverzichtbar. Damit stärken wir den sozialen Zusammenhalt in
1309 unserem Land.

1310

1311 Wir haben die Grundlagen für eine erfolgreiche Inklusion und eine gelingende Integration
1312 gelegt. Mit unserem Integrations- und Teilhabegesetz und unserem *Integrationsplan* waren
1313 wir bundesweit Vorreiter. Unseren *Inklusionsplan* haben wir mit ersten gesetzlichen
1314 Initiativen umgesetzt. Unser Inklusionsstärkungsgesetz hat Signalwirkung weit über die
1315 Grenzen von NRW hinaus. Damit stehen wir aber nicht am Ende, sondern erst am Anfang
1316 unserer Arbeit.

1317

1318 Unser Leitbild für Nordrhein-Westfalen ist eine inklusive Gesellschaft: Hier ist es normal,
1319 verschieden zu sein. Und davon profitieren wir alle. Zum Beispiel durch den Abbau von
1320 Hürden, damit die Umwelt für alle zugänglich wird, aber auch durch weniger Barrieren in
1321 den Köpfen. Wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in
1322 der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann ist das gelungene
1323 Inklusion.

1324

1325 Nordrhein-Westfalen bleibt weltoffen und tolerant. Wer sich zu unseren Verfassungswerten
1326 bekennt, hat unsere volle Unterstützung bei der Integration. Nach mehr als hundert Jahren
1327 Einwanderungsgeschichte wissen wir: Eine gelungene Integration ist der Schlüssel für die
1328 Teilhabe und das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Damit sie gelingt, sind
1329 Verbindlichkeit und ein langer Atem notwendig.

1330 Die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Frauen bleibt ebenso eine
1331 Herausforderung, wie die Teilhabe aller Generationen am Erwerbsleben und in der
1332 Gesellschaft. Theoretisch stehen alle Türen offen, doch die Erfahrung zeigt: Praktisch
1333 reduzieren sich die Möglichkeiten schnell. Auch hier bleibt viel zu tun.

1334

1335 Bei der praktischen Umsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau geht es uns um
1336 das Recht auf gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit und nicht zuletzt um gleiche
1337 Aufstiegschancen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

1338

1339 Eine gerechte Gesellschaft ist eine Gesellschaft für alle Generationen. Ein selbstbestimmtes
1340 Leben im Alter bleibt der Maßstab unserer Politik für ältere Menschen, für pflegebedürftige
1341 Menschen nicht weniger als für aktive Seniorinnen und Senioren.

1342

1343 In Nordrhein-Westfalen gilt weiterhin das Versprechen der Solidarität. Mit Armut finden wir
1344 uns nicht ab. Wir werden sie weiter bekämpfen. Kernstück dabei ist die Schaffung eines
1345 Sozialen Arbeitsmarkts. Er gibt Menschen, die lange Zeit ohne Arbeit waren, aber immer
1346 noch leistungsbereit sind und produktiv sein wollen, die Würde der Arbeit zurück.

1347

1348 **4. Wir wollen die beste Bildung für jeden von Anfang an.**

1349 Beste Bildung, unabhängig von der Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern, ebnet den Weg
1350 in ein selbstbestimmtes Leben und zu sozialem Aufstieg. Unser Ziel deshalb auch für die
1351 nächsten Jahre und verstärkt: Kein Kind und keinen Menschen zurücklassen. Kein Kind soll
1352 die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Jedes Kind soll entsprechend seiner Talente und
1353 Begabungen gefördert werden. Und deshalb beginnt beste Bildung im frühen Alter und sorgt
1354 im Lebenslauf dafür, dass alle Menschen, immer dann, wenn es notwendig ist, eine weitere
1355 Chance erhalten. Wir haben ein umfassendes Bildungsverständnis und wollen alle
1356 Bildungsinstitutionen von der Kita bis zur Weiterbildung weiter stärken.

1357

1358 Dafür haben wir in den vergangenen Jahren die Grundlage gelegt: Allein seit 2015 werden
1359 über 6.000 neue Lehrerinnen und Lehrer und rund 1.500 Schulsozialarbeiterinnen und
1360 Schulsozialarbeiter vom Land zusätzlich finanziert. Damit verbessern wir die
1361 Unterrichtsversorgung und sorgen dafür, dass die wachsenden Herausforderungen an
1362 unseren Schulen besser bewältigt werden können. Mit dem Schulkonsens haben wir mehr
1363 als 220 neue Schulen des längeren gemeinsamen Lernens geschaffen und die Inklusion auf
1364 den Weg gebracht. Anders als in anderen Bundesländern setzen wir dabei auf die
1365 Wahlfreiheit der Eltern, ihr Kind inklusiv auf einer allgemeinbildenden Schule unterrichten
1366 und fördern zu lassen oder auf einer Förderschule. Den Lernort bestimmen in Nordrhein-
1367 Westfalen die Eltern nach umfassender kompetenter Beratung selbst.

1368

1369 Durch das Programm *Kein Abschluss ohne Anschluss* haben wir als erstes Flächenland eine
1370 verbindliche und strukturierte Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen eingeführt.

1371 Mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 setzen alle allgemeinbildenden Schulen in unserem
1372 Land dieses Programm verpflichtend um und im Schuljahr 2018/2019 werden dann alle circa
1373 500.000 Schülerinnen und Schüler Nordrhein-Westfalens der Jahrgangsstufen 8 bis 10 von
1374 dieser frühzeitigen Unterstützung bei der Berufswahl und beim Eintritt in die
1375 Berufsausbildung profitieren. Durch die Anstrengungen des Ausbildungskonsenses NRW, der
1376 regionalen Ausbildungskonsense und der berufspraktischen Erprobungen haben wir in vielen
1377 Regionen Verbesserungen am Ausbildungsmarkt erreicht. Durch das Programm
1378 *Talentscouting* und zusätzliche Masterstudienplätze ermöglichen wir beste Abschlüsse. Mit
1379 Erfolg: Kein anderes Bundesland hat die Zahl der Schulabbrecher so konsequent reduzieren
1380 können, und in keinem anderen Land studieren so viele junge Menschen wie in NRW.

1381
1382 Mit der von uns vorgenommenen *Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes*
1383 erhalten Auszubildende das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub. Und wir haben die
1384 Weiterbildungsförderung sowohl strukturell als auch für einzelne Themen deutlich erhöht.

1385

1386 **4.1 Wir machen unsere Schulen fit für die Zukunft.**

1387 Die Anforderungen an die Schulen werden weiter steigen: Integration von Zugewanderten,
1388 individuelle Förderung und Exzellenz, Inklusion und die Vorbereitung auf Ausbildung und
1389 Beruf wie auch das Lernen im digitalen Wandel werden weiter große Kraftanstrengungen
1390 erfordern. Hierzu bedarf es mehr Förderung schon in der Kita und mehr Lehrerinnen und
1391 Lehrer insbesondere in den Schulen in sozial schwierigen Quartieren.

1392

1393 Der Schulkonsens ist dafür eine gute Grundlage, aber er reicht nicht aus. Mit unserem
1394 Manifest *Gute Schule. Beste Bildung.* haben wir daher einen umfassenden Maßnahmenplan
1395 vorgelegt, individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen,
1396 Bildungsübergänge zu vereinfachen und die schulische Inklusion zum Erfolg zu führen. Unser
1397 Investitionsprogramm *Gute Schule 2020* sorgt gleichzeitig mit zwei Milliarden Euro
1398 Investitionsvolumen bis 2020 dafür, dass die Schulgebäude wieder auf Vordermann gebracht
1399 werden. Mit unserem Leitbild *Lernen im Digitalen Wandel* haben wir Leitplanken für die
1400 Zukunft von Bildung in Zeiten der Digitalisierung gesetzt. Die Teilhabe am digitalen Leben,
1401 Bildungsqualität, Bildungsgerechtigkeit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sowie mehr
1402 Fachkräfte für den digitalen Wandel haben wir dabei als Ziele definiert. Digitale Kompetenz
1403 und kritische Mediennutzung sind wichtige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes
1404 Leben.

1405

1406 Wir werden deshalb:

- 1407 • **Für gelingende Unterrichtsbedingungen sorgen.** Die Schüler-Lehrer-Relation ist
1408 entscheidend für eine gute Unterrichtsversorgung. Wir werden sie an allen Schulen
1409 weiter verbessern und Transparenz über Unterrichtsausfall und seine Ursachen
1410 herstellen. Um Unterrichtsausfälle, insbesondere bei langfristigen Abwesenheiten von
1411 Lehrkräften, wirksam zu vermeiden, werden wir den Einsatz von Vertretungskräften

1412 erleichtern. Gleichzeitig werden wir den Schulen, in Anlehnung an die Möglichkeiten der
1413 *Selbstständigen Schule*, mehr Möglichkeiten für eine eigenverantwortlichere
1414 Stellenbewirtschaftung geben. Über einen Sozialindex wollen wir künftig die Zuweisung
1415 von Personalressourcen auch daran orientieren, wo besonders viele Kinder und
1416 Jugendliche mit Förderbedarfen oder in besonderen Lebenslagen unterrichtet werden.
1417 Zusätzlich werden wir durch besondere Anreize Lehrkräfte für die Arbeit in diesen
1418 Stadtteilen honorieren. Große Schulen wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen
1419 durch eine Verwaltungskraft gezielt entlasten. Mit uns ist klar: Das Programm zur
1420 sozialen Arbeit an Schulen wird fortgesetzt. Bei der Finanzierung werden wir gleichzeitig
1421 weiter darauf bestehen, dass es zu einer hundertprozentigen Refinanzierung durch den
1422 Bund kommt, der diese Leistung in Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets
1423 zugesagt hat. Zugleich werden wir die schulische Arbeit in multiprofessionellen Teams
1424 ausbauen. Mit unserem Programm *Gute Schule 2020* sorgen wir weiter dafür, dass der
1425 Investitionsstau in den Klassenzimmern endlich aufgelöst wird.

1426 • **Mehr längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.** Die direkte Umwandlung
1427 bestehender Haupt- und Realschulen werden wir ermöglichen. Gymnasien soll die
1428 Umwandlung in Gesamtschulen zumindest dann ermöglicht werden, wenn sie die einzige
1429 weiterführende Schule am Ort sind. Dazu gehört im ersten Schritt; dass ein Gymnasium
1430 alle Abschlüsse vergeben kann, um ein diskriminierendes ‚Abschulen‘ von Kindern zu
1431 verhindern. Wir folgen dabei dem Grundsatz, dass jede weiterführende Schule die
1432 Verantwortung für die Kinder bis zum Abschluss übernimmt, die sie aufgenommen hat.
1433 Ob und inwieweit im Rahmen des *Schulkonsens* schon eine Zweizügigkeit für die
1434 Gründung und den Fortbestand einer Sekundarschule, insbesondere im ländlichen Raum,
1435 als ausreichend betrachtet werden kann, wollen wir prüfen.

1436 • **Ein modernes Abitur an den Gymnasien einführen.** Die von CDU und FDP eingeführte
1437 generelle Schulzeitverkürzung am Gymnasium (G8) ist gescheitert. Unser Ziel ist, den
1438 Kindern wieder mehr Zeit zum Leben und Lernen zu geben. Dazu werden wir die
1439 Sekundarstufe I an Gymnasien wieder auf sechs Jahre verlängern. So reduzieren wir die
1440 Belastung der jüngeren Schülerinnen und Schüler und ermöglichen wieder einen
1441 qualifizierten mittleren Abschluss am Gymnasium. Durch eine Reform der gymnasialen
1442 Oberstufe führen wir die Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern ein.
1443 Sie entscheiden durch die Belegung von zusätzlichen Kursen am Ende der Sekundarstufe I
1444 oder alternativ durch ein zusätzliches Orientierungs- und Vertiefungsjahr, ob sie das
1445 Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren machen wollen. Unser flexibles Modell ermöglicht
1446 jedem Schüler und jeder Schülerin einen individuellen Weg zum Abitur. Jedes Kind
1447 bekommt mit uns die Zeit, die es braucht.

1448 • **Die Grundbildung und die Qualität von Schulen stärken.** Im gesamten schulischen
1449 Bildungsverlauf werden wir der Sprachförderung und der Grundbildung eine hohe
1450 Priorität einräumen. Die digitale Grundbildung wird dabei in Zukunft selbstverständliches
1451 Mittel zur Aneignung unterschiedlichster Inhalte. Die Qualität von Schulen muss
1452 systematisch weiterentwickelt und die Lernstandserhebungen müssen kritisch

1453 ausgewertet werden. Wo nötig, wollen wir die Schulen durch gezielte
1454 Qualitätsentwicklung unterstützen. Die bestehenden ehrenamtlichen Projekte zur
1455 Leseförderung werden wir ausbauen und ein Landesprogramm zur Verbesserung der
1456 Lesekompetenz auflegen. Um die Potenziale aller Schülerinnen und Schüler zu fördern,
1457 müssen sowohl diejenigen, die es aufgrund ihrer Herkunft schwer haben, als auch die
1458 besonders begabten Schülerinnen und Schüler, gesondert in den Blick genommen
1459 werden. Die Förderstunden im System wollen wir deshalb ausbauen. Wir unterstützen
1460 Programme zur Verhinderung von Schulabbrüchen und geben allen, die trotz vielfältiger
1461 Unterstützung den Abschluss nicht geschafft haben, neue außerschulische Chancen zum
1462 Abschluss. Die Verantwortung der öffentlichen Jugendhilfe für gelingende
1463 Bildungsbiografien wollen wir stärken.

1464 • **Für einen verlässlichen Offenen Ganzttag (OGS) sorgen.** Der hohe Zuspruch der Eltern
1465 zur Offenen Ganztagschule unterstreicht Bedarf und Attraktivität dieses
1466 Betreuungsangebots gleichermaßen. Die Eltern in unserem Land können sich darauf
1467 verlassen, dass das Land auch weiterhin jeden zusätzlich beantragten Platz finanzieren
1468 wird. Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit Schulen, Kommunen und Trägern den
1469 Offenen Ganzttag qualitativ weiterentwickeln. Wir werden so für einen verlässlichen
1470 Offenen Ganzttag mit der Möglichkeit des Wechsels zwischen Lern- und Ruhephasen
1471 sorgen. Bessere Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler und die Verbesserung
1472 der Flexibilität der Angebote stehen dabei im Mittelpunkt.

1473 • **Dafür sorgen, dass der digitale Wandel in unseren Schulen ankommt.** Auf Grundlage
1474 unseres Leitbildes *Lernen im Digitalen Wandel* werden wir die Ausstattung der Schulen
1475 verbessern und die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer konsequent
1476 ausbauen. Unser Ziel: Zum Schuljahr 2021/2022 haben alle Lehrkräfte und Schülerinnen
1477 und Schüler jederzeit an jedem schulischen Ort einen pädagogischen Zugang zum
1478 Internet. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert, die ihrer gesamtstaatlichen
1479 Verantwortung nachkommen muss.

1480 • **Für eine gelingende Inklusion und Integration sorgen.** Wir bekennen uns zum Recht auf
1481 inklusive Beschulung. Um die schulische Inklusion zum Erfolg zu führen, brauchen wir
1482 mehr multiprofessionelle Teams, um den gezielten Einsatz von Doppelbesetzungen und
1483 Phasen der individuellen Förderung zu ermöglichen. Dazu gehören gleichermaßen
1484 Sonderpädagogen wie nichtlehrendes Personal aus der Schulsozialarbeit, der
1485 Schulpsychologie und der Integrationshilfe. Für die Integrationshilfe gilt es Poollösungen
1486 rechtlich abzusichern. Für Jugendliche mit besonders großen Lern- und
1487 Verhaltensproblemen werden wir gezielte Unterstützungsstrukturen auch im Verbund
1488 mit der Jugendhilfe aufbauen. Wir werden die Schulen weiterhin angemessen bei ihrer
1489 wichtigen Aufgabe der Integration von Zuwanderern unterstützen. Die Bildung von
1490 Sprachfördergruppen bleibt notwendiges Mittel, um ein intensives Erlernen der
1491 deutschen Sprache zu gewährleisten.

1492 • **An den Schulen die Grundlage für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz legen.**
1493 Schulen sollen Häuser der Demokratie sein. Wir werden deshalb den Politik- und
1494 Geschichtsunterricht wieder stärken und die Arbeit der Schülervertretungen weiter
1495 fördern. Auslandsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern wollen wir fördern und uns
1496 dafür einsetzen, dass die im Rahmen von *Erasmus+* vorhandenen Programme künftig von
1497 noch mehr Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen genutzt werden können.
1498 Und mit uns ist klar, dass die gesellschaftliche Vielfalt unseres Landes auch in
1499 Abbildungen in Schulbüchern (inkl. LSBTIQ* Lebensformen) kein Tabu bleibt. Bei Aus-
1500 und Weiterbildung des Fachpersonals in Schulen – wie auch in Kindertageseinrichtungen
1501 und der Jugendhilfe – werden wir uns für einen sensiblen Umgang mit sexueller Vielfalt
1502 und Diversität einsetzen.

1503

1504 **4.2 Wir stärken die berufliche Bildung.**

1505 Kein Jugendlicher darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Wir wollen für
1506 alle jungen Menschen, die eine Ausbildung beginnen wollen, einen Platz sicherstellen. Unser
1507 duales System der beruflichen Bildung bietet Auszubildenden beste Bildungschancen, gute
1508 Ausbildungsbedingungen und damit die Chance für die Teilhabe an der Gesellschaft und eine
1509 erfolgreiche berufliche Zukunft. Und es sichert den Unternehmen hochqualifizierte
1510 Beschäftigte. Dieses System werden wir stärken.

1511

1512 Die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung verbessern wir durch unser
1513 Landesprogramm *Kein Abschluss ohne Anschluss*. Es sorgt für Beratungen schon an den
1514 Schulen, vermeidet unnötige Warteschleifen und hilft bei der Vermittlung von Ausbildungs-
1515 und Studienplätzen. Eine duale Berufsausbildung eröffnet große berufliche Chancen, die
1516 Eltern, Jugendlichen und Betrieben noch offensiver nähergebracht werden müssen. In
1517 unserer Fachkräfteinitiative werben wir gemeinsam mit Verbänden und Kammern für ihren
1518 Stellenwert und die Entwicklungschancen der dualen Berufsausbildung. „Master und
1519 Meister“ sind für uns kein Gegensatz.

1520 Deutschland braucht für seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung möglichst
1521 viele gut ausgebildete Menschen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass alle jungen
1522 Menschen ohne entsprechende Abschlüsse, auch Geflüchtete, ihrem Qualifikationsniveau
1523 entsprechend aus- und fortgebildet werden und damit Einstiegsmöglichkeiten in den
1524 deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Dabei spielt der sichere Umgang mit der deutschen
1525 Sprache eine entscheidende Rolle.

1526

1527 Durch die Vermittlung (nicht nur) beruflicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten
1528 stellen die Berufskollegs die Brücke zur Erwerbstätigkeit dar und leisten gerade bei
1529 Geringqualifizierten eine umfangreiche Integrationsarbeit. Für die Integration junger
1530 Geflüchteter haben wir uns erfolgreich für ein Aufenthaltsrecht für die Dauer der
1531 Ausbildung und zwei Jahre Beschäftigungszeit nach der Ausbildung eingesetzt.

1532

1533 Wir werden deshalb:

- 1534 • **Jedem jungen Menschen, der einen Ausbildungsplatz will, ein Angebot machen.** Unser
1535 erfolgreiches Landesprogramm *Kein Abschluss ohne Anschluss* werden wir fortsetzen und
1536 für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss das Recht auf eine zweite
1537 Chance auch über das 18. Lebensjahr hinaus sicherstellen. Darüber hinaus bedarf es
1538 einer bundesweiten Ausbildungsgarantie. Von Gewerkschaften und
1539 Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds können dabei
1540 das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Die Ausweitung flexibler Zugänge
1541 zur Ausbildung durch das Konzept der zertifizierten Teilqualifizierungen wollen wir
1542 gemeinsam mit den Partnern in NRW weiter vorantreiben. Dies ermöglicht formal gering
1543 qualifizierten Menschen, einen vollen Berufsabschluss in mehreren Schritten zu
1544 erwerben. Für Jugendliche, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule keinen
1545 Ausbildungsplatz bekommen, werden wir niedrigschwellige Förderangebote wie die
1546 Produktionsschulen, in denen berufliches Lernen und praktische Arbeit Hand in Hand
1547 gehen, zur Verfügung stellen.
- 1548 • **Die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen.** Das fachbezogene Abitur an
1549 Berufskollegs werden wir stärken, um die Übergangsquote von Jugendlichen in die
1550 Ausbildung zu erhöhen. Wir wollen zudem die Kooperation unterschiedlicher
1551 Bildungsinstitutionen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Modellregionen
1552 fördern. Um dem Lehrkräftemangel wirksam zu begegnen, brauchen wir eine engere
1553 regionale Zusammenarbeit zwischen Berufskollegs und anderen Bildungseinrichtungen.
1554 Wir wollen dort Anreize setzen, wo Fachkräfte dringend benötigt werden – wie
1555 beispielsweise in der Altenpflege. Dies kann etwa durch die Umwandlung von
1556 unbezahlter Ausbildung in bezahlte duale Ausbildung geschehen.
- 1557 • **Die soziale Lage von Auszubildenden verbessern.** Wer die Ausbildung attraktiver
1558 gestalten will, muss die soziale Lage von Auszubildenden verbessern. Wir werden
1559 deshalb darauf drängen, dass die Verkehrsverbünde ein vergünstigtes Ticket für Azubis –
1560 gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern und analog zum Semesterticket –
1561 anbieten und für die Schaffung von günstigem Wohnraum für Auszubildende
1562 (beispielsweise auch in Wohnheimen) sorgen. Wir werden uns im Bund für die
1563 Einführung einer Mindestausbildungsvergütung und für eine Ankündigungsfrist bei
1564 beabsichtigter Nichtübernahme nach der Ausbildung stark machen. Damit erhöhen wir
1565 für Auszubildende die Planbarkeit. Insbesondere für junge Mütter und Väter wollen wir
1566 für eine verstärkte Förderung von Teilzeitberufsausbildung eintreten. Hierzu werden wir
1567 im Land unsere erfolgreichen Projekte fortsetzen und, wo nötig, ausweiten. Im Bund
1568 werden wir uns für flankierende Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die
1569 Ausbildungsfinanzierung, einsetzen.
- 1570 • **Unsere Berufskollegs fit für die Digitalisierung machen.** Entsprechend den digitalen
1571 Anforderungen, denen schon Auszubildende im Betrieb begegnen, werden wir die
1572 Berufskollegs adäquat technisch ausrüsten und die Bildungspläne der jeweiligen

1573 Ausbildungsberufe entsprechend regeln. Dabei können regionale Lernfabriken als ein
1574 fachlich ergänzender außerschulischer Ausbildungsort dienen.

1575 • **Demokratie und Toleranz fördern.** Wir werden den Anspruch auf Bildungsurlaub für
1576 Auszubildende auf fünf Tage pro Jahr ausweiten und uns dafür einsetzen, dass die
1577 gesellschaftliche Vielfalt von NRW als Perspektive in der Ausbildung von sozialen,
1578 pädagogischen und bildenden Berufen (z. B. Jugendhilfe, Altenpflege, Schule) etabliert
1579 wird.

1580

1581 **4.3 Wir schaffen beste Bedingungen für ein erfolgreiches Studium.**

1582 Gutes Studieren ist mit uns keine Frage des Geldes. Volle Chancengleichheit beim Zugang
1583 zum Studium und beste Studienbedingungen dürfen kein Gegensatz sein. Wir setzen auf
1584 Gebührenfreiheit, hohe Qualität und beste Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches
1585 Studium. Das ist unser Erfolgsrezept.

1586

1587 Wir wissen: Betriebliche und akademische Bildung ergänzen sich gegenseitig. Daher wollen
1588 wir auch im Hinblick auf das Studium alle Talente erkennen und fördern. Dazu brauchen wir
1589 noch mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und den Abbau von finanziellen
1590 Hürden. Studiengebühren bleiben deshalb in NRW abgeschafft. Die Studierendenwerke in
1591 NRW bleiben wichtige Partner für studentisches Wohnen, Kita-Versorgung und Mensen.

1592

1593 Mit dem Hochschulzukunftsgesetz haben wir einen guten Rahmen für ein erfolgreiches
1594 Studieren gesetzt. Gleichzeitig erhöhen wir die öffentliche Verantwortung und Transparenz,
1595 sorgen für mehr Demokratie in den Gremien und für Gute Arbeit. Unsere Programme
1596 *Talentscout* und *Erfolgreich Studieren* begleiten vor allem diejenigen, denen das Studium
1597 nicht direkt in die Wiege gelegt wurde.

1598 Wir sorgen dafür, dass die Infrastruktur stimmt: Bis 2020 werden wir insgesamt über fünf
1599 Milliarden Euro in die Hochschulen und Unikliniken investiert haben. Das *Hochschulbau-*
1600 *Konsolidierungsprogramm* und das *Sanierungs- und*
1601 *Modernisierungsprogramm für NRW Klinikbauten* sorgen für die verlässliche Umsetzung
1602 vor Ort.

1603

1604 Gute Studien- und exzellente Forschungsbedingungen bedürfen einer verlässlichen und
1605 dauerhaften Grundfinanzierung der Hochschulen. Mit der *Hochschulvereinbarung NRW 2021*
1606 haben wir die finanziellen Rahmenbedingungen für fünf weitere Jahre gesichert und weiter
1607 verbessert. Diese Planungssicherheit schafft auch die Möglichkeit, den Anteil befristeter
1608 Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen weiter zurückzudrängen.

1609

1610 NRW ist heute das Mitbestimmungsland Nr. 1 im Hochschulbereich und steht bundesweit
1611 für das Thema Gute Arbeit an Hochschulen. Auch das haben wir mit dem
1612 Hochschulzukunftsgesetz erreicht.

1613 Wir werden deshalb:

- 1614 • **Investitionen in die Hochschulbildung auf hohem Niveau verstetigen.** Wir werden
1615 unsere Ausgaben für die Hochschulen auf hohem Niveau halten und sicherstellen, dass
1616 die hierzu zur Verfügung stehenden Bundesmittel vollständig abgerufen werden können.
1617 Ebenso werden wir unsere Anstrengungen im Bereich Infrastruktur fortsetzen und
1618 vereinbarungsgemäß die Mittel dafür bereitstellen, den baulichen und technischen
1619 Zustand der NRW-Hochschulen weiter zu modernisieren. Die Programmfinanzierungen
1620 wollen wir hin zu einer beständigen und verlässlichen Finanzierung durch den Bundes –
1621 auch in Bezug auf die Grundfinanzierung – verstetigen und eine neue Finanzarchitektur
1622 zwischen Bund und Ländern schaffen. Und wir werden weiterhin dafür werben, dass sich
1623 der Bund und andere Länder intensiver an der Finanzierung der FernUniversität Hagen
1624 beteiligen.
- 1625 • **Die Studierbarkeit an unseren Hochschulen verbessern.** In jeder Region des Landes
1626 werden wir *Talentscouts* für die berufliche und akademische Ausbildung etablieren und
1627 unser Programm *Erfolgreich Studieren* fortsetzen und, wo möglich, ausbauen. Die
1628 gezielte Gestaltung der Studieneingangsphase und wirksame Maßnahmen gegen den
1629 Studienabbruch sind notwendig, um ein erfolgreiches Studium zu fördern. Im Dialog mit
1630 den Hochschulen werden wir darauf hinwirken und sie dabei unterstützen. Wir wollen
1631 die Hochschulen ebenso ermutigen, die Möglichkeiten von individuellen
1632 Regelstudienzeiten stärker zu nutzen sowie den Erfolgsfaktor eines aktiven Diversity-
1633 Managements weiter zu stärken. Insbesondere für junge Eltern werden wir dafür sorgen,
1634 dass Teilzeitstudiengänge weiter ausgebaut werden und Kindertagesstätten und weitere
1635 Angebote, die das Studieren mit Kind erleichtern, an Hochschulen in Kooperation mit
1636 den Studierendenwerken ausgebaut werden.
- 1637 • **Die notwendige Neuordnung der Akkreditierung gestalten.** Dabei werden wir unter
1638 anderem darauf achten, dass die Studierbarkeit von Studiengängen im Vordergrund
1639 steht, dass es kein zu ausdifferenziertes Studiengangangebot gibt, welches
1640 Vergleichbarkeit und die gegenseitige Anerkennung verhindert, und dass es ein
1641 wissenschaftsgeleitetes Verfahren gibt. Insgesamt müssen die Mobilität von
1642 Studierenden und die Möglichkeiten der gegenseitigen Anerkennung von
1643 Studienleistungen verbessert werden.
- 1644 • **Gute Lehre besser fördern.** Eine exzellente Lehre ist eine wesentliche Voraussetzung für
1645 ein erfolgreiches Studium. Wir wollen deshalb, dass gute Lehre in Zukunft stärker
1646 gefördert wird und die Hochschulen das Lehrpersonal zu guter Lehre motivieren können.
1647 Herausragende Beispiele sollen zukünftig ausgezeichnet und als vorbildliche Lehre
1648 verbreitet werden. Die Karriereperspektiven durch exzellente Lehrleistungen wollen wir
1649 stärken. Außerdem werden wir mit den Fachhochschulen die Möglichkeiten für die
1650 Reduzierung des Lehrdeputats umsetzen, auf Praxistauglichkeit prüfen und
1651 gegebenenfalls anpassen. Die Chancen der Digitalisierung im Bereich Lehre wollen wir
1652 nutzen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die *Digitale Hochschule NRW*.

- 1653 • **Für ein ausreichendes Masterplatzangebot sorgen.** Wir wollen die Akzeptanz des
1654 Bachelors erhöhen und so mehr Absolventinnen und Absolventen den Weg in den Beruf
1655 ermöglichen und gleichzeitig Masterstudienplätze weiter ausbauen.
- 1656 • **Finanzielle Hürden für die Aufnahme eines Studiums senken.** Mit uns ist klar: Wir
1657 lehnen weiterhin jegliche Form von Studiengebühren für die Hochschulen in NRW ab.
1658 Gegenüber dem Bund setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG weiterhin bedarfsgerecht
1659 und entsprechend der Lohnentwicklung angepasst wird. Zudem machen wir uns für die
1660 weitere Flexibilisierung des BAföG stark: Die Gruppe der Bezugsberechtigten muss
1661 erweitert werden und wir brauchen tragfähige Lösungen für Menschen, die sich im
1662 Übergang zwischen zwei Studiengängen befinden oder beispielsweise in Teilzeit
1663 studieren.
- 1664 • **Den Rahmen für Gute Arbeit an den Hochschulen setzen.** Auf der Grundlage des
1665 Rahmenkodex Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal geben wir
1666 mehr Planungssicherheit. Das Thema Gute Arbeit an Hochschulen werden wir weiter
1667 vorantreiben und treten so dafür ein, dass befristete Beschäftigung und sehr kurze
1668 Verträge an unseren Hochschulen eingedämmt werden.
- 1669 • **Für mehr Gleichstellung sorgen.** Die Gleichstellung der Geschlechter an den
1670 Hochschulen werden wir weiter vorantreiben. Auch hier wollen wir alle Talente fördern.
1671 Ein Schwerpunkt wird dabei die Gleichstellung im Bereich der Medizin sein.
- 1672 • **Demokratie und Selbstverwaltung stärken.** Die akademische Selbstverwaltung werden
1673 wir weiterhin fördern und für eine angemessene Vertretung aller vier hochschulischen
1674 Gruppen in den Hochschulgremien sorgen. Wir stehen für die studentische
1675 Selbstverwaltung ein, die einen wichtigen Beitrag zur lebendigen Demokratie an unseren
1676 Hochschulen leistet.

1677

1678 **4.4 Wir setzen auf lebensbegleitendes Lernen.**

1679 Unser Ziel ist die Förderung hochwertiger Angebote des lebensbegleitenden Lernens für alle,
1680 in jedem Umfeld und auf allen Bildungsstufen. Wir wollen damit die Chancen des Einzelnen
1681 auf Teilhabe an der Gesellschaft und auf ein selbstbestimmtes Leben verbessern und
1682 gleichzeitig den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Ausgrenzung wollen wir
1683 konsequent zurückzudrängen. Dies schließt den chancengleichen Zugang zu hochwertiger
1684 beruflicher Bildung und Weiterbildung ein.

1685

1686 Wir wollen flexible Bildungswege bereitstellen und sorgen für die Anerkennung von Wissen,
1687 Fähigkeiten und Fertigkeiten, die durch außerschulische und informelle Bildung erworben
1688 wurden. Auch bei der Integration von Geflüchteten spielt die Weiterbildung eine zentrale
1689 Rolle. Neben Maßnahmen für den Spracherwerb sind die Einrichtungen der Weiterbildung
1690 für Alphabetisierungsangebote, Integrationskurse und nachholende Schulabschlusskurse der
1691 Sekundarstufe I unverzichtbar.

1692

1693 Dank digitaler Medien wird Lehren und Lernen orts- und zeitunabhängiger, individuelle
1694 Lernvoraussetzungen können stärker berücksichtigt werden. Sowohl in den Inhalten als auch
1695 in den Lernformen stellt die Digitalisierung einen wesentlichen inhaltlichen Aspekt der
1696 Weiterbildung dar. In der Arbeitswelt entstehen neue Formen der Zusammenarbeit über die
1697 Grenzen von Organisation, Ort, Zeit und Fachbereich hinweg. Allen Menschen muss deshalb
1698 der Zugang zu digitaler Bildung und Information offenstehen.

1699
1700 Die insbesondere in den letzten Jahren deutlich gewachsene Verantwortungsrolle von
1701 Weiterbildung für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben, verlangt nach einer
1702 soliden und angemessenen Grundausstattung und Planungssicherheit. Die Stärkung der
1703 Volkshochschulen ist dabei ein wichtiger Aspekt, damit auch Erwachsene auf ein breites
1704 Bildungsangebot zurückgreifen können.

1705

1706 Wir werden deshalb:

1707 • **Unsere finanziellen Anstrengungen für die Weiterbildung stärken.** Die bereits erhöhten
1708 Mittel, die das Land für die Strukturen der Weiterbildung aufbringt, werden wir
1709 fortschreiben, den Konsolidierungsbeitrag komplett zurücknehmen und die Förderung an
1710 die allgemeine Gehaltsentwicklung anpassen.

1711 • **Unser Weiterbildungssystem modernisieren.** Das Weiterbildungsgesetz werden wir
1712 gezielt modernisieren und weiterentwickeln. Dabei werden wir die Aufgabenbereiche
1713 der Digitalisierung und der Arbeit mit bildungsfernen Menschen stärker in der Förderung
1714 abbilden. Bei den Volkshochschulen werden wir in enger Abstimmung mit den weiteren
1715 Anbietern eine unabhängige regionale Weiterbildungsberatung ansiedeln. Wir wollen
1716 Angebote entwickeln, die Alphabetisierung und Grundbildung dauerhaft und nachhaltig
1717 gemäß unseres Verständnisses einer breit gefassten Weiterbildung verankern.

1718 • **Die Weiterbildung auf das digitale Zeitalter einstellen.** Im Rahmen einer
1719 „Digitalisierungsstrategie Weiterbildung“ werden wir die Bereitstellung der notwendigen
1720 Infrastruktur und neue Lernformen auf den Weg bringen. Die erfolgreiche Plattform
1721 *Logineo NRW* werden wir dazu weiterentwickeln.

1722 • **Für Gute Arbeit in der Weiterbildung eintreten.** Wir wollen eine bessere Bezahlung von
1723 freiberuflichen Weiterbildungslehrerinnen und -lehrern erreichen. Gemeinsam mit
1724 Kommunen, Gewerkschaften und Dozentenvertretungen werden wir prüfen, ob und wie
1725 ein System der sozialen Absicherung für Dozentinnen und Dozenten mit
1726 arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung entwickelt werden kann.

1727

1728 **5. Wir stärken Kinder und Familien.**

1729 Familien sind eine Basis für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie sind der Ort, an
1730 dem die Solidarität miteinander gelebt und die entscheidenden Weichen für Bildung und
1731 Erziehung der Kinder gestellt werden. Gleichzeitig sind die Herausforderungen, vor denen
1732 Familien heute stehen, größer geworden.

1733

1734 Familien in all ihrer Vielfalt verdienen die Förderung und Unterstützung durch Staat und
1735 Gesellschaft. Gleich, ob es sich um verheiratete oder unverheiratete Paare, Alleinerziehende,
1736 Patchwork-, Mehrkind- und Mehrgenerationenfamilien oder gleichgeschlechtliche Paare
1737 handelt: Familie ist da, wo Kinder sind und wo Menschen für- und miteinander
1738 Verantwortung übernehmen. Familie ist Lebensmittelpunkt, Rückzugsort, gibt Sicherheit und
1739 ist bestimmend für die Lebensplanung. Familie ist auch der Ort, von dem aus Kinder ins
1740 eigene Leben aufbrechen und der Halt im Alter, wenn nahe Hilfe gebraucht wird.

1741

1742 Familie zu sein, stellt aber auch Anforderungen: Eltern stehen häufig unter Druck als
1743 „geforderte Generation“. Sie wollen ihren Kindern ein sicheres Aufwachsen ermöglichen und
1744 ihnen allen voran durch Bildung Zukunfts- und Teilhabechancen eröffnen. Gleichzeitig wollen
1745 sie gleichberechtigt im Beruf Fuß fassen und nicht die eigene Karriere aus dem Blick
1746 verlieren, und oft sind sie auch noch für ihre älteren Angehörigen da. Alleinerziehende
1747 müssen all dies ohne unterstützende Partnerschaft leisten. Sie brauchen daher besondere
1748 Unterstützung.

1749

1750 Wir wollen, dass Familie und Beruf als doppelte Entfaltungsmöglichkeit und nicht als
1751 Doppelbelastung empfunden werden kann. Wir wollen Eltern Möglichkeiten eröffnen,
1752 Familien- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich miteinander zu vereinbaren. Wir wollen es
1753 Familien ermöglichen, Familie als Beziehung zwischen den Generationen leben zu können.
1754 Die Familienbildung leistet in NRW hervorragende Arbeit. Sie ist der erste Schritt zum
1755 lebensbegleitenden Lernen. Mit ihr beginnt die Prävention bereits vor der Geburt des
1756 Kindes, und sie begleitet die Familien bis ins Jugendalter der Kinder hinein, sogar darüber
1757 hinaus.

1758

1759 Ein Schlüssel für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine
1760 bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und weitgehend kostenfreie Kita. Sie gewährleistet
1761 frühkindliche Bildung und Betreuung gleichermaßen. Wir haben deshalb nicht nur den
1762 Rechtsanspruch erfüllt und die Zahl der U3-Betreuungsplätze verdoppelt, sondern auch den
1763 Betreuungsschlüssel gesenkt und eine gesonderte Förderung der sozialen und sprachlichen
1764 Integration eingeführt.

1765

1766 In einem ersten Schritt haben wir das letzte Kita-Jahr gebührenfrei gestellt. Das im Bund
1767 abgeschaffte Betreuungsgeld fließt in NRW 1:1 in die Kitas. Insgesamt investieren wir im
1768 Vergleich zu 2010 zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in die Betreuung der Kleinsten und haben
1769 die Familien gleichzeitig um 150 Millionen Euro pro Jahr entlastet. Die Finanzierung der
1770 Träger von Kitas und Offenen Ganztagschulen (OGS) haben wir an die Kostenentwicklung
1771 angepasst. Wir wissen: Um dauerhaft gute Bildung und Betreuung zu gewährleisten,
1772 brauchen wir mutige weitere Schritte.

1773 **5.1 Wir schaffen beste Bildung von Anfang an und eine verlässliche Kinderbetreuung.**

1774 Das Herzstück einer modernen Familienpolitik ist eine gute und verlässliche
1775 Kinderbetreuung. Gewiss: Sie allein ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch nicht
1776 hinreichend. Aber ohne sie bleiben alle anderen Maßnahmen nur Stückwerk.

1777

1778 Dem wachsenden Bedarf an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung werden wir durch den
1779 weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Kita und OGS und einer Flexibilisierung der
1780 Öffnungszeiten gerecht. Wir wollen die Finanzierung unserer Kitas dauerhaft sichern und die
1781 Betreuungsqualität verbessern. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen,
1782 müssen auch die Öffnungszeiten flexibler werden.

1783

1784 Kitas haben einen enorm wichtigen Bildungsauftrag. Je früher Kinder gemeinsam spielen und
1785 lernen, desto besser sind die Bildungschancen für alle. Dieser Grundsatz ist Leitgedanke für
1786 unsere Politik.

1787

1788 Gelingende Integration beginnt so früh wie möglich. Die Kitas sind das erste und
1789 entscheidende Glied der Bildungskette. Hier können Sprache, Kulturtechniken und wichtige
1790 Fähigkeiten im Vorfeld der schulischen, beruflichen und akademischen Bildung systematisch
1791 vermittelt werden. Die finanzielle Stärkung von Kitas und das Schaffen neuer Kita-Plätze sind
1792 deshalb Integrationspolitik pur.

1793

1794 Wir werden deshalb:

1795 • **Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung in den Kernzeiten kostenfrei**
1796 **anbieten.** Die Eltern in Nordrhein-Westfalen schätzen das gute Angebot der
1797 Kindertagesbetreuung vor Ort. Sie können sich darauf verlassen, dass das Land auch
1798 weiterhin jeden zusätzlich beantragten Platz finanzieren wird. Betreuung und
1799 frühkindliche Bildung brauchen Zeit, Zuwendung und klare Bezugspersonen, deshalb
1800 werden wir die Betreuungsschlüssel verbessern. Die Kernzeiten in der Kita werden wir
1801 zukünftig komplett von Gebühren freistellen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und
1802 Vertretern der Kommunen, der Träger und der Eltern sowie der Erzieherinnen und
1803 Erzieher werden wir dazu das Kinderbildungsgesetz grundlegend reformieren.

1804 • **Für Gute Arbeit in der Kita sorgen.** Gemeinsam mit den Trägern, Gewerkschaften und
1805 Elternvertretern treten wir dafür ein, dass der Arbeitsplatz Kita endlich die Anerkennung
1806 findet, die die Beschäftigten dort schon lange verdienen. Dies beinhaltet neben einer
1807 fairen tariflichen Bezahlung für alle auch sichere Arbeitsverhältnisse, ein gesundes und
1808 förderliches Arbeitsumfeld, ausreichende Zeiten für Vor- und Nachbereitung,
1809 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie die angemessene gesellschaftliche
1810 Anerkennung.

1811 • **Passgenaue Lösungen für Eltern und ihre Kinder entwickeln.** Wir wollen daher
1812 Kommunen und die Träger bei der Ausweitung von Öffnungszeiten und der
1813 Bereitstellung von Randzeitenbetreuungsmodellen unterstützen. Dazu gehören auch

1814 Lösungen, um bedarfsorientierte und verlässliche Ferienbetreuungsangebote für
1815 Familien mit schulpflichtigen Kindern verstärkt auszubauen und Schließzeiten von
1816 Betreuungseinrichtungen in den Stadtteilen zu harmonisieren.

1817 • **Für eine nachhaltige Präventionspolitik sorgen.** Das Modellprojekt *Kein Kind*
1818 *Zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor* hat sich bewährt. Es hat sich gezeigt:
1819 Vorbeugung wirkt. Wir setzen diese erfolgreiche Politik konsequent fort. Inzwischen
1820 beteiligen sich bereits 40 Kommunen an der Landesinitiative. Dadurch werden 60
1821 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen erreicht. Unsere Botschaft
1822 ist klar: Wir wollen raus aus dem Reparaturmodus und rein in den Vorsorgemodus.

1823 • **Besonderen Herausforderungen gerecht werden.** Ungleiches muss ungleich behandelt
1824 werden. Besondere Herausforderungen bedürfen besonderer Förderung. Deshalb
1825 werden wir diejenigen Kitas und Familienzentren, die vor dem Hintergrund besonderer
1826 sozialer Herausforderungen hervorragende Arbeit leisten, finanziell stärker unterstützen.
1827 Unsere erfolgreichen Brückenprojekte, mit denen Kinder mit Fluchterfahrung an die
1828 frühkindliche Bildung herangeführt werden, wollen wir fördern und bedarfsgerecht
1829 ausbauen.

1830 • **Für eine gerechte Finanzierung sorgen.** Deshalb setzen wir uns für eine stärkere
1831 Beteiligung des Bundes an der Finanzierung ein. Denn bisher ist das Engagement des
1832 Bundes für frühkindliche Bildung – auch und gerade im internationalen Vergleich – viel zu
1833 gering.

1834

1835 **5.2 Wir wissen: Familien brauchen Zeit, Anerkennung und finanziellen Spielraum.**

1836 Familien sind die Basis für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Hier wird die Grundlage
1837 für Verantwortungsfähigkeit gelegt. Mit unserem Familienbericht und unseren
1838 familienpolitischen Kampagnen lenken wir die öffentliche Aufmerksamkeit auf die
1839 Herausforderungen, vor denen Familien heute stehen.

1840

1841 Unser Ziel bleibt: Familie und Beruf müssen ohne Brüche und einseitige Belastung
1842 miteinander vereinbar sein. Nicht die Familien müssen sich immer mehr an die Arbeitswelt
1843 anpassen, sondern die Arbeitswelt muss familiengerechter werden. Zeit für Familie ist auch
1844 Zeit für die Pflege. Die Mehrheit der Pflegbedürftigen in Nordrhein-Westfalen wird nach wie
1845 vor von Familienangehörigen – in der Regel von Frauen – gepflegt: Pflegende Angehörige
1846 verdienen Sicherheit, auch finanzielle.

1847

1848 Unser Familienbegriff ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Für uns ist klar: Wir wollen die
1849 Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare möglich machen. Und wir treten für gleiche Rechte
1850 für Regenbogenfamilien ein.

1851

1852 Das aktuelle Steuerrecht geht an der Lebenswirklichkeit vieler Familien vorbei, denn es
1853 unterstützt mit dem Ehegattensplitting in einem erheblichen Umfang die Ehe, unabhängig

1854 davon, ob Kinder da sind oder nicht. Wir stehen für einen generellen Paradigmenwechsel in
1855 der Familienpolitik, der das Kind in den Fokus der Leistungen rückt. Deshalb wollen wir auch
1856 unverheiratete Paare mit Kindern und Alleinerziehende steuerlich besserstellen.

1857

1858 Wir werden deshalb:

- 1859 • **Einen Pakt für Vereinbarkeit schließen.** Aufbauend auf der erfolgreichen
1860 Aktionsplattform Familie@Beruf.NRW wollen wir gemeinsam mit den Tarifpartnern und
1861 Fachverbänden einen *Pakt für Vereinbarkeit NRW* etablieren. Im Mittelpunkt stehen die
1862 stärkere Unterstützung familiengerechter Unternehmen und die Ermöglichung kreativer
1863 Lösungen für familiengerechte Arbeitsbedingungen gerade in kleinen und
1864 mittelständischen Unternehmen.
- 1865 • **Mehr Zeit für Familie finanziell absichern.** Der Wunsch nach mehr Zeit für Familie
1866 betrifft längst beide Partner gleichermaßen und ist weit vielfältiger, als es die Regeln
1867 staatlicher Förderung bisher abbilden. Wir brauchen eine flexible Familienarbeitszeit.
1868 Das von der SPD durchgesetzte ElternGeldPlus war ein erster wichtiger Schritt. Wir
1869 wollen es aus NRW heraus weiterentwickeln. Das gleiche muss in der Pflege gelten. Der
1870 Auszahlungszeitraum des Pflegeunterstützungsgeldes muss verlängert und die
1871 Familienpflegezeit noch stärker an die Bedürfnisse pflegender Angehöriger angepasst
1872 werden. Ebenso müssen diese Zeiten bei der Rentenberechnung entsprechend
1873 berücksichtigt werden.
- 1874 • **Einen guten Rahmen für mehr Flexibilität schaffen.** Gemeinsam mit den Kommunen
1875 werden wir Lösungen erarbeiten, um Zeitkonflikte von Familien durch eine
1876 bedarfsgerechte familienunterstützende Infrastruktur zu reduzieren. Mehr Flexibilität zu
1877 erreichen, bedeutet für uns auf der anderen Seite auch, das Einrichten von flexiblen
1878 Arbeitszeitkonten zu erleichtern. Und wir wollen die Hürden für den Zugang zu
1879 haushaltsnahen Dienstleistungen senken und Möglichkeiten einer verbesserten
1880 Förderung für Familien prüfen. Hierzu werden wir die Vermittlung über Agenturen
1881 fördern und uns dafür einsetzen, sowohl ihre Nutzung steuerlich zu fördern als auch über
1882 Gutscheinmodelle möglich zu machen.
- 1883 • **Den Öffentlichen Dienst in NRW zum Vorreiter einer familiengerechten Arbeitswelt**
1884 **machen.** Dies soll durch die Einführung einer Familienarbeitszeit und familiengerechter
1885 Arbeitszeitmodelle, durch flexible Weiterbildungsmöglichkeiten, die Ausweitung von
1886 Home-Office-Arbeitsplätzen und neue Karrieremuster erfolgen.
- 1887 • **Familien mit Kindern finanziell besser stellen.** Mit einer Familienkarte kann für alle
1888 Familien mit Kindern ein ermäßigter Eintritt in Zoos, Museen, Schwimmbäder und
1889 weitere Freizeiteinrichtungen ermöglicht werden. Wir wollen sie gemeinsam mit den
1890 Partnern aus Kommunen und Wirtschaft umsetzen. Im Bund machen wir uns dafür stark,
1891 die familienpolitischen Leistungen des Familienleistungsausgleichs sowie des
1892 Ehegattensplittings zu einem neuen am Kind orientierten System zusammenzuführen.

1893 Dabei stellen wir sicher, dass alle, die mit dem bisherigen System geplant haben,
1894 Bestandsschutz erhalten.

1895 • **Alle Familien gleichwertig anerkennen.** Eine bessere rechtliche Absicherung von
1896 unverheirateten Paaren ist möglich, ohne dabei die Ehe infrage zu stellen. Wir werden
1897 uns dafür im Bund einsetzen. Genauso ist die vollständige rechtliche Gleichstellung von
1898 Schwulen und Lesben längst überfällig. Dies betrifft insbesondere das Adoptionsrecht.
1899 Sexuelle Identität darf kein Kriterium für die Möglichkeit einer Adoption sein. Wir wollen
1900 die Ehe für alle. Und wir sorgen dafür, dass die Familienberatungsstellen in NRW für die
1901 Themen Homosexualität, Diversity und Regenbogenfamilien geschult und sensibilisiert
1902 werden.

1903

1904 **5.3 Wir setzen auf eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik.**

1905 Wir nehmen Kinder und Jugendliche ernst. Wir verstehen sie als Heranwachsende, die ihr
1906 Leben selbst gestalten wollen und können und die dafür geeignete Rahmenbedingungen und
1907 Unterstützung vorfinden müssen.

1908

1909 Unser Ziel ist eine Jugendpolitik, die die Jugendphase als Ganzes in den Blick nimmt,
1910 überzeugende und stimmige Lösungen entwickelt und umsetzt. Wir brauchen eine Politik für
1911 junge Menschen aus einem Guss, die politikfeldübergreifend gutes Aufwachsen ermöglicht.
1912 Deswegen verstehen wir Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld.

1913

1914 Kinder und Jugendliche wollen und sie können ihre Stadt und ihr Land mitgestalten. Sie sind
1915 nicht nur Anwältinnen in eigener Sache, sondern eine entscheidende Basis für eine aktive
1916 Zivilgesellschaft. Jugendverbände üben dabei eine wichtige Funktion aus. Wir bekennen uns
1917 zum Ring Politischer Jugend, der eine unverzichtbare Aufgabe für die selbstständig
1918 organisierte politische Bildungsarbeit junger Menschen leistet. Wir treten dafür ein, die
1919 Mitsprache- und Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen über alle Politikfelder
1920 hinweg auf allen Ebenen zu stärken.

1921

1922 Jungen Menschen steht heute mehr denn je die Welt offen. Ihnen werden immer neue
1923 Betätigungsfelder und Möglichkeiten eröffnet. Freiwilligendienste helfen ihnen dabei, sich
1924 orientieren zu können, sich weiterzuentwickeln und Neues zu erfahren. Die Teilnehmerinnen
1925 und Teilnehmer sind versichert und abgesichert, sie erhalten eine klar geregelte
1926 Aufwandsentschädigung, haben feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und
1927 werden begleitet. Diese Verpflichtung über eine gewisse Dauer ist eine gute Möglichkeit,
1928 sich selber zu erfahren und seine eigenen Wünsche zu ergründen.

1929

1930 Wir werden deshalb:

1931 • **Unsere Strategie für eine eigenständige Jugendpolitik weiterentwickeln.** Die
1932 eigenständige Jugendpolitik hat einen besonderen Stellenwert in NRW. Wir wollen sie
1933 gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Da sie

1934 immer auch Querschnittspolitik ist, muss dabei die Zusammenarbeit zwischen den
1935 Ministerien gestärkt werden.

1936 • **Wissenschaftliche Grundlagen für eine vorausschauende Kinder- und Jugendpolitik**
1937 **schaffen.** Das bewährte Instrument eines Kinder- und Jugendberichts der
1938 Landesregierung werden wir fortführen. Daneben ist ein wissenschaftlich fundiertes
1939 Monitoring über die Lebenslagen von Jugendlichen notwendig, damit sich die Politik in
1940 Land und Kommunen an die sich wandelnden Herausforderungen anpassen kann.

1941 • **Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt fördern.** Die in 2010 auf 100
1942 Millionen Euro erhöhten Mittel des *Kinder- und Jugendförderplans (KJFP)* werden wir um
1943 weitere 20 Prozent anheben. Dabei sollte vor allem die strukturelle Förderung erhöht
1944 werden.

1945 • **Demokratische Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken.** Wir werden
1946 in der nächsten Wahlperiode einen neuen Anlauf starten, das Wahlalter bei
1947 Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. Die Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche
1948 in Land und Kommunen wollen wir erweitern. Auf Grundlage der bereits
1949 etablierten Strukturen von LandesschülerInnenvertretung, Landesjugendring und Kinder-
1950 und Jugendrat NRW soll außerdem eine landesweite Interessenvertretung der
1951 Jugendlichen aufgebaut werden.

1952 • **Freiwilligendienste stärken.** Wir wollen Schülerinnen und Schülern frühestmöglich die
1953 Teilnahme an den Programmen des Freiwilligendienstes ermöglichen, beispielsweise
1954 anstelle der Einführungsphase in der Oberstufe. Wir werden darüber hinaus prüfen,
1955 inwiefern jungen Freiwilligen besondere Vergünstigungen bei Mobilität und Kultur
1956 ermöglicht werden können.

1957

1958 **6. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in NRW.**

1959 Die Menschen in NRW halten zusammen. Dieser soziale Zusammenhalt macht uns stark und
1960 legt eine gute Grundlage dafür, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit bestehen. Wir
1961 wollen ihn stärken.

1962

1963 Soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung untergraben den sozialen Zusammenhalt in NRW.
1964 Mehr als anderswo haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen dafür ein Gespür. Sozialer
1965 Zusammenhalt wird gefestigt und wächst dort neu, wo wir Teilhabe und gleiche Rechte für
1966 alle ermöglichen.

1967

1968 Die Integration in Arbeit steht dabei an erster Stelle. Mit unseren Pilotprojekten des Sozialen
1969 Arbeitsmarkts bieten wir Menschen, die lange Zeit arbeitslos sind oder aufgrund von
1970 Einschränkungen nicht mithalten können, endlich die Gelegenheit dazu. Unser
1971 Handlungskonzept *Gegen Armut und soziale Ausgrenzung* fördert konkret die
1972 Armutsprävention in den Kommunen.

1973
1974 Mit unserem *Integrationsplan* haben wir die Grundlage für eine gelingende Integration nicht
1975 nur von Flüchtlingen gelegt. Barrieren für Menschen mit Behinderungen werden durch die
1976 Umsetzung unseres *Inklusionsplans* spürbar abgebaut.
1977
1978 Eine gute Grundlage für eine vielfältige, bedarfsgerechte Krankenhauslandschaft und eine
1979 hohe Behandlungsqualität legen wir mit unserer Krankenhausplanung. Durch die Umlage in
1980 der Altenpflege haben wir die Zahl der Auszubildenden seit 2010 mehr als verdoppelt und
1981 sind so dem drohenden Pflegenotstand wirksam entgegengetreten. Das neue
1982 Landespflegegesetz entwickelt die Anforderungen an eine bedarfsgerechte
1983 Pflegeinfrastruktur weiter.
1984
1985 Im Ringen für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land hat sich die Freie
1986 Wohlfahrtspflege seit Jahrzehnten als verlässlicher Partner für Landesregierung und
1987 Betroffene erwiesen. Sie ist damit eine tragende Säule unseres Sozialstaates. Angesichts der
1988 bewährten Zusammenarbeit werden wir daher auch in der neuen Legislaturperiode an der
1989 Finanzierung der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege in mindestens der bisherigen Höhe
1990 festhalten.
1991
1992 **6.1 Wir ermöglichen ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter.**
1993 Wer heute sein berufliches Leben hinter sich lässt, tritt in eine neue, spannende
1994 Lebensphase voller Chancen und Möglichkeiten ein. Ein selbstbestimmtes Leben für
1995 Seniorinnen und Senioren setzt zukünftig stärker als bisher neben der materiellen
1996 Absicherung konkrete Angebote für gesellschaftliche Teilhabe und Engagement voraus.
1997
1998 Ob ein Studium im Alter, Kümmerer im Verein oder im Quartier, Geschichtenerzählen in der
1999 Kita oder Interesse an Kunst und Kultur – wir wollen dabei unterstützen, die passende
2000 Aktivität für sich zu entdecken. Seniorenbeiräte vor Ort tragen dazu bei, die politischen
2001 Interessen von Seniorinnen und Senioren wirksam zu vertreten.
2002
2003 Unser Masterplan *Altersgerechte Quartiere* soll ein langes und selbstbestimmtes Leben in
2004 der vertrauten Umgebung ermöglichen. Da, wo Pflegeleistungen notwendig werden, wollen
2005 wir ambulante und stationäre Leistungen stärker als bisher bedarfsgerecht im Quartier
2006 verbinden. Die Pflege gilt es in all ihren Formen zu stärken und den Pflegeberufen mehr
2007 Ansehen zu verschaffen. Dabei ist für uns klar: Die Mehrheit der Pflegbedürftigen wird in
2008 Nordrhein-Westfalen nach wie vor von Familienangehörigen – in der großen Mehrzahl von
2009 Frauen – gepflegt. Auch diese Angehörigen benötigen die Hilfe ambulanter Pflegedienste, sie
2010 brauchen Zeit und finanzielle Sicherheit.

2011 Wir werden deshalb:

- 2012 • **Ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen.** In einem breiten Diskussionsprozess
2013 wollen wir einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, welche Angebote benötigt werden um
2014 ein selbstbestimmtes und engagiertes Leben im Alter zu ermöglichen. Im Bund setzen wir
2015 uns für den langfristigen Erhalt des Rentenniveaus und eine solidarische
2016 Lebensleistungsrente ein. Angesichts des Wandels in der Arbeitswelt und der Demografie
2017 müssen neue Antworten zur Weiterentwicklung der Alterssicherung gefunden werden,
2018 die geeignet sind, unterschiedliche Lebens- und Erwerbsphasen abzusichern,
2019 Armutsrisiken zu vermeiden und weiterhin eine am Lohn orientierte Rente zu
2020 gewährleisten. Dabei sind für uns die 2012 gefassten Beschlüsse zum notwendigen
2021 Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem
2022 lebensstandardsichernden Rentenniveau maßgeblich.
- 2023 • **Für altersgerechte Quartiere sorgen.** Wer in seinem gewohnten Umfeld alt werden will,
2024 muss ein seniorenrechtliches Umfeld vorfinden. Wir werden unsere Quartiere deshalb so
2025 entwickeln, dass sie über eine senioren- und pflegegerechte Infrastruktur verfügen. Vor
2026 allem müssen Begegnungen zwischen Jung und Alt ermöglicht werden und wirksame
2027 Konzepte gegen die Vereinsamung alter Menschen erprobt und umgesetzt werden. Die
2028 generationengerechte Fortentwicklung des Wohnungsbestandes in NRW werden wir
2029 durch soziale Wohnraumförderung weiter unterstützen und den Zugang zum ambulant
2030 betreuten Wohnen vereinfachen. Bei der zusätzlichen Finanzierung sehen wir auch den
2031 Bund in der Pflicht. Die Gründung von Seniorenwohngemeinschaften und
2032 Mehrgenerationenhäusern werden wir weiter fördern und bestehende Modellprojekte
2033 für alte und hochbetagte Menschen ausbauen. Auch stationäre Einrichtungen müssen
2034 die Möglichkeit bekommen, stärker im Quartier aktiv zu sein.
- 2035 • **Pflegende Angehörige unterstützen.** Die Pflege in der Familie verdient besondere
2036 Anerkennung und muss einen guten Rahmen bekommen. Wir wollen den Zugang zu
2037 ambulanten Pflegediensten vereinfachen, die stationäre Tagespflege verbessern und
2038 Betriebe für die Bedürfnisse pflegender Familienangehöriger weiter sensibilisieren. Um
2039 die pflegenden Angehörigen zu entlasten, haben sich *Pflege-Lotsen* oder *Pflege-Berater*
2040 bewährt. Im Bund werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige
2041 durch eine Verlängerung und Erhöhung des Pflegeunterstützungsgelds bei kurzzeitiger
2042 Arbeitszeitverhinderung und eine bessere rentenrechtliche Bewertung der Leistungen
2043 der Familienpflegezeit stärker entlastet werden.
- 2044 • **Gute Rahmenbedingungen in den stationären Einrichtungen schaffen.** Gute Pflege
2045 entscheidet sich immer über die Zeit, die für Pflege und persönliche Zuwendung zur
2046 Verfügung steht. Deshalb setzen wir uns im Bund dafür ein, dass die stationäre Pflege mit
2047 einem belastbaren Personalschlüssel ausgestattet wird. Wir benötigen ein neues Konzept
2048 der Personalbemessung in der Pflege, so wie es bereits im Krankenhausstrukturgesetz
2049 vorgesehen ist. Die Personalausstattung wird so als Qualitätsindikator miteinbezogen
2050 und festgeschrieben. Das 2016 verabschiedete *Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-*

2051 *Westfalen (APG NRW)* werden wir in seinen Wirkungen im Blick behalten und, wenn
2052 erforderlich, überarbeiten.

2053 • **Uns für Gute Arbeit und faire Löhne in der Pflege einsetzen.** Der Pflegeberuf muss
2054 gerechter bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen versehen
2055 werden. Wir werden uns daher für einen als allgemeinverbindlich zu erklärenden
2056 Flächentarifvertrag stark machen. Mit einem *Runden Tisch für Gute Arbeit in der Pflege*
2057 werden wir die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und
2058 -fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des
2059 Pflegeberufes erarbeiten. Eine Aufwertung des Pflegeberufes ist längst überfällig. Um die
2060 Pflegenden zu stärken, sind geeignete Formen der Interessenvertretung der Pflege, die
2061 vor allem auch für die Pflegenden selbst in Betracht kommen, zu prüfen. Vor Einführung
2062 einer Interessenvertretung der Pflege in Nordrhein-Westfalen sind alle in der Pflege
2063 Tätigen dazu zu befragen.

2064

2065 **6.2 Wir organisieren eine gelingende Integration.**

2066 Nordrhein-Westfalen hat mit der Aufnahme von mehr als 200.000 Flüchtlingen in den
2067 vergangenen zwei Jahren eine großartige Leistung vollbracht. Wir sind gut mit der
2068 Integration derjenigen gestartet, die bei uns bleiben werden. Das war möglich, weil wir in
2069 NRW bereits 2012 mit unserem Teilhabe- und Integrationsgesetz bundesweit eine
2070 einzigartige und leistungsstarke Integrationsinfrastruktur geschaffen haben, von der wir jetzt
2071 profitieren.

2072

2073 Die Mittel für die Aufnahme und Integration haben wir in 2016 auf 4,6 Milliarden Euro
2074 erhöht und damit mehr als verdoppelt. Allein die Kommunen erhalten davon mehr als 2,6
2075 Milliarden Euro. Mit uns bleibt klar: Wir werden die Kommunen auch in Zukunft nicht im
2076 Regen stehen lassen. Dieses Geld ist gut angelegt.

2077

2078 NRW ist auch das erste Bundesland, das einen umfassenden Integrationsplan erarbeitet hat.
2079 Wir sagen darin, was für Sprachvermittlung, für Bildung und Arbeit, für Wohnen und
2080 Kinderbetreuung, vor allem aber für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, notwendig
2081 ist. Damit ist NRW das einzige Bundesland, das eine systematische und gesteuerte
2082 Integrationsarbeit leistet.

2083

2084 Derzeit stehen Flüchtlinge, die in den vergangenen zwei Jahren neu in unser Land
2085 gekommen sind, im öffentlichen Fokus der Integrationspolitik. Unsere Integrationspolitik
2086 richtet sich aber nicht nur an die Flüchtlinge, sondern auch an Menschen, die im Rahmen der
2087 EU-Binnenwanderung etwa aus Ost- und Südosteuropa zu uns gekommen sind. Genauso
2088 müssen Menschen mit Migrationshintergrund, die oft schon seit mehreren Generationen in
2089 NRW leben, die Möglichkeit haben, Integrationsangebote wahrnehmen zu können
2090 Schließlich sind auch Deutsche ohne Migrationsgeschichte im Blickpunkt unserer

2091 Integrationspolitik. Denn Integration ist ein wechselseitiger Prozess und eine
2092 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

2093

2094 Leitbild unserer Integrationspolitik sind das Grundgesetz und die darin verankerten
2095 Grundwerte unserer Gesellschaft. Sie sind sowohl für Zugewanderte als auch für
2096 Alteingesessene gleichermaßen verbindlich. Diese gemeinsamen Regeln sowie echte
2097 Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit bilden das Fundament für den
2098 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Letztlich ist das Ziel unserer Integrationspolitik die soziale,
2099 gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Menschen in unserem Land.

2100

2101 Wir werden deshalb:

2102 • **Mit dafür sorgen, dass Einwanderung stärker gesteuert wird.** Einwanderung kann nur
2103 gesteuert und kontrolliert gelingen. Deshalb brauchen wir ein modernes
2104 Einwanderungsgesetz. Gerade da, wo inländisches Arbeitskräftepotenzial fehlt, macht
2105 Einwanderung Sinn. Deshalb ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs und Konsens über
2106 eine gesteuerte Arbeitsmigration notwendig. Gleichzeitig ist für uns klar: Wir stehen
2107 weiterhin ohne Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl. Menschen, die vor Krieg,
2108 Gewalt, politischer Verfolgung oder aus anderen humanitären Gründen Zuflucht bei uns
2109 suchen, bieten wir selbstverständlich Schutz. Eine Asylverfahrens- und Rückkehrberatung
2110 in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen kann dabei dafür sorgen, die Erfolgsaussichten
2111 des eigenen Antrags auf Asyl zutreffend einzuschätzen und entsprechende
2112 Entscheidungen mit Wissen um Bleibeperspektiven, Familiennachzug oder
2113 Rückkehrpflicht zu treffen.

2114 • **Bei der Integration keine Zeit verlieren.** Alle Flüchtlinge, die mittel- und langfristig in
2115 unserem Land bleiben, müssen schnell und unkompliziert an Integrationskursen
2116 teilnehmen können. Hier werden neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen auch die
2117 Grundwerte unseres Grundgesetzes – insbesondere die Gleichberechtigung von Frauen
2118 und Männern sowie die sexuelle Selbstbestimmung – vermittelt. Wir fordern den Bund
2119 auf, hierfür die Zahl der Integrationskurse deutlich zu erhöhen und auch die Vermittlung
2120 der Sprachkenntnisse bis zum höheren Niveau C1 zu fördern und nicht nur bis zur Stufe
2121 B1. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass unsere Quartiere, Stadtteile, Gemeinden
2122 und Dörfer zu Orten des gelingenden Zusammenlebens und noch besseren Miteinanders
2123 über alle kulturellen Grenzen hinweg werden, die ein sicheres Leben bieten, Chancen für
2124 persönliche Entwicklung und echte Integration eröffnen.

2125 • **Bei der Integration auf Bildung, Qualifizierung und Arbeit setzen.** Unser Bildungssystem
2126 von der Kita bis zur Weiterbildung machen wir fit für die Integration. Denn das
2127 Fundament für eine erfolgreiche Integration, nicht nur für Kinder und Jugendliche, ist die
2128 Teilhabe an einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem. Deshalb müssen ebenso die
2129 bestehenden Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt – über
2130 Qualifizierung, Ausbildung oder Studium – verstärkt und bei Bedarf erweitert werden.
2131 Unser vorrangiges Ziel ist dabei, dass Geflüchtete schnellstmöglich ihr Leben

2132 eigenständig führen und eine Perspektive entwickeln können. Neben dem Spracherwerb
2133 sind Arbeit und Ausbildung der Schlüssel zur Integration. Gemeinsam mit
2134 Industrie, Handwerk und Unternehmen sowie Gewerkschaften in NRW wollen wir einen
2135 *Pakt für die interkulturelle Öffnung der Arbeitswelt* schließen und diese weiter
2136 vorantreiben. Die Landesinitiative *Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen*
2137 *Dienst* ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus wollen wir die
2138 interkulturelle Kompetenz der Landesbeschäftigten, aber auch der Mitarbeiterinnen und
2139 Mitarbeiter in den Betrieben und Unternehmen, fördern und erhöhen. Unser Netz von
2140 Servicestellen gegen Diskriminierung bauen wir weiter aus.

2141 • **Unsere starke Zivilgesellschaft noch weiter stärken und unterstützen.** Gerade die
2142 tausenden von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind eine unverzichtbare Stütze
2143 einer gelingenden Integration. Wir werden dieses Engagement weiter fördern.

2144 • **Für eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sorgen.** Die
2145 bestehenden Migrantenselbstorganisation (MSO), ebenso wie die jungen MSOs, werden
2146 wir weiterhin unterstützen. Sie sind für die soziale, gesellschaftliche und politische
2147 Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund unverzichtbar. Insbesondere auch in
2148 Hinblick auf neue Zuwanderergruppen gilt es, bestehende MSOs für diese Zielgruppen zu
2149 öffnen und die Neuzugewanderten darin zu bestärken, sich selbst zu organisieren.
2150 Mehrstaatigkeit ist gelebte Realität in NRW und gehört zum Selbstverständnis einer
2151 modernen Einwanderungsgesellschaft. Deshalb werden wir nicht zulassen, dass die
2152 doppelte Staatsbürgerschaft eingeschränkt oder gar abgeschafft wird. Im Gegenteil: Mit
2153 der Abschaffung der Optionspflicht haben wir einen wichtigen Schritt erreicht. Aber noch
2154 immer sind zu viele Bürgerinnen und Bürger von der doppelten Staatsbürgerschaft
2155 ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. Mit uns ist außerdem klar: Wir brauchen endlich
2156 ein kommunales Wahlrecht für langjährig hier lebende Bürgerinnen und Bürger mit
2157 ausländischem Pass.

2158 • **Konsequent gegen Radikalisierung und Kriminalität vorgehen.** Unsere
2159 Verfassungsnormen und Gesetze gelten uneingeschränkt für alle hier lebenden
2160 Menschen. Rechts- und Verfassungstreue sind die Grundlage jeder Integration. Deshalb
2161 gehen wir konsequent gegen Radikalisierung und Kriminalität vor. Prävention hat dabei
2162 Vorrang. Wer jedoch die Gesetze nicht achtet, muss die straf- und aufenthaltsrechtlichen
2163 Konsequenzen, ein beschleunigtes Ausweisungs- und Abschiebungsverfahren
2164 eingeschlossen, tragen. Wo sich Hass und Hetze gegen Geflüchtete breit machen, sehen
2165 wir nicht weg. Daher bekämpfen wir ebenso entschieden weiterhin jede Form von
2166 Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Dazu stärken wir auch unser
2167 Netzwerk von Servicestellen gegen Diskriminierung. Wer Gewalt anwendet oder zu
2168 Gewalt aufruft, wird dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

2169 **6.3 Wir stehen für das Gelingen von Inklusion.**

2170 Menschen mit Behinderungen müssen gleichberechtigt an allen Facetten des Lebens
2171 teilhaben können. Sie sollen ihr Leben selbstbestimmt und ohne Barrieren führen können.

2172
2173 Mit dem *Inklusionsstärkungsgesetz* ist Nordrhein-Westfalen das erste Land, das wesentliche
2174 Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention in Landesrecht umsetzt. Das Gesetz enthält
2175 zudem zahlreiche neue Regelungen, die dazu beitragen, die Teilhabe von Menschen mit
2176 Behinderungen zu stärken. Unter anderem wird die Deutsche Gebärdensprache als
2177 eigenständige Sprache anerkannt. Und: Künftig können durch Wahlschablonen Menschen
2178 mit Sehbeeinträchtigung ihr Wahlrecht selbstständig wahrnehmen, und auch Menschen
2179 unter vollständiger Betreuung sind nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen.

2180 Integrationsbetriebe und die gezielte Vermittlung in diese sind für uns in NRW gute
2181 Möglichkeiten, Menschen mit Beeinträchtigungen in Erwerbsarbeit zu bringen. Insgesamt
2182 wollen wir zur Stärkung einer *Neuen Kultur inklusiven Denkens und Handelns* für alle
2183 Lebensbereiche kommen.

2184
2185 NRW ist Vorbild bei der Inklusion: Wir haben für ein gutes Bundesteilhabegesetz gesorgt.
2186 Wir haben sichergestellt, dass behinderte Menschen in NRW auch weiterhin selbstbestimmt
2187 ihren Wohnort wählen können und nicht durch die Pflegeversicherung gezwungen sind, in
2188 ein Heim zu gehen. Verbesserungen gibt es auch bei der Umsetzung des Wunsch- und
2189 Wahlrechts der Menschen mit Behinderung und bei der Abgrenzung von Leistungen der
2190 Pflege und der Eingliederungshilfe.

2191
2192 Wir werden deshalb:

2193 • **Die rechtlichen Grundlagen für Inklusion verbessern.** In der kommenden
2194 Legislaturperiode werden wir ein *Landesausführungsgesetz* zum Bundesteilhabegesetz
2195 schaffen und die Regelungen für die Menschen mit Behinderung in Landesrecht
2196 umsetzen. Dabei werden wir prüfen, ob dies im Rahmen des bestehenden
2197 *Inklusionsstärkungsgesetzes* geschehen kann.

2198 • **Einen Teilhabebericht vorlegen.** Die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen
2199 und den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unserem Land
2200 soll ein Teilhabebericht beschreiben und untersuchen.

2201 • **Wirksame Kampagnen durchführen.** Denn Inklusion bedeutet auch Bewusstseinsbildung
2202 und die Stärkung einer *Neuen Kultur inklusiven Denkens und Handelns*.

2203 • **Inklusion auf dem Arbeitsmarkt vorantreiben.** Zur Verbesserung des Zugangs zum
2204 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen machen wir uns für den Ausbau
2205 öffentlich geförderter Beschäftigung stark.

2206 • **Beratungsstrukturen verbessern.** Wir werden ein Konzept für den Ausbau einer von
2207 Kostenträgern und Leistungserbringern unabhängigen Beratung, unter Einbeziehung der

2208 Menschen mit Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache (Peer
2209 Counseling), erarbeiten.

2210

2211 **6.4 Wir treten für echte Gleichstellung ein.**

2212 Gleiche Chancen für Frauen und Männer müssen in unserer Gesellschaft häufig erst noch
2213 verwirklicht werden. Sie sind weder selbstverständlich, noch kommen sie von selbst. Für ein
2214 sozial gerechtes Nordrhein-Westfalen sind sie jedoch unverzichtbar.

2215

2216 Frauen verdienen heute im Durchschnitt immer noch fast ein Viertel weniger als Männer. Ihr
2217 Anteil im Niedriglohnbereich und in Minijobs ist überproportional hoch. Damit profitieren sie
2218 in besonderer Weise vom Mindestlohn. Wir aber wollen echte Lohngleichheit.

2219

2220 Wir haben das *Landesgleichstellungsgesetz* novelliert und sind damit dem Ziel der
2221 Geschlechtergerechtigkeit einen weiteren Schritt näher gekommen. Darauf wollen wir
2222 aufbauen. Das etablierte Netz der *Kompetenzzentren Frau und Beruf* in den 16
2223 arbeitsmarktpolitischen Regionen des Landes leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Frauen
2224 einen besseren Zugang zum oder den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu verschaffen.

2225

2226 Gewalt gegen Frauen ist leider noch immer ein zu weit verbreitetes Phänomen. Wir werden
2227 uns weiter dafür einsetzen, das Auftreten von Gewalt gegen Frauen und auch Männer in
2228 allen Lebensbereichen zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu etablieren.
2229 NRW hat hier in vielen Bereichen bereits eine Vorreiterrolle, zum Beispiel im Bereich der
2230 anonymen Spurensicherung.

2231

2232 Der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und
2233 Intersexuellen (LSBTTI) werden wir weiterhin entgegentreten und uns für eine offene
2234 Gesellschaft aussprechen. Mit unseren Antidiskriminierungsstellen und
2235 -kampagnen treten wir Diskriminierungen aktiv entgegen. Wir setzen uns für ein weltoffenes
2236 und von Vielfalt geprägtes NRW ein und sehen diese gesellschaftliche Vielfalt als
2237 Bereicherung an.

2238

2239 Wir werden deshalb:

2240 • **Dem Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zur Durchsetzung verhelfen.** Wir
2241 setzen uns für eine bessere Entlohnung der Berufe, in denen überwiegend Frauen tätig
2242 sind, und eine wirksame, gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit ein. Wir werden
2243 zudem ein *Entgeltgleichheit-Check* Verfahren in landeseigenen Betrieben anwenden, das
2244 auch als gutes Beispiel auch für die Privatwirtschaft dient.

2245 • **Mehr Aufstiegschancen für Frauen schaffen.** Unser Ziel bleibt die Beseitigung
2246 struktureller Diskriminierungen bei der Gremienbesetzung und bei den
2247 Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen in Führungspositionen. Der Öffentliche Dienst muss
2248 dabei eine Vorbildrolle einnehmen. Die weitere Umsetzung der Frauenförderung im

2249 Öffentlichen Dienst werden wir begleiten und weiterhin dafür Sorge tragen, dass
2250 Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe paritätisch besetzt werden. Wir
2251 wollen auch hier Frauen stärker fördern. Dazu werden wir in den bereits bestehenden
2252 Gründerzentren Förder- und Beratungsprogramme etablieren, die sich speziell an
2253 Gründerinnen richten.

2254 • **Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen gewährleisten.** Für jede von Gewalt
2255 betroffene Frau müssen eine schnelle und sichere Unterbringung und
2256 Unterhaltssicherung sichergestellt werden. Ein bedarfsgerechtes Hilfesystem für
2257 gewaltbetroffene Frauen ist eine wichtige Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Etwaige
2258 Versorgungslücken bei der Aufnahme in Frauenhäusern werden wir durch eine bessere
2259 Vernetzung der Frauenhäuser und durch den Wegfall der Residenzpflicht der Frauen
2260 schrittweise abbauen. Wir werden auch *Second-Stage-Projekte*, mit denen wir Frauen,
2261 die nach einem Frauenhausaufenthalt nicht akut bedroht sind, aber eine
2262 Lebensperspektive für den Weg in die Selbstständigkeit finden müssen, weiter fördern
2263 und flächendeckend im Land ausweiten.

2264 • **Schutz und Hilfe für Prostituierte verbessern.** Wir unterscheiden klar zwischen der
2265 legalen Berufsausübung und der Straftat des Menschenhandels zur sexuellen
2266 Ausbeutung. Die Unterscheidung muss in der öffentlichen Diskussion stärker
2267 hervorgehoben werden. Der Schutz der Frauen und zunehmend auch der Männer muss
2268 im Mittelpunkt stehen. Sie alle müssen Beratungen über ihre rechtliche Situation
2269 erhalten. Wir halten an dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts von Prostituierten fest
2270 und werden uns für die Bekämpfung von Stigmatisierung von Prostituierten einsetzen.
2271 Bei der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes werden wir darauf achten, dass die
2272 Zuständigkeiten von Gesundheits- und Ordnungsamt weiterhin getrennt bleiben.

2273 • **Uns für die Gleichstellung von LSBTTI stark machen.** Die Förderung der vielfältigen
2274 Initiativen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, trans- und intersexuellen
2275 Menschen (LSBTTI) werden wir fortführen und die Umsetzung und Weiterentwicklung
2276 des *Aktionsplans gegen Homophobie* weiter forcieren. Im Bund setzen wir uns für die
2277 volle rechtliche Gleichstellung ein. Zugleich machen wir uns für die gesellschaftliche
2278 Anerkennung zielgruppensensibler Pflege für Lesben, Schwule, bisexuelle, transsexuelle,
2279 transgender und intersexuelle Menschen im Alter stark. Besonders Pflegekräfte im
2280 Gesundheitsbereich müssen über das Thema Homosexualität und sexuelle Vielfalt
2281 aufgeklärt und durch Vermittlung der geschichtlichen Entwicklung des Themas stärker
2282 für den alltäglichen Umgang mit Pflegebedürftigen sensibilisiert werden.

2283

2284 **6.5 Wir bekämpfen Armut und soziale Ausgrenzung.**

2285 Während die meisten Menschen am steigenden Wohlstand teilhaben, gibt es in Nordrhein-
2286 Westfalen immer noch viel zu viele Menschen, die in Armut leben: Insgesamt rund zwei
2287 Millionen Menschen. Damit werden wir uns nicht abfinden.

2288

2289 Besonders betroffen von Armut sind Langzeitarbeitslose, Kinder, Jugendliche,
2290 Alleinerziehende sowie Menschen mit Migrationshintergrund und geringer Qualifikation.
2291 Insbesondere die hohe Anzahl von armen Kindern in unserem Land ist für uns ein Ansporn,
2292 unsere Anstrengungen gegen Armut weiter zu verstärken. Wir haben deshalb das
2293 Handlungskonzept *Gegen Armut und soziale Ausgrenzung* und die Landesinitiative *NRW hält*
2294 *zusammen...für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung* auf den Weg gebracht, mit denen
2295 wir jährlich bis zu 70 Projekte gegen Armut und soziale Ausgrenzung fördern.

2296

2297 Wir wissen: Wer Kinderarmut umfassend bekämpfen will, muss die sozialen Lebenslagen der
2298 Eltern verbessern. Dafür ist ein guter Arbeitsplatz mit einer angemessenen Entlohnung die
2299 wesentliche Voraussetzung. Mindestlöhne, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein
2300 dauerhafter Sozialer Arbeitsmarkt sind dafür notwendige Grundlagen. Ausreichend sind sie
2301 nicht: Kinder dürfen nicht länger Armutsrisiko Nr. 1 bleiben. Notwendig ist eine umfassende
2302 finanzielle Förderung, die am Bedarf des Kindes ausgerichtet ist.

2303

2304 Wir werden deshalb:

2305 • **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.** Wir werden einen dauerhaften, öffentlich
2306 geförderten Sozialen Arbeitsmarkt mit engem Bezug zu unserer Quartierspolitik schaffen.
2307 Bis der Bund hierfür die notwendigen Voraussetzungen schafft, werden wir unser
2308 Engagement weiter ausbauen.

2309 • **Dafür sorgen, dass Familien und Kinder besser gefördert werden.** Die beschlossene
2310 Ausweitung des Unterhaltsvorschusses für Kinder bis 18 Jahre und ohne sechsjährige
2311 Begrenzung werden wir umsetzen und weitere Entlastungsmöglichkeiten für
2312 Alleinerziehende prüfen. Wir werden zudem Modellprojekte etablieren, um
2313 langzeitarbeitslose Elternpaare und Alleinerziehende im Arbeitslosengeld II Bezug einen
2314 Weg aus der Armut zu ermöglichen. Dabei wird eine ganzheitliche Unterstützung durch
2315 eine Verknüpfung der Instrumente aus dem SGB II und SGB VIII erfolgen. Zur
2316 Bekämpfung von Kinderarmut werden wir unser erfolgreiches Programm *Alle Kinder*
2317 *essen mit* für Kinder, die trotz sozialer Notlage keine Leistungen nach dem Bildungs- und
2318 Teilhabepaket des Bundes erhalten, fortsetzen. Mit uns wird sich NRW dafür
2319 starkmachen, die familienpolitischen Leistungen des Familienleistungsausgleichs sowie
2320 das Ehegattensplitting zu einem neuen am Kind orientierten System zusammenzuführen,
2321 um Kinderarmut zu bekämpfen und insbesondere Alleinerziehende stärker zu fördern.

2322 • **Die Absicherung des Existenzminimums konsequent umsetzen.** Im Bund setzen wir uns
2323 daher für eine Verankerung eines *Sozialtickets* im ALG II Satz ein. Bis dahin werden wir
2324 unser finanzielles Engagement für ein Sozialticket aus Landesmitteln fortschreiben. Unser
2325 Programm *Hilfen in Wohnungsnotfällen* werden wir fortsetzen und gemeinsam mit den
2326 Kommunen weiterentwickeln.

2327 • **Die Grundlagen für die Bekämpfung von Armut sichern.** Unsere umfassende
2328 Sozialberichterstattung setzen wir fort. Denn um gegen die Ursachen von Armut
2329 vorgehen zu können, wird eine solide Datengrundlage benötigt. Das Engagement der

2330 Verbände wollen wir so fördern, dass sich bürgerschaftliches Engagement auch weiterhin
2331 als tragendes Strukturelement der Wohlfahrtsverbände entfalten kann. Dazu werden die
2332 mit dem Land bestehende Zuwendungsvereinbarung und die Zuwendungen aus den
2333 Lotterieverträgen fortgeschrieben und den insbesondere tariflichen Entwicklungen
2334 angepasst.

2335

2336 **6.6 Wir stehen für eine starke wohnortnahe Gesundheitsversorgung.**

2337 Gesundheit muss bezahlbar bleiben und die medizinische Versorgung für jeden erreichbar
2338 sein. Dazu gehört es, neben einer umfassenden Gesundheitsprävention, optimale ortsnahe
2339 Versorgungsstrukturen für alle Menschen gleichermaßen sicherzustellen. Wir streben hierzu
2340 auch einen Abbau der Sektorengrenzen im Gesundheitswesen zwischen ambulanter,
2341 stationärer und rehabilitativer Versorgung der Menschen an.

2342

2343 Maßnahmen und Programme der gesundheitlichen Prävention müssen zielgruppengerecht
2344 geplant und umgesetzt werden. Gesunde Ernährung und mehr körperliche Bewegung, vor
2345 allem bei Kindern, stehen dabei im Fokus.

2346

2347 Wir haben mit dem *Krankenhausplan NRW* neben der Ausgestaltung des Prinzips der
2348 flächendeckenden ortsnahe Versorgung erstmals strukturelle Qualitätsstandards
2349 festgesetzt und damit die Patientenorientierung in den Vordergrund gerückt. Daran wollen
2350 wir anknüpfen. Mit unserem Aktionsprogramm zur *Stärkung der hausärztlichen Medizin und*
2351 *Versorgung* haben wir bereits Fördergelder zur Verfügung gestellt, um die hausärztliche
2352 Versorgung auch in ländlichen Regionen sicherzustellen. Wir setzen uns, neben dem
2353 Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung zur ärztlichen Versorgung der
2354 Versicherten, weiterhin für eine gute Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte
2355 in allen Regionen von NRW ein. Außerdem ist eine gute Versorgung durch alle in der
2356 Gesundheitsversorgung Tätigen landesweit sicherzustellen, eine Fokussierung auf die
2357 Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern ist daher allein nicht ausreichend.

2358 Und wir stehen dafür, die Finanzierung des Gesundheitssystems wieder gerechter zu
2359 gestalten.

2360

2361 Wir werden deshalb:

- 2362 • **Die Gesundheitsberatung und -förderung stärken.** Wir wollen integrierte Programme für
2363 Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen mit den Schwerpunkten gesunde
2364 Ernährung und mehr körperliche Bewegung initiieren. Sportvereine wollen wir in diese
2365 Arbeit einbeziehen. Um eine Strategie zur Prävention und Früherkennung zu entwickeln
2366 werden wir einen landesweiten Diabetesplan für NRW aufstellen. Selbsthilfegruppen
2367 werden wir ebenso weiter fördern wie die Aidshilfe. Und wir werden für eine verbesserte
2368 Aufklärung und Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten, insbesondere für
2369 junge Menschen, sorgen. Die Arbeit der unabhängigen Krebsberatungsstellen in NRW
2370 unterstützen wir weiterhin. Der Erhalt der in NRW bewährten Strukturen der

2371 Beratungsstellen ist vor allem im Hinblick auf die Umsetzung des *Nationalen Krebsplans*
2372 notwendig.

- 2373 • **Die Gesundheitsversorgung flächendeckend sicherstellen.** Die finanziellen
2374 Rahmenbedingungen von Krankenhäusern in NRW wollen wir weiter verbessern. Dafür
2375 benötigen die Krankenhäuser klare Finanzierungsstrukturen. Wir werden dafür sorgen,
2376 dass den Krankenhäusern weiterhin die Investitionsmittel für die landesweite
2377 Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen und der Investitionsstau Schritt für Schritt
2378 abgebaut wird. Unser Programm zur Förderung von Niederlassungen von Hausärzten in
2379 NRW werden wir fortsetzen und, wo erforderlich, anpassen. Mit mobilen Praxen und
2380 integrierten Gesundheitszentren werden wir die medizinische Versorgung in allen
2381 Regionen NRWs sicherstellen. Insbesondere kann auch der Einsatz von Telemedizin die
2382 Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Regionen verbessern. Die gute
2383 Versorgung durch Hebammen in NRW wird weiterhin gewährleistet. Auch die
2384 Versorgung psychisch kranker Menschen in unserem Land werden wir weiter voran
2385 bringen, indem wir die gemeindepsychiatrische Versorgung weiter ausbauen und dabei
2386 insbesondere den ambulanten Sektor stärken, um die stationäre Unterbringungen weiter
2387 zurückzudrängen. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau der Gesundheits-,
2388 Gesundheitsberatungs- und Pflegeberatungsstruktur im ländlichen und städtischen
2389 Raum ein. Dazu gehört für uns auch der bedarfsgerechte Aufbau einer Geriatrie-, Hospiz-
2390 und Palliativversorgungsstruktur.
- 2391 • **Die Gesetzliche Krankenversicherung solidarisch weiterentwickeln.** Die Rückkehr zur
2392 paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge muss kurzfristig erfolgen.
2393 Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung. Wir werden uns ebenso dafür einsetzen, dass
2394 die Gesundheitskarte für Flüchtlinge auch bundesweit zum Einsatz kommt.
- 2395 • **Uns auch zukünftig für eine fortschrittliche Drogenpolitik stark machen.** Wir setzen uns
2396 dafür ein, dass die Suchtpotenziale in der Gesellschaft weiterhin minimiert werden.
2397 Suchtabhängige müssen entkriminalisiert und Substitutionsmodelle in NRW
2398 weiterentwickelt werden.

2399 **III. NRW: GEMEINSAM FÜR DEN ZUSAMMENHALT**

2400

2401 Nordrhein-Westfalen hat sich über Jahrzehnte gut entwickelt, weil es bei allen
2402 Veränderungen gelungen ist, ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.
2403 Gemeinsam meistern wir diese schwieriger werdende Herausforderung auch weiterhin.

2404

2405 Wir wissen: Gesellschaftlicher Zusammenhalt muss sich zuallererst vor Ort beweisen, in
2406 unseren Städten und Gemeinden. Regionen im Strukturwandel dürfen nicht abgehängt,
2407 Quartiere, in denen sich der gesellschaftliche Wandel konzentriert, dürfen damit nicht allein
2408 gelassen werden. Die Lebensqualität darf nicht von der Region, der Stadt oder dem Quartier
2409 abhängen: Das Leben in der Großstadt muss auch für junge Familien attraktiv und
2410 erschwinglich sein, das Dorf im ländlichen Raum darf für Jugendliche und Senioren nicht zu
2411 einer Mobilitätsfalle werden.

2412

2413 Nordrhein-Westfalen ist ein schönes Land. Die Menschen sollen hier gut leben können. Dazu
2414 braucht es bezahlbare Wohnungen in einem guten sozialen Umfeld, verlässlichen und
2415 komfortablen Bus- und Bahnverkehr vor allem für Pendlerinnen und Pendler, ein vielfältiges
2416 Kultur- und Medienangebot und attraktive Sportgelegenheiten. Die Möglichkeit, gut zu
2417 leben, darf nicht vom Geldbeutel und vom sozialen Status abhängig sein.

2418

2419 Ohne leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, ohne ein gerechtes Bildungswesen, ohne
2420 soziale Sicherung und ohne handlungsfähige Polizei und Justiz ist unser modernes
2421 Gemeinwesen nicht denkbar. Deshalb brauchen wir einen starken Staat, der sich seinen
2422 Bürgerinnen und Bürgern zuwendet.

2423

2424 Mehr bezahlbare Wohnungen für NRW sind unser oberstes Ziel. Lebenswertes Wohnen aber
2425 meint längst mehr als nur Größe, Ausstattung oder Aufteilung einer Wohnung: Das Leben
2426 findet auch immer im Quartier statt. Hier treffen Menschen auf Menschen, hier versorgen,
2427 bewegen, erholen sie sich im Alltag – sofern das Quartier hierfür Möglichkeiten bietet. Für
2428 viele Menschen ist diese *Heimat vor der Haustür* der alltägliche Lebensmittelpunkt.

2429

2430 Genau hier müssen sie sich zuhause fühlen können, dann übernehmen sie Verantwortung
2431 füreinander und für das Gemeinwesen. Nur dann entstehen gute Nachbarschaften und
2432 gesellschaftlicher Zusammenhalt. Nur dort wächst die Bürgerdemokratie, die unser
2433 Gemeinwesen stark macht und die Freiheit in unserem Land sichert. Diese Demokratie
2434 vererbt sich nicht. Sie muss von jeder Generation neu erlernt, erfahren und gelebt werden.
2435 Dafür müssen wir gemeinsam eintreten, Tag für Tag.

2436 Zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat gehört das Bürgerrecht auf Schutz vor
2437 Verbrechen und Gewalt. Deshalb sorgen wir auch für mehr Sicherheit durch mehr Polizei auf
2438 der Straße, konsequente Abwehr von Terror und Bandenkriminalität sowie zeitnahe
2439 Strafverfahren. Unsere Politik folgt dem Grundsatz: Hart gegen jede Form von Kriminalität
2440 und entschlossen gegen ihre Ursachen!

2441 Sicherheit ist das Unterpfand von Freiheit, nicht deren Ersatz. Sie muss und sie wird für uns
2442 immer die Grundlage für die Verwirklichung von Menschen in Freiheit sein. Unsere Grund-
2443 und Bürgerrechte sind der Garant für die persönliche Freiheit eines jeden Einzelnen und für
2444 eine offene Gesellschaft. Wir werden sie verteidigen. Sie sind unteilbar, deswegen wenden
2445 wir uns gegen jede Form der Diskriminierung. Nordrhein-Westfalen ist und bleibt ein Land
2446 kultureller und religiöser Vielfalt. Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit
2447 haben bei uns keinen Platz. Menschenfeindliche Einstellungen, die auf Rassismus oder
2448 Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie oder religiösem
2449 Fanatismus beruhen, akzeptieren wir nicht. Dem Rechtsextremismus in unserem Land treten
2450 wir entschieden entgegen.

2451
2452 Heimat und Zusammenhalt gibt es überall dort, wo sich Menschen ehrenamtlich engagieren:
2453 in Vereinen, gemeinnützigen Initiativen oder in der Kommunalpolitik. Ohne sie gäbe es keine
2454 Sportvereine und Kulturinitiativen, gäbe es weniger Naturschutz und keine Freiwillige
2455 Feuerwehr. Ehrenamtliche übernehmen Verantwortung für ihre Mitmenschen, stiften
2456 Gemeinschaft und sorgen für Zusammenhalt und Lebensqualität in ihrer Stadt. Der beste
2457 Dank dafür ist die tatkräftige Unterstützung ihres Engagements durch Schutz und Förderung,
2458 wo immer dies notwendig ist und die Anerkennung des wichtigen Beitrags, den dieses
2459 ehrenamtliche Engagement für unsere Gesellschaft leistet.

2460
2461 Politik für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist nicht zuletzt Politik für gesunde
2462 Kommunalfinanzen. Es geht um nicht weniger als um den Erhalt der lokalen Demokratie.
2463 Unser *Stärkungspakt Stadtfinanzen* zeigt Wirkung. Wir werden nicht nachlassen mit unserer
2464 kommunalfreundlichen Politik im Land und gleichzeitig unser ganzes politisches Gewicht für
2465 weitere finanzielle Entlastungen durch den Bund in die Waagschale werfen.

2466

2467 **7. Wir sorgen für handlungsfähige Kommunen.**

2468 Lebenswerte Städte und Gemeinden sind die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur
2469 mit gesunden Finanzen sind Städte und Gemeinden auch politisch handlungsfähig. Wir
2470 wollen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder aus eigener Kraft kommunale
2471 Infrastruktur und hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen können.
2472 Wir stehen dafür, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger ihr Lebensumfeld aktiv
2473 mitgestalten und ganz konkret mitentscheiden, wie sich ihre Stadt, ihr Stadtteil oder ihr Dorf
2474 weiterentwickeln. Lokale Demokratie wird so ganz praktisch erfahrbar. Repräsentative und
2475 direkte Demokratie sind gerade vor Ort keine Gegensätze, sondern ergänzen sich.

2476

2477 Wir haben die Gemeindefinanzierung von jährlich 7,6 Milliarden Euro bei Regierungsantritt
2478 auf 10,6 Milliarden Euro aufgestockt und unterstützen über den *Stärkungspakt*
2479 *Stadtfinanzen* die 66 höchstverschuldeten Städte und Gemeinden mit bis zu weiteren 642
2480 Millionen Euro jedes Jahr. Der Erfolg ist beachtlich: Die Zahl der Nothaushaltskommunen
2481 haben wir bis 2015 von 138 auf 9 reduziert.

2482 Auf Bundesebene haben wir erreicht, dass die Grundsicherungsleistungen im Alter und bei
2483 Erwerbsunfähigkeit komplett übernommen und die Kommunen ab 2018 um weitere fünf
2484 Milliarden Euro jährlich entlastet werden.

2485
2486 Wir haben die kommunale Demokratie reformiert und die Bürgerbeteiligung vereinfacht. Die
2487 Wahltermine von Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten wurden mit den
2488 Wahlterminen für die Stadträte und Kreistage zusammengelegt. Außerdem haben wir die
2489 Stichwahl für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte
2490 wieder eingeführt. Mit dem *Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung* haben wir die
2491 formalen Hürden für Bürgerentscheide gesenkt und den Kreis der Fragen, über die
2492 entschieden werden kann, erweitert.

2493

2494 **7.1 Wir halten Städte und Gemeinden finanziell handlungsfähig.**

2495 Die weiter steigende Belastung der Kommunen durch Sozialtransferleistungen droht auch in
2496 den nächsten Jahren wichtige Zukunftsinvestitionen vor Ort zu blockieren. Dies gilt
2497 insbesondere für die Städte und Regionen, die diese zur Bewältigung des Strukturwandels
2498 besonders nötig hätten.

2499

2500 Grundlage unserer Politik bleiben die weitere Entlastung der Kommunen und die
2501 Durchsetzung des Prinzips *Wer bestellt, bezahlt* nicht nur durch das Land, sondern auch
2502 durch den Bund. Von entscheidender Bedeutung ist vor diesem Hintergrund die weitere
2503 Entlastung der Kommunen von pflichtigen Sozialtransferleistungen durch den Bund.
2504 Mindestens 50 Prozent der Sozialkosten muss der Bund übernehmen. Bei weiteren
2505 Aufgabenverlagerungen oder Aufgabenausweitungen zulasten der Kommunen muss der
2506 Bund zukünftig für eine auskömmliche Finanzierung sorgen. Gleichzeitig gilt es für uns, die
2507 Einnahmenbasis der Kommunen angemessen strukturell zu stärken.

2508

2509 Die Kommunen haben in den vergangenen Monaten und Jahren bei der Aufnahme und
2510 Integration von Flüchtlingen Enormes geleistet. Für uns ist und bleibt klar: Die Kommunen
2511 müssen hierzu mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden. Wir haben deshalb das
2512 *Flüchtlingsaufnahmegesetz* weiterentwickelt und einen Systemwechsel zu monats- und
2513 personenscharfer Erstattung ab 2017 mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart
2514 und umgesetzt. In besonderer Verantwortung steht weiterhin der Bund, denn die
2515 Kompetenz zur Regulierung und Steuerung der Zuwanderung obliegt ihm.

2516

2517 Grundsätzlich stehen wir dafür, dass Kommunen und Land die zentralen Zukunftsthemen
2518 gemeinsam und an den Bürgerinnen und Bürgern orientiert anpacken. Deshalb brauchen wir
2519 auch mehr Kooperation zwischen den Kommunen.

2520 Wir werden deshalb:

- 2521 • **Einen fairen Gemeindefinanzausgleich gewährleisten.** Den Gemeindefinanzausgleich
2522 werden wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zukunftsfest
2523 weiterentwickeln und den *Stärkungspakt Stadtfinanzen* zum Erfolg führen. Dabei müssen
2524 die Leistungsfähigkeit und die strukturelle Belastung sowohl der finanzstarken als auch
2525 der finanzschwachen Kommunen weiterhin angemessen berücksichtigt werden.
- 2526 • **Weiterhin ein guter Anwalt kommunaler Interessen beim Bund sein.** Unsere
2527 erfolgreiche Interessenvertretung werden wir fortsetzen. Das heißt vor allem, Initiativen
2528 auf Bundesebene zur weiteren Entlastung der Kommunen von Sozialkosten zu starten
2529 und uns im Bund für einen Altschuldenfonds für die Kommunen stark zu machen.
- 2530 • **Die Einnahmen aus Gewerbesteuer und Grundsteuer verstetigen.** Wir setzen uns für
2531 eine Weiterentwicklung und Stärkung der Gewerbesteuer zu einer
2532 Gemeindefinanzsteuer ein. Die Grundsteuer muss in ihrer Bemessungsgrundlage
2533 verfassungsfest ausgestaltet werden. Dabei ist für uns klar: Steueroptimierte
2534 Gewinnverlagerungen mittels Lizenzzahlungen sind nicht nur im internationalen, sondern
2535 auch im nationalen Kontext zu verhindern. Wir werden uns deshalb im Bund für eine
2536 Unterbindung von Gestaltungsmodellen mit innerdeutschen Lizenzzahlungen einsetzen.
- 2537 • **Die Kommunen bei den Kosten für Flüchtlinge nicht im Stich lassen.** Mit uns ist klar: Wir
2538 werden die Kommunen weiterhin bei den durch die Aufnahme von Flüchtlingen
2539 entstehenden Herausforderungen unterstützen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass
2540 die Kommunen durch den Bund von den auf sie zukommenden Integrationskosten
2541 umfassend, strukturell und dauerhaft entlastet werden.
- 2542 • **Kommunale Stadtwerke stärken.** Die kommunalen Stadtwerke gewährleisten eine
2543 hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Energie, Entsorgung, Verkehr,
2544 Wasser und Telekommunikation. Mit ihnen bleibt die Entscheidung über diese Bereiche
2545 in Bürgerhand. Wir werden an der Stärkung der Stadtwerke festhalten und unterstützen
2546 die vielfältigen Bündnisse mit dem örtlichen Handwerk bei der Umsetzung der
2547 Energiewende. Nicht zuletzt entlasten erfolgreiche Stadtwerke auch die kommunalen
2548 Haushalte und sorgen so für mehr finanziellen Spielraum vor Ort.
- 2549 • **Die interkommunale Zusammenarbeit stärken.** Die Landschaftsverbände und der
2550 Regionalverband Ruhr sind wichtige überregionale kommunale Aufgabenträger. Sie gilt
2551 es, in ihrer Funktion für die Kommunen weiterzuentwickeln. Den fünf Bezirksregierungen
2552 als regionale Mittelbehörden des Landes kommt in unserem großen Flächenland
2553 weiterhin eine besondere Bedeutung zu. Die kommunale Mitwirkung in den
2554 Regionalräten ist dabei eine gute Grundlage für den regionalen Konsens und die
2555 regionale Zusammenarbeit. Wir werden außerdem einen Rahmen für eine verbesserte
2556 interkommunale Zusammenarbeit z. B. im Bereich der Wirtschaftsförderung schaffen
2557 und sinnvolle und gewinnbringende Modelle zur Erledigung von Verwaltungsarbeiten im
2558 Verbund erproben.

2559 **7.2 Wir stärken die kommunale Demokratie und das Ehrenamt vor Ort.**

2560 Demokratie wird vor allem vor Ort für Bürgerinnen und Bürger erfahrbar. Daher setzen wir
2561 hier an, um ihre demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu stärken.

2562
2563 Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und die Vertretungen der Bezirke haben wir gestärkt,
2564 um so das ehrenamtliche Engagement und die Verantwortungsübernahme von Bürgerinnen
2565 und Bürgern zu fördern. Die Hürden für die direkte Demokratie haben wir gesenkt, damit
2566 alle Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen mitentscheiden können, welche
2567 Entwicklung ihre Stadt, ihr Dorf, ihr Stadtteil oder ihr Kreis nimmt.

2568
2569 Neben Wahlen und Abstimmungen wollen wir neue Mitbestimmungselemente verankern: Es
2570 geht um eine neue Form der Bürgerbeteiligung, hin zur Verantwortungsübernahme der
2571 Bürgerinnen und Bürger für ihre eigene Nachbarschaft. Sie sind „Experten“ für alles, was vor
2572 ihrer Haustür passiert. Austausch und Konsens stehen hier im Mittelpunkt, nicht Mehrheit
2573 und Hierarchie.

2574
2575 Die Bürgergesellschaft vor Ort lebt von den unzähligen Vereinen, Initiativen und Verbänden,
2576 die das Leben Tag für Tag mitgestalten. Sie haben unsere Anerkennung. Sie verdienen aber
2577 auch eine Stärkung. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht gute Rahmenbedingungen
2578 und die entsprechenden Ressourcen.

2579
2580 Zur Stärkung der lokalen Demokratie beizutragen bedeutet aber auch, bessere
2581 Rahmenbedingungen für diejenigen zu schaffen, die einen großen Teil ihrer Freizeit dafür
2582 aufwenden, sich in den kommunalpolitischen Gremien zu engagieren. Hier haben wir mit
2583 einem umfassenden Paket bereits für eine Stärkung des kommunalen Ehrenamts gesorgt.
2584 Das wollen wir fortführen. Menschen, die sich für das Gemeinwohl vor Ort engagieren,
2585 haben Unterstützung verdient. Wir wollen deshalb auch die Kompetenzen der Ebenen
2586 stärken, die möglichst nah an den Lebensrealitäten vor Ort sind.

2587
2588 Wir werden deshalb:

- 2589 • **Die Bürgerbeteiligung stärken.** Unterhalb der Schwelle von Bürgerbegehren und
2590 Bürgerentscheid wollen wir eine stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in
2591 Planungsprozesse erreichen. Erfahrungen aus den Quartiersmanagements könnten gute
2592 Beispiele liefern, aktivierende Bürgerbeteiligungsformen zu entwickeln. Dabei wollen wir
2593 Strategien der Bürgerbeteiligung entwickeln, die dazu beitragen, dass stets ein
2594 Querschnitt der Bevölkerung partizipiert.
- 2595 • **Gute Strukturen für ehrenamtliches Engagement unterstützen.** Mit den Kommunen
2596 wollen wir vor Ort tragfähige und dauerhafte Strukturen für bürgerschaftliches
2597 Engagement schaffen (Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen,
2598 Nachbarschaftszentren, lokale Anlaufstellen, Jugend- und Gemeinschaftszentren) und in
2599 den kommunalen Verwaltungen professionelle Kompetenzen für die Förderung von

2600 Engagement, Partizipation und zivilem Handeln fördern. Wir werden die Kommunen
2601 zudem bei der Einführung und Umsetzung von Maßnahmen zur elektronischen
2602 Verwaltung (eGovernment) und für offene Verwaltungsdaten (openData) finanziell und
2603 organisatorisch unterstützen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine weitere
2604 Anhebung der Ehrenamtspauschale bei der Einkommensteuer ein.

2605 • **Die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt stärken.** Gemeinsam mit den Tarifpartnern
2606 werden wir Ansätze entwickeln, wie die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und
2607 Engagement durch mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte verbessert werden kann. Zur
2608 Stärkung des kommunalen Ehrenamts streben wir weitere Verbesserungen etwa bei der
2609 Freistellungsregelung an.

2610 • **Einen guten Rahmen für Bürgerunternehmen schaffen.** Wir wollen bessere
2611 Rahmenbedingungen für die Gründung von Unternehmen aus dem bürgerschaftlichen
2612 Engagement heraus schaffen, wie z. B. Dorfläden, Kinderläden oder Energieprojekte.
2613 Ihnen geht es nicht um Gewinnmaximierung, sondern sie verfolgen Ziele auch im
2614 Interesse der Allgemeinheit. Wir werden uns deshalb für die alte Rechtsform der
2615 gemeinnützigen Genossenschaft einsetzen.

2616 • **Auf die Stärkung der kommunalen Demokratie setzen.** Deshalb machen wir uns für eine
2617 Verbesserung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen stark.
2618 Mit einem Bürgermeistergesetz werden wir zudem die Besoldung und Versorgung von
2619 hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie hauptamtlichen
2620 Landrätinnen und Landräten regeln.

2621

2622 **8. Wir sorgen für Heimat vor der Haustür.**

2623 Ganz gleich, ob in der Stadt oder auf dem Land: Jeder Ort kann Heimat sein – vorausgesetzt
2624 die Lebensqualität stimmt. Gute Wohnungen gibt es zu bezahlbaren Mieten. Ein ausgebauter
2625 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sorgt für Mobilität. Schnelles Internet ist Standard.
2626 Die Straßen sind sauber und begrünt, die Häuserfassaden ansehnlich. Parks und Spielplätze
2627 sind nicht weit, auch Ärzte, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten gibt es in erreichbarer Nähe.
2628 Ein lebendiges Kultur- und Vereinsleben zeugt von Zusammenhalt und Gemeinschaft.

2629

2630 All das macht öffentliche Lebensqualität aus. Sie zu erhalten und, wo nötig, wieder zu
2631 erhöhen, ist ein Kernziel sozialdemokratischer Politik für Nordrhein-Westfalen. Der ländliche
2632 Raum hat andere Herausforderungen zu meistern als die Metropolregionen an Rhein und
2633 Ruhr. Boomende Städte verlangen nach anderen Konzepten als Regionen mit lokalen
2634 Strukturschwächen. Unsere Haltung aber ist stets dieselbe: Heimat beginnt vor der Haustür.
2635 Man muss sich um sie kümmern. Und genau das ist es, was wir tun.

2636

2637 Deshalb haben wir mit den Programmen der Stadterneuerung (Soziale Stadt, Stadtumbau
2638 West, Aktive Zentren etc.) und unserer schon 2010 gestarteten *Wohnungsbauoffensive*
2639 konsequent den Schwerpunkt auf die Revitalisierung schwieriger Stadtteile, die Herrichtung

2640 von Wohnungsaltsbeständen und die Bekämpfung sozialer Abwärtsspiralen gelegt. Mit Erfolg.
2641 Die öffentlichen Investitionen wirken. Sie ziehen private Initiativen und Investitionen in
2642 vielfacher Höhe an. Die Lebensqualität steigt, die Zuversicht wächst. Mit der
2643 *Kappungsgrenze für Mieterhöhungen* und der *Mietpreisbremse für Neuvermietungen* ist ein
2644 erster Schritt getan, die Mieten nicht ins Uferlose steigen zu lassen.

2645
2646 Wir haben uns mit Erfolg für die Erneuerung unserer Verkehrsinfrastruktur, die
2647 Bezahlbarkeit des *Öffentlichen Personenverkehrs* (ÖPNV) und den Breitbandausbau
2648 eingesetzt. Mit unseren Landesprogrammen haben wir den Ausbau schneller
2649 Breitbandanschlüsse im ländlichen Raum und Glasfaseranschlüssen für Unternehmen
2650 vorangebracht. Mit dem *Rhein-Ruhr-Express* verkürzen wir die Wege zwischen den
2651 Ballungsräumen an Rhein und Ruhr.

2652
2653 Mit dem *Kulturförderplan* und dem *Theater- und Orchesterpakt* fördern und erhalten wir die
2654 vielfältige Kulturlandschaft unseres Landes. Unser *Kulturrucksack* oder Angebote wie *JeKits* –
2655 Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen – eröffnet für Kinder und Jugendliche neue
2656 Möglichkeiten sich selbst musisch und tänzerisch zu betätigen. Mit der *Sportpauschale*
2657 stellen wir unseren Kommunen jährlich verlässlich 50 Millionen Euro für den Unterhalt von
2658 Sportstätten – wie zum Beispiel Fußballplätzen – zur Verfügung.

2659

2660 **8.1 Wir investieren in lebenswerte Quartiere als Orte des Miteinanders.**

2661 Der demografische Wandel und die wachsende Vielfalt der Lebensstile setzen kontinuierlich
2662 neue Trends für das Zusammenleben in Städten und Gemeinden. Wir wollen, dass die Städte
2663 dabei nicht auseinanderdriften und Lebensqualität in allen Quartieren gleichermaßen
2664 entstehen kann.

2665
2666 Nordrhein-Westfalen ist bundesweit der Vorreiter für integrierte Stadt- und
2667 Quartiersentwicklung. Bei unserer Städtebau- und Wohnraumförderung verfolgen wir einen
2668 ganzheitlichen Ansatz. Grundlage sind die bauliche Aufwertung von Beständen, ihre
2669 energetische Erneuerung und die Verbesserung der Umfeldqualitäten, wie z. B. in den
2670 Quartieren der Gemeinschaftsinitiative *Besser Wohnen – Energetische Sanierung plus*. Der
2671 ganzheitliche Ansatz umfasst darüber hinaus die Unterstützung im Bereich der Infrastruktur
2672 von Schulen, Begegnungsstätten und die Verbesserung des öffentlichen Raumes sowie die
2673 Unterstützung von bürgerschaftlich engagierten Menschen. Eine Aufwertung der
2674 Wohnquartiere darf nicht an Grenzen von Förderprogrammen scheitern.

2675
2676 Entscheidend ist, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner an der Entwicklung von
2677 Quartierskonzepten beteiligt werden, die an ihr mitwirken wollen. Schulen wollen wir zu
2678 einem zentralen Ort im Quartier machen: Zusammen mit Familien-, Senioren-, Jugend- und
2679 Bürgerzentren bilden sie die öffentliche Infrastruktur im Quartier, von der aus Vereine und

2680 Initiativen, Kultur und Sport aktiv werden können. Mit unserem landeseigenen
2681 Sofortprogramm bringen wir zusätzlich 1.000 Spielplätze auf Vordermann.

2682

2683 Wir folgen dem Grundsatz *Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln*. Wir wissen,
2684 dass es strukturschwache Stadtteile gibt, die auch *Ankommensquartiere* gerade für viele der
2685 zu uns zuwandernden Menschen sind. Dem müssen wir gerecht werden. Nicht nur damit
2686 Integration gelingt, braucht es hier auch Orte, die Begegnung möglich machen. Mit dem
2687 Städtebau-Sonderprogramm zur Unterstützung der Kommunen bei der Integration von
2688 Flüchtlingen fördern wir dies bereits.

2689

2690 Dies alles kann nur gelingen, wenn die jeweilige Kommune sich selbst aktiv im Sinne eines
2691 ganzheitlichen Förderansatzes einbringt, geeignete Handlungskonzepte erarbeitet und
2692 koordinierend umsetzt. Bundesweit vorbildlich sind auch unsere Initiativen für regionale und
2693 interkommunale Kooperation. Die *Regionale* hat – zuletzt in Südwestfalen und im
2694 Münsterland – vielfältige neue Qualitäten für die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und
2695 Bürger, Innovationen für Unternehmen und eine Verbesserung der Infrastruktur vor Ort
2696 bewirkt. In der neuen Legislaturperiode wollen wir weitere Akzente vor allem dort setzen,
2697 wo schwierige sozialräumliche Bedingungen besondere Integrationsleistungen der Städte
2698 erfordern.

2699

2700 Wir werden deshalb:

2701 • **Die energetische Sanierung von 1.000 Quartieren bis 2030 auf den Weg bringen.** In der
2702 Modellstadt Bottrop werden seit dem Jahr 2010 innovative Ideen und Lösungen
2703 entwickelt, wie den Herausforderungen des Klima- und Strukturwandels im urbanen
2704 Raum begegnet werden kann. Hier wird demonstriert, wie ein klimagerechter
2705 Stadtumbau, unter Berücksichtigung der Sicherung des Industriestandorts und
2706 bezahlbarer Mieten, aussehen kann. Konkret sollen die CO₂-Emissionen halbiert und die
2707 Lebensqualität gesteigert werden. Nach dem Ruhrgebiet werden wir nun im gesamten
2708 Land diese Strategie umsetzen und bundesgesetzlich die dafür notwendigen
2709 Rahmenbedingungen erwirken.

2710 • **Die Programme der Städtebauförderung auf hohem Niveau fortführen.** Wir werden die
2711 Mittel für die Programme, wie beispielsweise *Soziale Stadt* und *Stadtumbau West*, auf
2712 dem erreichten hohen Niveau von über 250 Millionen Euro jährlich fortsetzen. Der Bund
2713 muss dabei die Regelprogramme der Städtebauförderung stärker als bisher für die
2714 Förderung von Personal öffnen. So wäre auch das Quartiersmanagement zukünftig
2715 förderbar. Die Betreuung der über 50 Einzelprogramme für Stadt- und
2716 Quartiersentwicklung wollen wir stärker bündeln und ein neues Fördermanagement
2717 einrichten. Die vorhandenen Strukturen der Beratung und Unterstützung des Landes für
2718 die Kommunen in NRW werden wir weiterentwickeln. Die Bezirksregierungen sollen
2719 dabei ihre Aufgaben als Kommunalberatung verstärken und mit den Regionalräten die
2720 Kooperationsmöglichkeiten verstärken. Unser Sofortprogramm zur Sanierung von
2721 Spielplätzen und anderen Freizeitorten für Kinder und Jugendliche wird fortgeführt. Wir

- 2722 werden ebenso das Leitbild *Grüne Infrastruktur* fortentwickeln und verkehrsfreie Flächen
2723 für Kinder und Jugendliche, Parkanlagen und Fassadenbegrünung zum Standard
2724 dauerhaft erfolgreicher Quartiersentwicklung machen. Um der Bedeutung des
2725 Kleingartenwesens für die Entwicklung unserer Quartiere gerecht zu werden, werden wir
2726 gemeinsam mit den Landesverbänden der Kleingärtner einen Pakt für das
2727 Kleingartenwesen auflegen.
- 2728 • **Bürgerschaftliches Engagement in Quartieren fördern.** Wir setzen uns dafür ein, dass
2729 bürgerschaftliche und ehrenamtliche Initiativen vor Ort einen Förderzugang im Rahmen
2730 der Quartiersförderung erhalten. Wir machen uns dafür stark, dass jeder Stadtteil ein
2731 Budget erhält und selbst entscheiden kann, wie es eingesetzt werden soll. Hierfür muss
2732 die Entscheidungskompetenz in den einzelnen Städten liegen.
2733 Wir werden auch verstärkt Familien-, Senioren- und Bürgerzentren fördern. Jedes
2734 Quartier und jeder Stadtteil braucht mindestens einen Ort für das Gemeinschafts- und
2735 Nachbarschaftsleben sowie Kulturarbeit seiner Einwohner – egal welchen Alters.
 - 2736 • **Besondere soziale Herausforderungen stärker berücksichtigen.** Gemeinsam mit den
2737 Kommunen werden wir Konzepte entwickeln, um *Ankommensquartiere* so zu
2738 modernisieren und zu stärken, dass sie wieder attraktiv werden und bezahlbar bleiben.
2739 In Stadtteilen, die durch soziale Probleme und Integrationsaufgaben besonders gefordert
2740 sind, werden wir modellhaft fünf Stadtteilzentren neuer Art entwickeln: Kita, Schule,
2741 Gesundheitsvorsorge, Bürgerbüro, Erwachsenenbildung, Qualifizierungsangebote und
2742 Begegnungsräume sollen an einem *Quartierscampus* zusammengeführt werden. Mit den
2743 Kommunen wollen wir Quartiersanalysen vereinbaren, die als Erfolgskontrolle für
2744 Förderprogramme und Frühwarnsystem dienen, weil sie schnell belastbare Daten über
2745 erwünschte oder unerwünschte Entwicklungen in einem Stadtteil oder Dorf
2746 bereitstellen.
 - 2747 • **Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Stadtentwicklung verbessern.** Oftmals
2748 mangelt es in den NRW Kommunen nicht an Flächen für Stadtentwicklung, sondern an
2749 der Verfügbarkeit, dem Know How und den Kapazitäten, diese Flächen entsprechend
2750 planen und sanieren zu können. Über die landeseigene Entwicklungsgesellschaft
2751 *NRW.Urban* werden wir deshalb eine Tochter gründen, an der sich die NRW Kommunen
2752 als Anteilseigner beteiligen können, um dann die Planungen und Sanierungen direkt
2753 gegen Kostenerstattung beauftragen zu können. Beim Bund machen wir uns dafür stark,
2754 dass die Fördervoraussetzungen der Stadtentwicklungsprogramme für Orte der
2755 Integration entsprechend angepasst werden. Wir werden bei der Umsetzung die
2756 Kommunen mit entsprechenden Best-Practice-Beispielen sowie Modellen und Beispielen
2757 für Monitoring und Evaluation unterstützen.
 - 2758 • **Den baulichen Denkmalschutz in Nordrhein Westfalen auf eine zeitgemäße Grundlage**
2759 **stellen.** Hierzu werden wir eine übergeordnete landesweite *Qualitäten- und*
2760 *Quantitätenbilanz* erstellen und diese einer detaillierten Bewertung unterziehen. Auf
2761 dieser Basis wollen wir ein zukunftsfähiges *Denkmalförderkonzept* für NRW erstellen, das

2762 die finanziellen Ressourcen des Landes berücksichtigt. Hierzu werden wir ein
2763 *Denkmalschutzverfahren* im Kontext der Stadtentwicklung zeitgemäß fortentwickeln, das
2764 das partnerschaftliche Zusammenwirken der Fachämter der Landschaftsverbände mit
2765 den unteren Denkmalbehörden, der Kommunalpolitik und den Denkmaleigentümern
2766 vorsieht und ehrenamtliche Expertise berücksichtigt. Die Mitwirkung der
2767 Kommunalpolitik dabei wollen wir deutlich stärken.

2768

2769 **8.2 Wir sorgen für guten und bezahlbaren Wohnraum.**

2770 Das beste Mittel gegen steigende Mieten und Wohnungsmangel ist Neubau. Die
2771 *Wohnungsbauoffensive* in Nordrhein-Westfalen trägt Früchte: Über 40 Prozent mehr
2772 Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum, bereits im
2773 Jahr 2015 ein Plus im sozialen Wohnungsbau von 37 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und
2774 eine Aufstockung des Förderprogramms auf jeweils 1,1 Milliarden Euro in den Jahren 2016
2775 und 2017 bestätigen, dass Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg ist.

2776

2777 Die öffentliche Hand muss sich wieder als mächtiger Spieler auf dem Wohnungsmarkt
2778 positionieren. Gerade auf den angespannten Wohnungsmärkten, wo das Marktversagen
2779 immer deutlicher wird, müssen sozial orientierte Akteure der Wohnungswirtschaft gestärkt
2780 und motiviert werden. Damit neue Wohnungen gebaut werden können, erwarten wir von
2781 den Kommunen, die zeitlichen Vorgaben für Baugenehmigungen in der Landesbauordnung
2782 einzuhalten.

2783

2784 Der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen braucht faire Regeln für faire Mieten. Die
2785 *Mietpreisbremse* ist hier ein erster Schritt. Mit dem *Wohnungsaufsichtsgesetz* haben wir
2786 darüber hinaus ein gutes Instrument geschaffen, das eindeutige Mindeststandards für
2787 Wohnqualität festlegt und damit der Verwahrlosung von Mietimmobilien entgegenwirken
2788 soll.

2789

2790 Nicht jeder Flächenverbrauch ist auch Flächenverschwendung. Und nicht jede unbebaute
2791 Fläche ist ein Wert an sich. Im Zweifelsfall haben gute und bezahlbare Wohnungen für uns
2792 Priorität. Vorzug genießt dabei die Innenverdichtung. Insbesondere das Rheinische Revier
2793 bietet hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten für neuen, modernen und bezahlbaren
2794 Wohnraum.

2795

2796 Wir werden deshalb:

- 2797 • **Den Neubau von Wohnungen von jährlich 50.000 auf 80.000 steigern.** Hierzu werden
2798 wir die erforderlichen Rahmenbedingungen setzen und das auf Landesebene erfolgreiche
2799 *Bündnis für Wohnen* auf regionaler Ebene fortsetzen. Insbesondere bei der
2800 Flächenentwicklung macht die regionale Zusammenarbeit Sinn. Unsere schon laufenden
2801 Aktivitäten zur Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit für die Entwicklung
2802 umweltfreundlich erschlossener neuer Wohnstandorte in Stadt und Region, in denen

2803 auch neue Arbeitsstätten und attraktive Infrastrukturen für Junge und Seniorinnen und
2804 Senioren bereit stehen, werden wir fortführen und erweitern. Unsere
2805 Landesgesellschaften sowie *NRW.Urban* und die *NRW.Bank* werden weitere
2806 Unterstützungsangebote für die Städte bereitstellen. Vorbild ist das neue Programm zur
2807 sozialen Baulandentwicklung, welches seit kurzem attraktive Standortentwicklung
2808 ermöglicht. Wir wollen zudem prüfen, ob und wie eine Erhöhung der Grundsteuer auf
2809 unbebaute Grundstücke in den Städten gegenüber der auf bebauten Grundstücken
2810 sowie die Einführung eines ermäßigten Steuersatzes für sozial geförderten
2811 Mietwohnungsbau bei der Grunderwerbsteuer für zusätzliche Anreize beim
2812 Wohnungsbau sorgen können.

2813 • **Sanierung und Modernisierung verstärkt fördern.** Wir wollen Hilfen geben, um dort zu
2814 sanieren und zu modernisieren, wo Leerstände und auch Mängel an der Infrastruktur ein
2815 Leben in intakten Nachbarschaften beeinträchtigen. Das *Wohnungsaufsichtsgesetz*
2816 werden wir auch zu diesem Zwecke evaluieren und, wenn nötig, verschärfen.

2817 • **Für die Bezahlbarkeit von Mieten sorgen.** Ausnahmen von der Mietpreisbremse müssen
2818 überprüft und dort, wo notwendig, abgeschafft werden. Wir setzen uns außerdem für
2819 verbindliche und qualifizierte Mietspiegel ein: bundesweit für jede Kommune,
2820 unabhängig erhoben, nachvollziehbar und transparent.

2821 • **Den öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken.** Kommunale oder
2822 genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften werden wir so fördern, dass sie sowohl
2823 den Neubau als auch den Aufkauf und die Modernisierung bestehender Wohnungen
2824 finanzieren können. Die Privatisierung öffentlichen Wohnungseigentums lehnen wir ab.
2825 Im Gegenteil: Wir werden prüfen, wie eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
2826 überall dort tätig werden kann, wo kommunale Wohnungsgesellschaften noch fehlen. Im
2827 Bund setzen wir uns dafür ein, dass eine „neue Gemeinnützigkeit“ (u. a. Begrenzung von
2828 Gewinnausschüttungen) für den Wohnungsbau entwickelt wird. Wir verfolgen weiterhin
2829 das Ziel gemischter Quartiere und werden das Entstehen neuer Ghettos vermeiden.

2830 • **Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren optimieren.** Die Bauleitplanung muss weiter
2831 auf die Erstellung von Wohnraum ausgerichtet und die technischen Voraussetzungen für
2832 die elektronische Abwicklung von Baugenehmigungsanträgen geschaffen bzw. verbessert
2833 werden. Im Rahmen der *Digitalisierungsoffensive* des Landes werden wir die
2834 flächendeckende Digitalisierung der Baugenehmigungsverfahren in den Kommunen des
2835 Landes bis 2020 unterstützen. Wir sorgen zudem für die Umsetzung des neuen
2836 Baurechtstyps *Urbanes Mischgebiet* und werden den Kommunen die Möglichkeit
2837 einräumen, Ausgeviertel mit veränderten Nachtruhezeiten festzulegen. Auf der
2838 kommunalen Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die vom Bund beschlossenen
2839 *Änderungen des Baugesetzbuches* zum Anlass genommen werden, einen
2840 Baulandflächenkataster unter Einbeziehung der neuen Lärmgrenzwerte zu erarbeiten.

2841 **8.3 Wir stärken die ländlichen Räume.**

2842 Die Vielfalt von Nordrhein-Westfalen wird besonders deutlich in seinen ganz
2843 unterschiedlichen Regionen. Neben der Metropolregion an Rhein und Ruhr nimmt der
2844 ländliche Raum rund zwei Drittel der Landesfläche ein. Er ist Lebens- und Wirtschaftsraum
2845 für rund sechs Millionen Menschen und zugleich als Freizeit- und Erholungsregion vor der
2846 Haustür ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität bei uns in NRW. Und als Tourismusland
2847 setzt NRW besonders auf die vielfältigen Naturräume. Fast unbemerkt hat sich in den letzten
2848 beiden Jahrzehnten auch hier ein strukturpolitisch gravierender Prozess vollzogen: Die
2849 sogenannten ländlichen Räume haben sich zu starken Produktionsregionen entwickelt. Im
2850 Umfeld vieler großer Städte sind zugleich eigene wirtschaftlich prosperierende
2851 Stadtregionen und stadtrregionale Verbindungen entstanden. Die Digitalisierung wird auch
2852 die räumlichen Beziehungen von Regionen und Städten maßgeblich beeinflussen und mit
2853 dem Breitbandausbau ihre Wirkung voll entfalten. Diese Entwicklung stellt auch die Politik
2854 vor neue Herausforderungen.

2855
2856 Die Entwicklung des ländlichen Raums, im Zusammenspiel mit der Metropolregion Rhein-
2857 Ruhr, ist entscheidend für die Zukunft von NRW. Unsere Politik für den ländlichen Raum
2858 orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen, die hier gerne leben, und der
2859 Unternehmen, die hier erfolgreich produzieren. Fragen des demografischen Wandels, der
2860 Infrastruktur – sei es im Verkehr oder beim Breitbandausbau –, der Attraktivität für Familien
2861 und für junge, gut ausgebildete Facharbeiter stehen für die Stärkung der ländlichen
2862 Regionen ganz oben auf der Tagesordnung. Mit dem *Schulkonsens* haben wir die Möglichkeit
2863 eröffnet, kleine Grundschulen und eine weiterführende Schule in Form der Sekundarschule
2864 am Ort zu erhalten. Unsere Fachkräfteinitiative spricht konkret junge Menschen für die
2865 hochqualifizierten Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe an.

2866 Zuwanderer können einen Beitrag leisten, um die Attraktivität ländlicher Regionen zu
2867 steigern. Sie entschärfen die Folgen des demografischen Wandels: Familien mit Kindern
2868 verjüngen die Bevölkerung und stabilisieren lokale Strukturen. Schulen finden neue Schüler,
2869 Vereine und Kirchen gewinnen neue Mitglieder. Leerstände können vermieden oder
2870 abgebaut werden.

2871
2872 Mit dem Instrument des Regionalmanagements lassen sich regionale Entwicklungsprozesse
2873 initiieren und querschnittsorientiert umsetzen. Regionalmanagement verbessert die Chance,
2874 Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Kooperationen auf regionaler Ebene und zwischen
2875 den Städten im ländlichen Raum und ihrem Umland sind der Schlüssel für eine
2876 zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume. Von regionaler Zusammenarbeit
2877 profitieren die Kommunen vor Ort und das Land gleichermaßen. Wir werden diese
2878 Kooperationen nachhaltig unterstützen.

2879 Wir werden deshalb:

- 2880 • **Die öffentliche Daseinsvorsorge im ländlichen Raum stärken.** Eine ressortübergreifende
2881 Strategie ist die Grundlage für die umfassende und nachhaltige Stärkung der öffentlichen
2882 Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Wir wollen sie gemeinsam mit Vertreterinnen und
2883 Vertretern aus Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft aus dem ländlichen Raum
2884 erarbeiten. In Gemeinden des ländlichen Raumes ohne verlässlichen ÖPNV wollen wir
2885 schon jetzt modellhaft die Vernetzung des Alternativangebots aus Anruf-Sammel-Taxen,
2886 Taxibussen, gemeinnützigen Bürgerbussen oder Carsharing-Angeboten über das Internet
2887 fördern. Damit bauen wir alternative Bedienverkehre aus und schaffen neue Mobilität.
2888 Das Modell des Bürgerbusses in NRW ist bereits bundesweites Vorbild, daran werden wir
2889 anknüpfen.
- 2890 • **Die Infrastruktur im ländlichen Raum ausbauen.** Mit unserer Breitbandstrategie sorgen
2891 wir für eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur auch im ländlichen Raum. Wir
2892 werden zudem ein *Wirtschaftsprogramm ländlicher Raum* erarbeiten und umsetzen, das
2893 den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Arbeits- und Ausbildungsplätzen fördert.
- 2894 • **Kulturlandschaften bewahren.** Wir sorgen dafür, dass die Landschaftsplanung auf
2895 regionaler und lokaler Ebene die Bewahrung der Kulturlandschaften als zentrale Aufgabe
2896 wahrnimmt. In der Agrarpolitik werden wir die Leistungen der Landwirtschaft zur
2897 Erhaltung der Kulturlandschaft fördern und so die Artenvielfalt schützen.
- 2898 • **Den spezifischen Herausforderungen von Integration im ländlichen Raum gerecht**
2899 **werden.** Wir werden die Kommunen im ländlichen Raum dabei unterstützen, die
2900 Integrationspolitik mit den zentralen kommunalen Handlungsfeldern wie Arbeitsmarkt,
2901 Bildung, Wohnen, Engagement und politischer Teilhabe zu verzahnen.
- 2902 • **Die Voraussetzungen für eine prosperierende Entwicklung schaffen.** Schnellstmöglich
2903 werden wir deshalb flächendeckend „Dienstleistungszentren Ländlicher Raum“ als
2904 Instrument des Regionalmanagements etablieren.

2905

2906 **8.4 Wir machen NRW mobil.**

2907 Nordrhein-Westfalen ist die Region Europas mit dem dichtesten Verkehrsnetz. Straßen und
2908 Schienen verbinden einen Ballungsraum, in dem 29 der 77 Großstädte Deutschlands liegen.
2909 Bei uns sind in der morgendlichen Rushhour mehr Pendler auf den Hauptverbindungen
2910 unterwegs, als andere Bundesländer Einwohner haben.

2911

2912 Natürlich besteht in einem solchen Verkehrsnetz, das Millionen Menschen miteinander
2913 verbindet, ständiger Sanierungs-, Erweiterungs- und Änderungsbedarf. Hinzu kommt, dass es
2914 neue Erfordernisse an eine moderne Infrastruktur gibt. E-Mobilität (Batterie und
2915 Brennstoffzelle), passgenaue, rückstandslos verbrennende Treibstoffe und damit
2916 schadstofffreie Verbrennungsmotoren sowie teilautonome bis hin zu autonomen
2917 Fahrzeugen werden die Mobilität der Zukunft nachhaltig verändern. NRW ist das

2918 Bundesland, das diese Herausforderung aufgrund seiner exzellenten Forschungslandschaft
2919 beispielhaft bewältigen kann.

2920

2921 Unser Ziel ist, die Staus auf den Straßen zu reduzieren und die Städte lebenswerter zu
2922 machen. Hierzu wollen wir das Straßennetz in Ordnung bringen und gleichzeitig mehr
2923 Menschen motivieren, auf andere attraktive Verkehrsmittel jenseits des eigenen PKWs
2924 umzusteigen. Auf die differenzierter werdenden Mobilitätsbedürfnisse wollen wir mit einem
2925 flexiblen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf Schiene und Straße antworten.
2926 Herzstück des Öffentlichen Personennahverkehrs in NRW ist der *Rhein-Ruhr-Express (RRX)*.
2927 Er wird künftig die Städte des Ballungsraums Rhein-Ruhr im 15-Minuten-Takt miteinander
2928 verbinden und über seine Zuführungsachsen das ganze Land erschließen.

2929

2930 Unser Land Nordrhein-Westfalen verfügt über ein Radverkehrsnetz von 14.200 km Länge.
2931 Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad. Das wollen wir weiter fördern. Unser Ziel ist ein
2932 flächendeckendes Radwegenetz in allen Großstädten in NRW. Das ermöglicht eine zugleich
2933 umweltverträgliche wie gesundheitsfördernde Nahmobilität. Mit dem *Zukunftsnetz*
2934 *Mobilität*, dem schon 100 Kommunen in NRW angehören, haben wir bundesweit neue
2935 Standards für die Verkehrswende hin zu stadtverträglicher und umweltfreundlicher Mobilität
2936 gesetzt. *Die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte AGFS* ist
2937 bundesweit Vorbild für die Förderung von Fuß- und Radverkehr.

2938

2939 Wir werden deshalb:

2940 • **Eine klare landeseinheitliche Tarifstruktur bei Bussen und Bahnen umsetzen.** Ein
2941 insbesondere für Pendler attraktiver Bus- und Bahnverkehr hängt wesentlich von einer
2942 klaren und preiswerten Tarifstruktur ab. Wir werden dafür sorgen, dass der Tarifwarr
2943 der unterschiedlichen Verkehrsverbünde beendet und durch landeseinheitliche Tarife
2944 ersetzt wird. Damit ist der Weg frei für *verbundübergreifende Job-Tickets* und ein
2945 *landesweites NRW-Ticket*. Um Pendler für den Umstieg auf Busse und Bahnen zu
2946 gewinnen und die Ballungsräume zu entlasten, werden wir eine steuerliche Befreiung der
2947 Job-Tickets vorantreiben.

2948 • **Parallel dazu individuelle Mobilität in den Mittelpunkt stellen.** Eine *App der Mobilität*
2949 *für NRW* soll künftig Informieren, Buchen und Bezahlen aus einer Hand ermöglichen
2950 sowie alle öffentlichen und privaten Verkehrsträger und Mobilitätsangebote digital
2951 vernetzen. Das Internet der Mobilität erfasst in Echtzeit die Auslastung von Autobahnen,
2952 Straßen oder Bahnen. Es berechnet und prognostiziert den schnellsten Weg und die
2953 optimale Verknüpfung von Transportmitteln und regelt über ein einheitliches E-Ticket-
2954 System sowie die Integration von privaten und gemeinnützigen Mobilitätsangeboten
2955 (wie Carsharing, Bürgerbusse, etc.) die Mobilität auch praktisch. Wir werden zudem
2956 Modellprojekte zur Verknüpfung von ÖPNV, Carsharing und Fahrrädern über zentrale
2957 Mobilitätsstationen fördern.

- 2958 • **Barrierefreiheit und Abgasreduzierung beim ÖPNV umsetzen.** Zum Ausbau
2959 barrierefreier Angebote des ÖPNV werden wir unsere Förderprogramme
2960 weiterentwickeln und mit der Umsetzung des *Bahnsteighöhen- und Längenkonzepts* die
2961 Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten für alle mobilitäts-beeinträchtigten Menschen weiter
2962 verbessern. Wir werden zudem verstärkte Anreize für die Beschaffung von abgasarmen
2963 und -freien Bussen für die Innenstädte der Ballungsräume setzen.
- 2964 • **Den Radverkehr stärken.** Mit sechs Radschnellwegen eröffnen wir neue Möglichkeiten
2965 für den Berufs- und Nahverkehr. Über 250 Kilometer sind in NRW bereits in Planung. Den
2966 *Radschnellweg Ruhr* werden wir rasch fertig stellen. Wir wollen mehr Radwege in
2967 innerstädtischen und stadtverbindenden Grünzügen fördern und die Erschließung von
2968 Gewerbegebieten für Pendlerinnen und Pendler mit Radschnellwegen vorantreiben. Das
2969 Fahrrad als Transportmittel für Gewerbetreibende hat Zukunft. Vorbilder wie das City-
2970 Logistik-Projekt von UPS in Herne wollen wir auch in anderen Städten etablieren.
- 2971 • **E-Mobilität weiter fördern.** Wir werden unsere Angebote für Mobilitätsdienstleistungen
2972 ausbauen. Dazu gehören Mobilstationen, die Unterstützung betrieblichen
2973 Mobilitätsmanagements, die Unterstützung der Kommunen zur Erarbeitung von
2974 Mobilitätsmanagementkonzepten, die eine Nutzung des Fahrrads erleichtern und mehr
2975 Platz für lebenswerte innerstädtische Freiräume schaffen.

2976

2977 **8.5 Wir stehen für eine vielfältige Kulturlandschaft.**

2978 Nordrhein-Westfalen verfügt über eine weltweit einzigartige, attraktive, aktive, innovative
2979 und spannende Kulturlandschaft. Nordrhein-Westfalen weist enorme Spitzenqualität und
2980 vielfältige Breitenangebote auf und verfügt über eine Spannweite von Weltkultur bis hin zur
2981 intensiven Laienkultur.

2982

2983 Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für wenige sein. Sie sind ein Angebot für alle Bürgerinnen
2984 und Bürger, unabhängig ihrer Herkunft, sozialen Situation und Bildungsvoraussetzungen. Wir
2985 wollen ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot zu erschwinglichen Preisen und mit
2986 niedrigen Zugangsschwellen für alle Menschen erreichen.

2987

2988 Die kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft ist Realität. Wir fördern den Dialog der Kulturen
2989 auch als Beitrag zur sozialen Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer
2990 Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung. NRW ist und bleibt mit uns
2991 wesentliche Impulsgeber bei der *Kulturellen Bildung*, der Integration und Inklusion.

2992 Die Kultur des Landes ist eine wichtige Aufgabe von Land und Kommunen, bei der alle ihre
2993 Verantwortung wahrnehmen und das Land sich in vielerlei Hinsicht beteiligt. Gemeinsam
2994 wird so kulturelle Vielfalt im urbanen und ländlichen Raum sowie in allen Landesteilen
2995 geschaffen. Handlungsleitend hierfür ist unser *Kulturgesetz*. Mit unserem *Kulturförderplan*
2996 für NRW werden wir diesen Weg fortschreiben. Wir setzen uns für den nachhaltigen Erhalt

2997 unserer Kultureinrichtungen ein. NRW ist und bleibt mit uns wesentlicher Impulsgeber bei
2998 der *Kulturellen Bildung*.

2999

3000 NRW ist auch ein Land der Künstlerinnen und Künstler. Gute Rahmenbedingungen für ihre
3001 Arbeit zu schaffen, ist ein wichtiges Ziel unserer Politik. Künstlerförderung ist eine
3002 wesentliche Voraussetzung, um ihre bedeutende Werkschaffung zu unterstützen und
3003 geeignete Rahmenbedingungen für ihre Präsentation zu ermöglichen.

3004

3005 Kulturpolitik und Kulturförderpolitik können bei der Bewältigung der Aufgaben im
3006 Zusammenhang mit Flüchtlingen und auch der Herausforderungen eines gemeinsamen, sich
3007 auf Werte gründenden, Europas nicht außen vor bleiben, sondern müssen auch Antworten
3008 auf diese Fragen entwickeln. Eine Kultur des Miteinanders bedarf der Künste und der
3009 kulturellen Einrichtungen.

3010

3011 Wir werden deshalb:

3012 • **Ein flächendeckendes kulturelles Angebot gewährleisten.** Wir werden weiterhin
3013 verlässlich über Landestheater und Landesorchester sowie die *Regionalförderung* ein
3014 flächendeckendes kulturelles Angebot in allen Landesteilen sicherstellen. Wir wollen
3015 auch die kommunalen Theater und Orchester besser absichern und den *Theater- und*
3016 *Orchesterpakt* erneuern.

3017 • **Kultur als Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger stärken.** Unsere zahlreichen
3018 Projekte der *Kulturellen Bildung*, wie den *Kulturrucksack* und *Jekits - Jedem Kind*
3019 *Instrumente, Tanzen, Singen* werden wir fortsetzen und, wo möglich, ausbauen. Auch die
3020 *Ruhrtriennale*, mit der wir jährlich eine weltweit beachtete Kunstpräsentation feiern,
3021 wird fortgeführt. Und wir werden uns weiter aktiv an der Realisierung des Pina-Bausch-
3022 Zentrums beteiligen, um den Ruf Nordrhein-Westfalens als herausragendes Tanz-Land zu
3023 festigen.

3024 • **Künstlerinnen und Künstler fördern.** Wir wollen die Spitzenkünstlerinnen und
3025 Spitzenkünstler aus NRW fördern und ihren Werken und ihrer Person einen
3026 angemessenen Rahmen schaffen. Die unterschiedlichen Angebote der
3027 Künstlerförderung, insbesondere für Nachwuchskünstlerinnen und -künstler, wie
3028 beispielsweise Preise, Stipendien, Residenzen, Zuschüsse zu Produktionsräumen oder
3029 Projekten, werden wir ausbauen und zu einem Programm zur individuellen
3030 Künstlerförderung bündeln.

3031 • **Integration durch Kultur fördern.** Wir werden Projekte und Ansätze in allen kulturellen
3032 Sparten stärker unterstützen, die der kulturellen Teilhabe und Einbindung von
3033 Geflüchteten und dem Schaffen von Orten der Gemeinschaft dienen.

3034 • **Die freie Szene, Nachwuchskünstlerinnen und -künstler und die soziokulturellen**
3035 **Zentren weiter unterstützen.** Neben Projekten gilt es, konzeptionelle Ansätze zu
3036 fördern, die auf eine nachhaltige Wirkung angelegt sind. Dazu gehören auch die Festivals

3037 und Veranstaltungen wie das *Theaterfestival Favoriten*. In Zusammenarbeit mit der
3038 Städtebauförderung werden wir Möglichkeitsräume für die freie Szene und für
3039 Nachwuchskünstler schaffen. Dadurch entstehen Arbeitsräume, die einen Beitrag zur
3040 Attraktivität von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf leisten. Darüber hinaus
3041 wollen wir damit verhindern, dass auch in den Ballungszentren mit steigenden Mieten
3042 Künstlerinnen und Künstler eine Zukunftsperspektive behalten.

3043 • **Bedeutende Jubiläen feiern.** Die zahlreichen Jubiläen und Gedenktage, die in die
3044 kommende Legislaturperiode fallen, werden wir mit eigenen Veranstaltungen und
3045 Projekten begleiten. Dazu gehören: im Jahr 2019 das *Bauhausjubiläum*, im Jahr 2020 das
3046 *250. Geburtsjahr Beethovens* sowie im Jahr 2021 der *100. Geburtstag des Künstlers*
3047 *Joseph Beuys*.

3048

3049 **8.6 Wir wollen ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot sichern.**

3050 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes und innovatives Medienland. Wir wollen einen guten
3051 Rahmen schaffen für ein vielfältiges und unabhängiges Medienangebot.

3052

3053 Unabhängiger Journalismus ist unverzichtbar für eine demokratische Gesellschaft.
3054 Journalistinnen und Journalisten muss es auch in Zukunft möglich sein, Fakten einzuordnen
3055 und durch Erklären aufzuklären. Gerade in unserer Zeit, die durch eine Flut von
3056 Informationen und vermeintlichen Informationen geprägt ist, ist es wichtig, dass sie diese
3057 Aufgabe erfüllen können. Unabhängige Medien sind hierfür die Basis.

3058

3059 Unsere Medienpolitik schafft die notwendigen Rahmenbedingungen, um die Vielfalt
3060 unabhängiger Medien zu sichern und Innovationen zu fördern. Mit der Initiative
3061 *Medienvielfalt NRW 4.0* soll sich eine Plattform wichtiger Medienakteure in und aus NRW
3062 etablieren, die wir unterstützen wollen. Dies gilt auch für die Initiative, die den *Netzkodex*
3063 gestaltet. Wir wollen damit den respektvollen Umgang miteinander im Internet fördern und
3064 Problemen wie „Hatespeech“ entschlossen entgegenreten.

3065

3066 Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir das vielfältige Medienkompetenzangebot
3067 weiter stärken. Hierzu zählt auch eine Weiterentwicklung des erfolgreichen *Medienpasses*.
3068 Besonderes Augenmerk richten wir in diesem Zusammenhang zudem auf bürgerschaftliches
3069 Engagement, sei es in den Bürgermedien oder bei Freifunk-Initiativen.

3070 Die *Film- und Medienstiftung NRW* arbeitet seit über 25 Jahren erfolgreich für NRW und hat
3071 wesentlich dazu beigetragen, den Medienstandort zu sichern und zu stärken. Unser Ziel sind
3072 faire und ausgewogene Vertragsbedingungen zwischen Sendern und den produzierenden
3073 Unternehmen.

3074

3075 In einer unübersichtlichen Welt gewinnt das Lokale immer mehr an Bedeutung. Von der
3076 Stiftung *Vor Ort NRW*, angesiedelt bei der Landesanstalt für Medien, sollen verstärkt

3077 wichtige Impulse zur lokalen Vielfaltssicherung ausgehen. Der NRW-Lokalfunk ist und bleibt
3078 unverzichtbar für lokale und regionale Informationen.

3079

3080 Mit dem WDR hat NRW die größte Landesrundfunkanstalt. Das neue *WDR-Gesetz* schafft die
3081 richtigen Rahmenbedingungen. Auch in Zukunft werden wir die Bestands- und
3082 Entwicklungsgarantie sichern, beispielsweise durch die aktive Mitwirkung Nordrhein-
3083 Westfalens in der *AG Auftrag und Strukturoptimierung der öffentlich-rechtlichen*
3084 *Rundfunkanstalten* auf Länderebene.

3085

3086 Um die mediale Vielfalt NRWs zu erhalten und unseren Unternehmen faire
3087 Wettbewerbsbedingungen zu verschaffen, bedarf es nicht zuletzt einer Anpassung des
3088 regulatorischen Rahmens an die digitale, konvergierte Medien- und Netzwelt. NRW ist
3089 Webvideoland Nr. 1. Deswegen werden wir neue Programme zur Unterstützung der Branche
3090 – mit der Branche – entwickeln. Das gilt auch für die *Games*.

3091

3092 Medien- und netzpolitische Themen verschmelzen immer mehr, das stellt auch
3093 Medienaufsicht vor neue Herausforderungen. So werden wir den möglichen
3094 Regulierungsbedarf für Intermediäre weiter bearbeiten und die Vielfaltssicherung in sozialen
3095 Netzwerken stärken. Die Störerhaftung lehnen wir weiterhin ab und setzen uns für
3096 Netzneutralität ein. Die Auswirkungen der Arbeit von Mediaagenturen auf das
3097 Mediensystem insgesamt und die Medienvielfalt werden wir kritisch betrachten.

3098

3099 Wir werden deshalb:

3100 • **Die Vielfalt des Medienangebots fördern.** Wir wollen eine Medienanstalt der Länder
3101 etablieren, um die Schnittstellen zum Wettbewerbsrecht, zur Bundesnetzagentur und zu
3102 den europäischen Institutionen effizient und effektiv zu organisieren. Die Bürgermedien
3103 werden wir stärken und ihre crossmediale Weiterentwicklung fördern. Zur Unterstützung
3104 der Stiftungsarbeit für Lokaljournalismus *Vor Ort NRW* wollen wir weitere Gesellschafter
3105 identifizieren. Das ehrenamtliche Engagement im binnenpluralen System, den Gremien
3106 des WDR und der Landesanstalt für Medien (LfM), werden wir weiter stärken und
3107 unterstützen.

3108 • **Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterentwickeln.** Wir setzen uns weiter dafür ein,
3109 dass öffentlich-rechtliche Fernsehangebote (Ausnahme Sport) werbefrei werden und
3110 bundesweit einheitliche Werberegelungen in Anlehnung an das WDR-Gesetz für alle
3111 öffentlich-rechtlichen Hörfunkangebote gelten. Dazu bedarf es einer auskömmlichen
3112 Beitragsfinanzierung. Wir unterstützen Kooperationen zwischen öffentlich-rechtlichem
3113 Rundfunk und privaten Medienhäusern.

3114 • **Das Film- und Medienland NRW gut positionieren.** Mit den Gesellschaftern der *Film-*
3115 *und Medienstiftung* und weiteren Akteuren werden wir prüfen, wie die erfolgreiche
3116 Arbeit in Zeiten der Konvergenz neu ausgerichtet werden kann. Die herausragenden
3117 Institutionen des *Grimme-Instituts* und des *Grimme-Forschungskollegs* wollen wir weiter

3118 fördern. Wir werden zudem prüfen, ob eine Restrukturierung der *Internationalen*
3119 *Filmschule* erforderlich ist, um ihre wichtige Arbeit langfristig zu sichern. Dies gilt auch
3120 für das *Mediengründerzentrum NRW*, das wir ebenfalls absichern wollen.

3121

3122 **8.7 Wir gestalten das Sportland NRW.**

3123 NRW ist ein Sportland. Millionen Menschen in unserem Bundesland sind in Vereinen und
3124 außerhalb sportlich aktiv. NRW bietet die beste Infrastruktur für sportliche Großereignisse.

3125

3126 Neben den jährlich wiederkehrenden Sportveranstaltungen wie den Gerry Weber Open,
3127 dem CHIO in Aachen oder den Bethel Athletics freuen wir uns 2017 besonders auf die 81.
3128 Eishockey-Weltmeisterschaft der Herren, die in Köln und Paris ausgetragen wird, die 62.
3129 Tischtennisweltmeisterschaft in Düsseldorf und auf den Grand Départ der Tour de France in
3130 Düsseldorf. Auch in den kommenden Jahren werden wir uns um vergleichbare
3131 Großveranstaltungen in NRW bemühen.

3132

3133 Sport ist gesund und trägt zur gesellschaftlichen Integration bei. Er lebt vom ehrenamtlichen
3134 Engagement unzähliger Menschen. Durch den mit dem Landessportbund geschlossenen
3135 *Pakt für den Sport* haben wir für den gemeinnützigen Sport in NRW finanzielle
3136 Planungssicherheit geschaffen.

3137

3138 Sport zählt zu den häufigsten und wichtigsten Freizeitaktivitäten von Kindern und
3139 Jugendlichen. Deshalb fördern wir den Sport in der Breite und in der Spitze. Denn der Sport
3140 wirkt weit über sich selbst hinaus. Er fördert soziale Beziehungen, Gesundheit, Bildung,
3141 Integration und Inklusion und ist somit für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert.
3142 Sport vermittelt Werte wie Solidarität, Respekt, Toleranz und Fairplay. Sport kann auch
3143 mithelfen, der gesellschaftlichen Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen entgegen zu
3144 wirken. Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schule ein
3145 abwechslungsreiches Angebot von Bewegung, Spiel und Sport anzubieten.

3146

3147 Das zunehmende Wissen um Lernprozesse und den Erwerb von Bildung belegen, dass Sport
3148 in informellen und non-formalen Zusammenhängen nicht nur eine sinnvolle
3149 Freizeitgestaltung ist, sondern auch erfolversprechende Lern- und Bildungspotenziale
3150 bietet. Dafür müssen auch Sportanlagen genutzt werden dürfen.

3151

3152 Der Leistungssport in NRW ist Weltklasse. Dies belegen nicht nur die Ergebnisse der
3153 Olympischen Spiele und der Paralympics im Jahr 2016. Inzwischen stellen wir knapp ein
3154 Drittel aller Athletinnen und Athleten im organisierten Leistungssport. Um die Leistungs- und
3155 Spitzensportförderung deutscher bzw. nordrhein-westfälischer Athletinnen und Athleten im
3156 internationalen Sport sicherzustellen, bedarf es einer systematischen und abgestimmten
3157 Planung und Maßnahmenumsetzung der Länder mit dem Bund und den
3158 Sportorganisationen. Diese Förderung ist untrennbar verbunden mit dem Bekenntnis zu

3159 einem doping-, manipulations-, korruptions- und gewaltfreien Sport. Dem Erfolg um jeden
3160 Preis erteilen wir eine klare Absage.

3161

3162 Wir werden deshalb:

- 3163 • **Den gemeinnützigen Sport fördern.** Durch die Fortschreibung des *Pakts für den Sport*
3164 werden wir dem gemeinnützigen Sport weiter finanzielle Planungssicherheit geben.
3165 Mit der Sportpauschale fördern wir weiterhin den allgemeinen Sportstättenbau in den
3166 Gemeinden. Unser Ziel bleibt es, die Sportstätteninfrastruktur zukunftsfest zu gestalten,
3167 damit der Sport seine gesundheits-, bildungs-, sozial- und freizeitpolitische Wirkung
3168 entfalten kann. Wir machen uns zudem für eine stärkere Berücksichtigung des Sports
3169 über den *Kinder- und Jugendförderplan (KJFP)* stark und treten dafür ein, dass
3170 Geräuscheinwirkungen von Kindern und Jugendlichen auf Sportanlagen toleranter
3171 begegnet wird. Dafür haben wir mit entsprechenden Klarstellungen
3172 (*Lärmschutzverordnung*) die Grundlage gelegt. Hauptamtliche Strukturen in den Stadt-
3173 und Kreissportbünden wollen wir stärken, damit ehrenamtliche Arbeit stärker im
3174 sportlichen Zusammenhang als im verwaltenden Bereich gelebt werden kann.
- 3175 • **Herausragende Sportereignisse in NRW unterstützen.** NRW verfügt über hervorragende
3176 Sportstätten für nationale und internationale Sportveranstaltungen und eine
3177 sportbegeisterte Bevölkerung. Deshalb werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass
3178 herausragende Sportereignisse in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Olympische und
3179 Paralympische Spiele in NRW sind eine faszinierende Vorstellung. Ein Olympia, das zu
3180 NRW passen würde, wäre ein bürgernahes, bodenständiges und ein ökologisches
3181 Olympia.
- 3182 • **Den Spitzensport in NRW fördern.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ressourcen
3183 des Fördersystems für den Spitzensport optimal aufeinander abgestimmt werden. Im
3184 Rahmen der Leistungssportreform wollen wir den Erhalt aller Olympiastützpunkte in
3185 NRW sichern und uns dafür einsetzen, dass die Ressourcen des Fördersystems für den
3186 Spitzensport optimal aufeinander abgestimmt werden.
- 3187 • **Die Inklusion im Sport vorantreiben.** Menschen mit Behinderungen sollen
3188 gleichberechtigt und barrierefrei am Sportleben teilhaben. Der gemeinsame Sport von
3189 Menschen mit und ohne Behinderung trägt dazu bei, Vorurteile abzubauen und
3190 Akzeptanz, Verständnis sowie Kooperation zu stärken und somit soziale Barrieren zu
3191 überwinden.
- 3192 • **Für Gute Arbeit auch im Sport sorgen.** Wir setzen uns für angemessene
3193 Arbeitsbedingungen etwa in Form von sicheren Arbeitsverträgen, angemessene
3194 Bezahlung, und einer langfristigen Einsatzplanung für unsere Trainerinnen und Trainer
3195 ein. Für diejenigen, die den Trainerberuf anstreben, benötigen wir adäquate Aus- und
3196 Weiterbildungsmöglichkeiten.

3197 **9. Wir treten für einen starken Staat und mehr Sicherheit in einer offenen**
3198 **Gesellschaft ein.**

3199 Nur ein starker, handlungsfähiger Staat kann Kriminalität und ihre gesellschaftlichen
3200 Ursachen wirksam bekämpfen. Wir stehen für einen offenen und sozialen Rechtsstaat, der
3201 Menschen vor Kriminalität schützt und Bürgerrechte achtet.

3202
3203 Mit vorbeugender Politik verhindern wir das Entstehen von Kriminalität. Diesen
3204 Präventionsansatz werden wir ausbauen. Wir stehen für eine leistungsfähige Justiz, die die
3205 Bürgerrechte im Blick hat. Und wir zeigen null Toleranz gegen Rechtsextremismus und
3206 Fremdenfeindlichkeit. Unser NRW ist weltoffen und tolerant.

3207
3208 Der Privat-vor-Staat-Ideologie von CDU und FDP (2005-2010) haben wir den starken,
3209 handlungsfähigen Rechtsstaat entgegengesetzt. Seit 2010 haben wir deshalb 30 Milliarden
3210 Euro für die Innere Sicherheit zur Verfügung gestellt. Mehr als 800 zusätzliche Polizistinnen
3211 und Polizisten auf der Straße, Präventionsprojekte gegen Rechtsextremismus und Salafismus
3212 mit bundesweitem Vorbildcharakter und ein besserer Opferschutz können daraus finanziert
3213 werden.

3214
3215 Zur inneren Sicherheit gehören auch eine gut ausgestattete Feuerwehr und Rettungskräfte.
3216 Wir haben deshalb die Ausgaben für Feuerschutz und Hilfeleistungen schrittweise erhöht –
3217 im Jahr 2016 um mehr als 10 Prozent gegenüber dem Jahr 2010. Dazu gehört auch eine
3218 stärkere Förderung der Freiwilligen Feuerwehr und des Katastrophenschutzes. Mit der
3219 Änderung des Rettungsdienstgesetzes stellen wir sicher, dass unsere Notfallsanitäterinnen
3220 und Notfallsanitäter für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet sind. Bis 2016
3221 konnten bereits 450 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

3222

3223 **9.1 Wir stärken die öffentliche Sicherheit.**

3224 Einen schwachen Staat können sich nur diejenigen leisten, die ihre Sicherheit privat
3225 finanzieren können. Wer dabei seine Freiheit gegen eine vermeintliche Sicherheit eintauscht,
3226 wird am Ende beides verlieren. Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die Sicherheit und
3227 Bürgerrechte vereinbart. Sicherheit steht im Dienste der Freiheit. Wir gehen entschlossen
3228 gegen Kriminelle vor und bekämpfen mit aller Macht die Ursachen der Kriminalität. Der
3229 konsequente Schutz der Bürgerrechte und die beschleunigte Bearbeitung von Strafverfahren
3230 sind dazu ebenso notwendig wie ein Ausbau der Jugendarbeit. Vor allem aber brauchen
3231 junge Menschen eine Ausbildungs- und Jobperspektive. Perspektivlosigkeit ist häufig der
3232 Nährboden für Radikalisierung und Kriminalität jeglicher Art.

3233

3234 Der Ausbreitung von organisierter Kriminalität, dem Anstieg von Einbrüchen und der
3235 wachsenden Bedrohung durch Extremisten begegnen wir durch Verstärkung der personellen
3236 und materiellen Ausstattung der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz. Die beste
3237 Art von Verbrechensbekämpfung und -vorbeugung gleichermaßen ist die Stärkung der

3238 polizeilichen Präsenz auf der Straße. Dafür benötigen wir gut ausgebildete Polizistinnen und
3239 Polizisten, die das geltende Recht durchsetzen können. Unser Leitbild ist klar: Vor Ort muss
3240 die Polizei präsent, sichtbar und ansprechbar sein. Das trägt auch zu einem verbesserten
3241 Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung bei.

3242
3243 Eine zunehmende Verrohung der Sprache, verbale Gewaltdrohungen bis hin zu Angriffen,
3244 Anschlägen und Mordversuchen – alles unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit –
3245 zeigen eine Radikalisierung im beängstigendem Ausmaß. Deshalb setzen wir uns für einen
3246 erneuerten gesellschaftlichen Konsens über das friedvolle Zusammenleben in einer
3247 demokratischen und offenen Gesellschaft ein. Wir brauchen auch vor diesem Hintergrund
3248 mehr Würdigung und Respekt für die Arbeit von Polizeibeamtinnen und -beamten sowie der
3249 Kräfte der Feuerwehr und der Rettungsdienste. Die Behinderung von Einsätzen,
3250 Schmähungen und Gewalt gegen Einsatzkräfte werden wir nicht dulden.

3251
3252 Mit der Erprobung von Bodycams für Polizeibeamte gehen wir einen ersten wichtigen
3253 Schritt. Mit der Einführung der Kennzeichnungspflicht für Bereitschaftspolizistinnen und -
3254 polizisten stärken wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizeikräfte.
3255 Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz werden wir nach der Neuregelung der
3256 gesetzlichen Grundlagen intensiv bei der Umsetzung begleiten und fördern.

3257
3258 Wir werden deshalb:

3259 • **Die Polizeipräsenz vor Ort erhöhen.** Insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten
3260 erhöhen wir die Präsenz der Polizei und bauen die Kriminalitätsbekämpfung in den
3261 Kreispolizeibehörden und im Landeskriminalamt (LKA) weiter personell aus. Dazu zählt
3262 auch, den aktuellen Entwicklungen entsprechend ein stärkeres Augenmerk auf die
3263 Bekämpfung von Kriminalitätsformen innerhalb des Internet sowie auf die Möglichkeiten
3264 der digitalen Fahndung zu richten. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hängt ganz
3265 wesentlich von der Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der Polizei vor Ort ab. Deshalb
3266 werden wir die Polizeipräsenz in unseren Quartieren erhöhen, indem wir die Zahl der
3267 Bezirksbeamten verdoppeln und mit einer Verlagerung von Verwaltungsaufgaben mehr
3268 Vollzugsbeamte auf die Straße bringen. Die hohen jährlichen Einstellungszahlen bei
3269 Polizei und Justiz werden wir verstetigen: Jedes Jahr werden mindestens 2.000
3270 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter neu eingestellt und die Polizeistärke auf etwa
3271 41.000 Beamtinnen und Beamte angehoben.

3272 • **Die Maßnahmen der Terrorabwehr weiter stärken.** Mit allen Mitteln der Polizei, des
3273 Staats- und Verfassungsschutzes werden wir die Maßnahmen gegen Gewalt und Terror
3274 verstärken. Flankierend dazu müssen auch die Aufklärung von und Prävention gegen
3275 politischen Extremismus – wie gewaltbereiten Salafismus und anderen Formen des
3276 Extremismus – weiter intensiviert werden.

3277 • **Dafür sorgen, dass die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt.** Das Prinzip von besonders
3278 beschleunigten Strafverfahren muss gerade in Bezug auf Jugendliche und junge

- 3279 Erwachsene konsequent umgesetzt werden. Dafür bedarf es einer engen Abstimmung
3280 zwischen den Ermittlungsbehörden und der Justiz. Die Strafe, z. B. bei
3281 Taschendiebstählen, folgt der Tat auf dem Fuße. Urteile sind innerhalb einer Woche
3282 möglich. Die Abschreckung dieser beschleunigten Verfahren ist hoch. Die Konzeption
3283 weiterer *Häuser des Jugendrechts* für Intensivtäter werden wir fördern und unterstützen.
- 3284 • **Für eine bürgernahe und effektive Polizeiarbeit sorgen.** Der Bericht der
3285 Expertenkommission *Bürgernahe Polizei – Den demografischen Wandel gestalten* aus
3286 dem Jahr 2015 kommt zu dem Ergebnis, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen in ihren
3287 Strukturen generell gut aufgestellt ist. Gleichwohl werden wir die Empfehlungen der
3288 Kommission zum Anlass nehmen, weitere Maßnahmen zur Optimierung umzusetzen.
3289 Dazu zählt, Polizeivollzugskräfte von solchen Aufgaben zu entlasten, die nicht polizeiliche
3290 Kernaufgaben sind, sowie die Organisationsabläufe innerhalb und zwischen den
3291 Polizeibehörden effizienter zu gestalten. Ebenso werden wir darauf hinwirken, dass die
3292 Einsatzunterstützung in anderen Bundesländern auf das notwendige Maß beschränkt
3293 wird. Die technische Ausstattung der Polizei werden wir weiter verbessern und dem
3294 technischen Fortschritt und aktuellen Entwicklungen der Polizeieinsatztaktik
3295 entsprechend anpassen. So sorgen wir unter anderem dafür, dass die gegenwärtig
3296 getestete Ausstattung von Einsatzfahrzeugen mit mobilen Datenverarbeitungsgeräten
3297 (Tablets) flächendeckend eingeführt wird.
- 3298 • **Konsequent gegen Hass und Extremismus vorgehen.** Unsere Anstrengungen gegen
3299 politische und religiöse Extremisten werden wir ausbauen und den Kampf gegen
3300 Hasskriminalität und rassistische Volksverhetzung verstärken.
- 3301 • **Gewalt gegen Frauen verhindern.** Wir werden insbesondere bei Großveranstaltungen
3302 besondere Gefährdungslagen für Frauen als Teil der Einsatzstrategie berücksichtigen. Ein
3303 erfolgreiches Beispiel gab es bereits durch die gemeinsame Einrichtung von *Security*
3304 *Points* im Karneval.
- 3305 • **Für mehr Respekt eintreten.** Den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes muss mehr
3306 Respekt entgegen gebracht werden. Dafür werden wir weitere geeignete Maßnahmen
3307 zum Schutz der Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie den
3308 Beschäftigten in den übrigen Bereichen des Öffentlichen Dienstes identifizieren und
3309 umsetzen.
- 3310 • **Die Freiwillige Feuerwehr stärken.** Die Rahmenbedingungen für die Mitglieder der
3311 Freiwilligen Feuerwehr wollen wir weiter verbessern und dafür sorgen, dass die
3312 Ergebnisse aus dem von uns geförderten und gemeinsam mit dem Verband der
3313 Feuerwehren (VDF) durchgeführten Projekt *FeuerwEhrensache* umgesetzt werden. Unter
3314 anderem setzen wir uns dafür ein, dass mehr Frauen sowie Migrantinnen und Migranten
3315 für die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr gewonnen werden und der Personalkörper
3316 der Freiwilligen Feuerwehr insgesamt ausgebaut und verjüngt wird.
- 3317 • **Das Zusammenspiel der Behörden effizienter gestalten.** Wir wollen für eine verbesserte
3318 Zusammenarbeit zwischen kommunalen Ordnungsbehörden und Sicherheitsbehörden

3319 sorgen. Dazu werden wir die Vernetzung, Koordinierung und Kooperation mit den
3320 Sicherheitspartnern ausbauen. Gerade kommunale Ordnungspartnerschaften spielen
3321 dabei eine entscheidende Rolle. Die kommunalpräventiven Räte wollen wir auch für
3322 Sozialverbände und Migrantenselbstorganisationen öffnen.

3323 • **Mit baulichen Maßnahmen Wohnungseinbrüchen vorbeugen.** Wir streben eine
3324 freiwillige Selbstverpflichtung mit der Wohnungs- und Bauwirtschaft zum Einbau von
3325 Türen und Fenstern mit höherer Schutzklasse an, um erfolgreich Einbrüche zu
3326 verhindern. Nachbarstaaten verzeichnen Erfolge mit erhöhten Anforderungen an die
3327 Schutzklasse. Ziel ist der verpflichtende Einbau bei Neu- und Umbauten. Für die
3328 Nachrüstung von Bestandsbauten legen wir ein Förderprogramm für Wohnungs- und
3329 Hauseigentümer sowie für Mieter auf.

3330 • **Angsträume beseitigen und Nachbarschaften stärken.** Um das Sicherheitsempfinden der
3331 Menschen zu verbessern und Angsträumen den Schrecken zu nehmen, werden wir ein
3332 jährliches Förderprogramm für die Kommunen zur Beseitigung von Angsträumen
3333 auflegen (*1.000 helle Plätze*). Gemeinsam mit den Kommunen starten wir eine Initiative
3334 zur Stärkung der Nachbarschaften im Kampf gegen Verwahrlosung und Kriminalität
3335 (*sicher, sauber, schön*).

3336

3337 **9.2 Wir werden aktiv, bevor etwas passiert.**

3338 Insbesondere beim Engagement gegen Jugendkriminalität und bei der Bekämpfung von
3339 religiösem wie politischem Extremismus spielt die Prävention eine immer wichtigere Rolle.
3340 Wir wollen Kriminalität und kriminellen Karrieren ihren Nährboden entziehen.

3341

3342 Das Schaffen von Perspektiven durch die Beseitigung von Armut, die Eröffnung von
3343 Bildungsmöglichkeiten und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist dafür die
3344 Basis. Mit unseren NRW-Initiativen *Kurve kriegen* und *klarkommen! Chancen bieten durch*
3345 *Prävention vor Ort* fördern wir wichtige Vorbeugungsmaßnahmen zur Vermeidung von
3346 Jugendkriminalität. Unser Programm *Wegweiser – Präventionsprogramm gegen*
3347 *gewaltbereiten Salafismus* sowie das *Integrierte Handlungskonzept gegen*
3348 *Rechtsextremismus und Rassismus* bekämpfen verfassungsfeindliche Einstellungen in einem
3349 frühen Stadium.

3350

3351 Auch bei der Verhinderung von Einbruchsdiebstählen verfehlt Prävention ihre Wirkung nicht.
3352 Unser Programm *Riegel vor! Sicher ist sicherer.* gegen Wohnungseinbrüche sensibilisiert die
3353 Bürgerinnen und Bürger für Gefahren und zeigt ihnen konkrete Vorbeugungsmaßnahmen
3354 auf.

3355

3356 Wir werden deshalb:

3357 • **Unsere Präventionsprogramme fortsetzen und ausbauen.** Die landesweite Vernetzung
3358 der erfolgreichen dezentralen *Wegweiser*-Strukturen zur Bekämpfung des Salafismus

3359 werden wir vorantreiben. Die Aufklärungs- und Ausstiegsarbeit durch den
3360 Verfassungsschutz im Bereich des Rechtsextremismus muss ausgebaut werden. Um
3361 weitere Ansätze von Deradikalisierung und neue Ansätze für Präventionsmaßnahmen zu
3362 entwickeln, wollen wir auch die interdisziplinäre Extremismusforschung und Konflikt-
3363 und Gewaltforschung intensiver und dauerhaft fördern.

3364 • **Die Kooperation unterschiedlicher Akteure verbessern.** Wir wollen effektive und
3365 ganzheitliche Kooperationen unter Mitwirkung aller beteiligten öffentlichen Behörden
3366 und Einrichtungen (Schule, Kommune, Polizei, Verfassungsschutz etc.) aufbauen und
3367 Fallkonferenzen vor Ort etablieren. Auch die Zusammenarbeit mit Akteuren der
3368 Zivilgesellschaft werden wir wie beim Projekt *Heroes* verstärken.

3369 • **Junge Menschen gezielt ansprechen und sensibilisieren.** Wir wissen, dass gerade junge
3370 Menschen anfällig sind für die perfiden Anwerbeversuche extremistischer
3371 Propagandamaschinen. Um diese Hauptzielgruppe für die Vorgehensweisen und
3372 Maschen der Extremisten zu sensibilisieren, werden wir das Projekt *Extrem daneben*
3373 auflegen. Ziel des Projektes ist es, alle Schülerinnen und Schüler der 10. und 11. Klassen
3374 in NRW zu erreichen. Begleitet werden sollen die Veranstaltungen von Vertretern des
3375 Verfassungsschutzes, von Persönlichkeiten aus der Internet-Szene und von Betroffenen
3376 selbst, die aus erster Hand ihre Erfahrungen mit dem Extremismus schildern.

3377 • **Rechtsextremismus konsequent bekämpfen.** Wir wollen insbesondere die Kommunen
3378 befähigen, ihr Engagement zusammen mit der Zivilgesellschaft auszubauen, um der
3379 Entstehung und Verfestigung von rassistischen und rechtsextremistischen Einstellungen
3380 in der Gesellschaft entgegenzutreten. Unser erfolgreiches Pilotprojekt soll daher auf das
3381 gesamte Land ausgeweitet werden.

3382

3383 **9.3 Wir setzen auf die Stärke des Rechts und stärken den Verbraucherschutz.**

3384 Unsere Rechtspolitik ist Vorkämpfer für Freiheits- und Bürgerrechte. Wir setzen auf die
3385 Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren. Eine verlässliche und effektive Justiz ist
3386 Grundlage dafür.

3387

3388 Auf NRW ist Verlass, wenn es darum geht, die liberalen Bürgerrechte gegen Eingriffe zu
3389 schützen. Und wir wissen: Der Zugang zum Recht darf nicht vom Geldbeutel oder dem
3390 Bildungsstand abhängen.

3391

3392 Wir haben den Verbraucherschutz gestärkt. Mit fünf neuen Beratungsstellen für die
3393 *Verbraucherzentrale* haben wir das flächendeckende Angebot systematisch landesweit
3394 ausgebaut. Kein anderes Bundesland unterstützt diesen Bereich finanziell so stark wie
3395 Nordrhein-Westfalen. Wir sind überzeugt, dass Verbraucherberatung verstärkt zu den
3396 Menschen kommen muss.

3397

3398 Wir führen die Justiz in NRW in die digitale Zukunft. Unser Recht darf sich auch der digitalen
3399 Zukunft nicht verschließen, wir brauchen auch im Zivilrecht ein digitales Update. Auch bei
3400 Facebook, Instagram und Co gibt es derzeit immer noch mehr Rechtsfragen als Antworten:
3401 Wie kann der Einzelne zum Beispiel die Löschung eines Fotos in den sozialen Netzwerken
3402 erreichen? Wem gehören die Einträge in den Netzwerken? Die Digitalisierung unserer
3403 Gesellschaft wird auch in die letzte Hochburg der Papierakte Einzug halten.

3404
3405 Dabei steht für uns der Mensch im Mittelpunkt. Die 129 Amtsgerichte in NRW sind nicht nur
3406 der erste Anlaufpunkt für Fragen rund ums Recht, sondern auch in vielen Gemeinden ein Ort
3407 der Identifikation. Daran werden wir festhalten. Denn das Recht muss jeden erreichen, aber
3408 auch für jeden erreichbar sein.

3409
3410 Es ist einer der größten Rechtsirrtümer in Deutschland zu glauben, dass Eheleute sich im
3411 Ernstfall gegenseitig vertreten dürfen. Das kann der Ehepartner nicht, denn nach geltendem
3412 Recht muss dann das Amtsgericht einen Betreuer bestellen. Wir sind der Überzeugung: Der
3413 Ehe- oder Lebenspartner sollte am besten die Wünsche und Entscheidungen der Betroffenen
3414 kennen. Deshalb setzen wir uns für ein *gesetzliches Vertretungsrecht des Ehe- bzw.*
3415 *Lebenspartners* ein.

3416
3417 Wir streiten weiter dafür, dass auch große Unternehmen und Konzerne die geltenden Regeln
3418 nicht umgehen dürfen. Über 50 Prozent der Schäden, die durch Straftaten entstehen, sind
3419 Folgen von Wirtschaftskriminalität. Verstöße von Unternehmen dürfen daher nicht wie
3420 „Knöllchen“ geahndet werden. Gerade in Zeiten weltweit handelnder Konzerne müssen wir
3421 bei der Bekämpfung von Kriminalität auch die Möglichkeit schaffen, nicht nur einzelne
3422 Mitarbeiter herauszugreifen, sondern das Unternehmen selbst auf die Anklagebank zu
3423 setzen. Deshalb setzen wir uns beständig für ein *eigenständiges Wirtschaftsstrafrecht* ein.

3424
3425 Für all das haben wir in den vergangenen sechs Jahren bereits eine gute Grundlage gelegt
3426 und rund 1.800 neue Stellen in der Justiz und im Vollzug eingerichtet. Wir behalten die
3427 Belastung und Laufzeiten in der Justiz auch weiterhin im Auge. Im Strafvollzug in NRW
3428 werden wir die Anstaltsgebäude weiter modernisieren und setzen auf gut ausgebildete
3429 Beschäftigte. Nur wenn wir beides haben, kann der Vollzug unsere wichtigste Aufgabe
3430 erfolgreich erfüllen: Gefangene bereit zu machen für ein straffreies Leben. Das gelingt nur
3431 mit einem immer umfassenderem Bildungs-, Ausbildungs- und Therapieangebot. Die
3432 Grundlage dafür haben wir mit unseren modernen Vollzugsgesetzen gelegt.

3433
3434 Wir werden deshalb:

- 3435 • **Den Rahmen für eine bürgerfreundliche Justiz schaffen.** Wir werden uns für die
3436 *schrittweise Einführung eines freiwilligen Widerspruchsverfahrens* einsetzen. Es soll
3437 Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, belastende Verwaltungsakte noch
3438 einmal durch die Verwaltung kostenfrei überprüfen zu lassen, ohne dass dies zu einem
3439 Verstreichen der Klagefrist führt. Wir wollen auch die Einführung der elektronischen Akte

3440 und des *elektronischen Rechtsverkehrs* auf ganz NRW ausweiten und gemeinsam mit den
3441 Beschäftigten in der Justiz über die neuen Anforderungen einer digitalen
3442 Justizverwaltung sprechen. Dabei muss es auch darum gehen, bestehende Berufsbilder
3443 weiterzuentwickeln. Öffentliche Beratungsstellen sollen zukünftig in NRW eine
3444 Lotsenfunktion erfüllen und Menschen bei komplizierten rechtlichen Fragen an
3445 kompetente Ansprechstellen vermitteln.

3446 • **Den Verbraucherschutz stärken.** Die Verbraucherberatung bietet vor Ort
3447 niedrigschwellige und unabhängige Beratung, Informationen und Bildungsangebote an.
3448 Wir wollen auch die Verbraucher erreichen, die bislang nur schwer den Zugang zur
3449 Verbraucherberatung finden. Dabei wollen wir die Verbraucherarbeit und die
3450 Quartiersentwicklung stärker miteinander verbinden. Die Vereinbarung zwischen der
3451 Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Verbraucherzentrale NRW e.V. werden
3452 wir auch über das Jahr 2020 hinaus fortführen. Für Menschen mit einer Behinderung
3453 wollen wir den Alltag mit einer gezielten Verbraucherberatung erleichtern. Mit dem
3454 koordinierenden Programm *Gesunde Ernährung* im Bereich des Verbraucherschutzes
3455 werden wir die unterschiedlichen Projekte der Landesregierung zusammenführen und
3456 mit einheitlichen Zielen versehen. Im Bund setzen wir uns dafür ein, dass neue
3457 Geschäftsmodelle, wie Streaming-Dienste oder Cloud Computing, nicht durch lange und
3458 unverständliche Geschäftsbedingungen einseitig zu Lasten der Verbraucher geregelt
3459 werden.

3460 • **Die Schuldnerberatung intensivieren.** Wir setzen uns dafür ein, dass sich auch die Privat-
3461 und Genossenschaftsbanken an der Finanzierung der Schuldner- und
3462 Verbraucherinsolvenzberatung beteiligen. Wir werden zudem für eine
3463 Zusammenführung von Insolvenz- und Schuldnerberatung sorgen. Mit der
3464 Zusammenlegung und der Erhöhung der Mittel werden wir der veränderten
3465 Lebensrealität besser gerecht und beseitigen die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen
3466 Insolvenz- und Schuldnerberatung. Im Ergebnis erreichen wir eine effektivere, am Bedarf
3467 des Schuldners angepasste Hilfe.

3468 • **Aus NRW heraus Initiativen für eine moderne Rechtspolitik ergreifen.** Wir wollen aus
3469 einem Rechtsirrtum endlich Rechtswirklichkeit machen und setzen uns dafür ein, dass
3470 Ehepartner ein gesetzliches Vertretungsrecht für den Betreuungsfall haben.
3471 Unsere Initiative für ein *modernes Unternehmensstrafrecht* bleibt auf der Tagesordnung.
3472 Wir werden es im Bund durchsetzen und machen uns dafür stark, dass Whistleblower,
3473 die Schaden von der Allgemeinheit abwenden oder durch ihre Veröffentlichungen
3474 demokratische und freiheitsrechtliche Interessen schützen, gesetzlichen Schutz erhalten.
3475 Mit einem *neuen nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetz* werden wir das
3476 Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zeitgemäß ausgestalten.

3477 • **Einen zeitgemäßen Strafvollzug umsetzen.** Mit unserem *Strafvollzugsmodernisierungs-*
3478 *programm* sorgen wir für die Modernisierung der Anstaltsgebäude in NRW. Wir werden
3479 ausreichend personelle und sonstige Ressourcen bereitstellen, um bei Verurteilungen zu

3480 Strafen, die zur Bewährung ausgesetzt sind, die Verhängung von spürbaren Auflagen und
3481 damit gleichzeitig eine engmaschige Betreuung und Beratung sicherzustellen.
3482 Radikalisierungstendenzen im Vollzug werden wir entschieden entgegnetreten. Dazu
3483 werden wir neben Fortbildungsangeboten für die Vollzugsbediensteten ein Netzwerk mit
3484 anderen Akteuren, wie dem Verfassungsschutz, aber auch zivilgesellschaftlichen
3485 Akteuren schaffen, um eine Radikalisierung von Gefangenen möglichst gar nicht erst
3486 entstehen zu lassen.

3487

3488 **9.4 Wir stehen auf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus.**

3489 Nordrhein-Westfalen lebt Vielfalt in guter demokratischer Tradition. Ein tolerantes und
3490 solidarisches Miteinander ist die Grundlage für Zusammenhalt. Wir wollen diese Haltung
3491 insbesondere an die nächsten Generationen weitertragen. In der Demokratieerziehung
3492 leisten die Landeszentrale für politische Bildung, Schulen, Hochschulen,
3493 Bildungseinrichtungen, die außerschulische Jugendarbeit, Vereine und Verbände einen
3494 wichtigen Beitrag, um insbesondere junge Menschen für unsere Demokratie zu gewinnen.

3495

3496 Angesichts der aktuellen Herausforderung der Integration von Flüchtlingen, erbringen die
3497 Einrichtungen politischer Bildung aktuell auch einen bedeutenden Beitrag bei der
3498 Vermittlung demokratischer Werte und Prozesse an Geflüchtete.

3499

3500 Mit unserem umfassenden Handlungsprogramm fördern wir strukturiert die Arbeit gegen
3501 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Die Ausweitung der
3502 Förderung kommunaler Initiativen gehört genauso dazu wie die Stärkung der
3503 Opferberatungsstellen Rheinland und Westfalen, der fünf Mobilen Beratungen sowie des
3504 Ausstiegsprogramms *NINA NRW* und des Verfassungsschutzes.

3505

3506 Wir werden deshalb:

3507 • **Die politische Bildungsarbeit stärken.** Die Landeszentrale für politische Bildung wollen
3508 wir aufwerten und mit einem Kuratorium öffnen. Wir handeln nach dem Prinzip
3509 *Politische Bildung für alle*. Gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische
3510 Partizipation hängen zusammen. Deshalb werden wir neue Formate der Ansprache in der
3511 politischen Bildung entwickeln und dort ansetzen, wo die Menschen sind, nämlich im
3512 Quartier. Wir setzen verstärkt auf aufsuchende politische Bildung, die
3513 sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt.

3514 • **Die Erinnerungskultur fördern.** Wir wollen die Erinnerungskultur stärken und angesichts
3515 immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten. Wir werden den Rahmen
3516 schaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälischer Schüler und jede
3517 nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer
3518 des Nationalsozialismus zu besuchen.

3519 • **Rechtsextremismus mit einem Gesamtansatz bekämpfen.** An unser integriertes
3520 *Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus* werden wir anknüpfen und es anhand einer
3521 Evaluation im engen Austausch sowohl mit den staatlichen als auch mit den
3522 zivilgesellschaftlichen Akteuren fortschreiben.

3523

3524 **9.5 Wir stehen für religiöse Toleranz und Vielfalt**

3525 Die Menschen in NRW zeichnen sich durch eine große Vielfalt aus: Kulturell, weltanschaulich
3526 und religiös. Erfolgreich haben wir in einem gemeinsamen Kraftakt aller im Landtag
3527 vertretenen Fraktionen die Anerkennung von Körperschaftsrechten für Religions- und
3528 Weltanschauungsgemeinschaften auf eine neue verlässliche rechtliche Grundlage gestellt.

3529

3530 Die christlichen Kirchen sind für uns beständiger Partner zur Ausgestaltung einer gerechten
3531 Gesellschaft. Wir sind dankbar dafür, dass jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen heute
3532 wieder zu einem selbstverständlichen Bestandteil unsers Landes gehört. Mit den jüdischen
3533 Gemeinschaften in NRW stehen wir im engen Dialog. Jüdisches Leben sicher gestalten und
3534 jüdischen Glauben sicher ausüben zu können, muss in Nordrhein-Westfalen gewährleistet
3535 bleiben. Diese Sicherheit ist staatliche Aufgabe.

3536

3537 Der islamische Glauben mit seinen mittlerweile rund 1,5 Millionen Musliminnen und
3538 Muslime unterschiedlicher Herkunft und religiöser Prägung gehört zu Nordrhein-Westfalen.
3539 Gelingende Integration setzt einen konstanten Dialog voraus. Mit der Einführung des
3540 islamischen Religionsunterrichtes an nordrhein-westfälischen Schulen sind wir
3541 vorangegangen. Wir werden weiter daran arbeiten, dass die bis Mitte 2019 gültige
3542 Beiratslösung eine gute Anschlussregelung findet.

3543

3544 Unser gesellschaftliches Leben wird durch Verbände und Einrichtungen der Kirchen,
3545 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bereichert und gestärkt. Wir brauchen den
3546 intensiven Austausch mit ihnen, um gemeinsame Herausforderungen der Zukunft
3547 anzugehen. Die Religionsfreiheit – und damit auch die Freiheit, keiner Religion anzuhängen –
3548 ist ein hohes Gut. Wir dulden aber keinen Missbrauch. Religiös begründete Haltungen dürfen
3549 nicht als Vorwand dienen, Menschenrechte und Demokratie auszuhebeln. Religiösem
3550 Fundamentalismus, der sich über unsere freiheitlich demokratische Grundordnung erhebt,
3551 treten wir genauso entschieden entgegen, wie rassistischen, antisemitischen oder
3552 islamfeindlichen Angriffen.

3553

3554 Wir werden deshalb:

- 3555 • **Den Austausch mit Kirchen und jüdischen Gemeinden fortsetzen.** Den intensiven
3556 Dialog mit den christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden werden wir
3557 fortsetzen und das gute Miteinander ausbauen.
- 3558 • **Den Dialog mit den islamischen Verbänden weiterführen.** Das von uns angestoßene
3559 *Dialog.Forum.Islam* werden wir fortsetzen und den mit unterschiedlichen islamischen

3560 Verbänden begonnenen Dialog zur Anerkennung als islamische
3561 Religionsgemeinschaften weiterführen.
3562 • **Das Lutherjahr feiern.** In diesem Jahr feiern die Evangelischen Landeskirchen 500
3563 Jahre Reformation. Die Reformation hat unser Land über Jahrhunderte mit geprägt.
3564 Das Lutherjahr ist deshalb ein wichtiger Anlass, sich an dieses Fundament unseres
3565 Gemeinwesens zu erinnern.

ENTWURF

3566 **IV. NRW: VERLÄSSLICH KURS HALTEN!**

3567 Die Welt ist in einer Zeit großen Wandels, mit tiefgreifenden Konsequenzen auch für unser
3568 Land. Die Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte immer Verantwortung übernommen, um
3569 Wandel aktiv zu gestalten. Sie ist die verlässliche politische Kraft in Nordrhein-Westfalen.

3570
3571 Mit uns bleibt Nordrhein-Westfalen für die Menschen auch in Zukunft ein Ort, an dem
3572 Berechenbarkeit und Verlässlichkeit das politische und gesellschaftliche Leben bestimmen.
3573 So gewinnt NRW Mut und Zuversicht in die Gestaltbarkeit der Dinge.

3574 Mit uns wird sich Nordrhein-Westfalen in der Mitte Europas nicht abschotten, sondern
3575 Motor des europäischen Gedankens bleiben. Wir sind überzeugt: Es lohnt, sich für Europa zu
3576 engagieren.

3577
3578 Je enger die Welt zusammenrückt, desto nötiger ist die Europäische Union. Zur Gestaltung
3579 der Globalisierung brauchen wir ein geeintes, friedliches und wirtschaftlich starkes Europa.
3580 Gerade als überzeugte Europäerinnen und Europäer erwarten wir, dass Europa seine
3581 Verantwortung bei der Bewältigung der aktuellen Krisen wahrnimmt. Neue Strahlkraft wird
3582 Europa nur gewinnen, wenn es einen wirksamen Beitrag zur Regulierung der globalen
3583 Wirtschaft, vor allem der globalen Finanzmärkte, leistet. Im alltäglichen Leben der Menschen
3584 muss es stärker als Treiber für Zukunftschancen, soziale Gerechtigkeit und neue
3585 Lebensqualität erfahrbar werden. Was NRW dazu beitragen kann, wird es leisten.

3586
3587 In vielen Regionen der Welt sind Armut und Hunger, Krieg und Vertreibung an der
3588 Tagesordnung, werden Menschenrechte mit Füßen getreten und demokratische Initiativen
3589 im Keim erstickt. Von einer gerechten Verteilung von Wohlstand und Lebensperspektiven
3590 sind wir noch weit entfernt. Die reichen Länder des Nordens stehen in der Verantwortung,
3591 auch hier eine wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Mit
3592 uns hat die internationale Entwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht nur große
3593 Tradition. Sie hat auch eine gute Zukunft.

3594
3595 Auch in unserem Land geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.
3596 Wir finden uns damit nicht ab, denn wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wenn eine
3597 Gesellschaft zusammenhalten soll, dann muss es gerecht zugehen, dann müssen die
3598 stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren, dann muss die soziale Mitte Luft zur
3599 Entwicklung haben und darf nicht weiterhin immer stärker zur Finanzierung der öffentlichen
3600 Haushalte herangezogen werden.

3601
3602 Deswegen haben wir die NRW-Familien von Studien- und Kitagebühren in Höhe von 400
3603 Millionen Euro jährlich entlastet. Deswegen setzen wir uns für eine gerechte *Steuerreform*
3604 und die Wiedereinführung der *Vermögenssteuer* im Bund ein. Deswegen haben wir den
3605 Kampf gegen Steuerhinterziehung und die Steuertricksereien der Konzerne aufgenommen.

3606

3607 Mit Erfolg: Unter der Führung Nordrhein-Westfalens ist die Amnestie für deutsche
3608 Steuerhinterzieher in der Schweiz verhindert worden. Wir haben damit deutlich gemacht:
3609 Der ehrliche Steuerzahler darf nicht hinterher der Dumme sein. Durch die Beschaffung von
3610 Steuer-CDs und die auf rund 23.000 angestiegene Zahl der Selbstanzeigen hat das Land
3611 seitdem Mehreinnahmen von schätzungsweise rund 2,3 Milliarden Euro erreicht. Und wir
3612 haben den Weg geebnet für ein transparentes und gerechtes EU-Abkommen mit der
3613 Schweiz. Kein anderes Bundesland kann einen derartigen internationalen Erfolg vorweisen.
3614 Der Kampf gegen die Steuerkriminalität und für mehr Steuergerechtigkeit bleibt ein
3615 Markenzeichen unserer Politik.

3616

3617 In Nordrhein-Westfalen haben wir gezeigt, wie man einen Haushalt konsolidiert, ohne
3618 Sozialabbau zu betreiben oder Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Der Erfolg: Erstmals
3619 seit dem Jahr 1973 kommt NRW in 2016 ohne neue Kredite aus. Im Gegenteil - das Land
3620 konnte einen Überschuss über 200 Millionen Euro erwirtschaften.

3621 Schon heute ist klar: Wir werden die Schuldenbremse einhalten. Die „Schwarze Null“ ist für
3622 uns aber kein Selbstzweck. Sie ist die Wegmarke einer nachhaltigen und verlässlichen
3623 Investitionsstrategie – einer Strategie für eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik, für
3624 Integration und Inklusion, für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke
3625 Wirtschaft. Auch hier halten wir verlässlich Kurs.

3626

3627 **10. Wir stehen für stabile Finanzen.**

3628 Wir stehen für eine kluge Finanzpolitik, die für Investitionen sorgt, den Haushalt konsolidiert
3629 und sich für mehr Steuergerechtigkeit einsetzt. Durch solide Landesfinanzen erhalten wir
3630 den Spielraum für Zukunftsinvestitionen und bauen ihn aus. Als guter Arbeitgeber wollen wir
3631 den Öffentlichen Dienst weiter gemeinsam mit den Beschäftigten modernisieren. Wir
3632 brauchen mehr Steuergerechtigkeit: Wir werden Steuerhinterziehung weiter konsequent
3633 bekämpfen. Und wir sind weiterhin der Auffassung, dass Megaeinkommen und
3634 Megavermögen stärker zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen beitragen müssen.

3635

3636 Damit knüpfen wir an unsere Politik der letzten Jahre an: Mit verantwortungsvoller
3637 Haushaltspolitik haben wir die Neuverschuldung im Landeshaushalt in den letzten Jahren
3638 kontinuierlich abgesenkt. 2016 kam der Landeshaushalt erstmalig seit 1973 ohne die
3639 Aufnahme neuer Kredite auf. Die Absenkung der Neuverschuldung auf Null im vergangenen
3640 Jahr war möglich, ohne wichtige Zukunftsinvestitionen in Kinder, Bildung und Kommunen zu
3641 vernachlässigen. Selbst die erheblichen finanziellen Aufwendungen für die Unterbringung
3642 und Integration von Flüchtlingen waren zu schultern, ohne unseren Konsolidierungspfad zu
3643 verlassen.

3644

3645 Wir haben für mehr Steuergerechtigkeit gesorgt. Es ist der Verdienst unserer
3646 sozialdemokratischen Politik in NRW, dass Steuerschlupflöcher geschlossen wurden und
3647 Steuerhinterziehung endlich wirksam bekämpft wird.

3648 Zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik gehört eine faire Verteilung aller Finanzmittel.
3649 Wir haben uns deshalb für die Neuregelung des *Länderfinanzausgleiches* starkgemacht. Wir
3650 wollen, dass mehr von der Finanzkraft des Landes auch dem Land zugutekommt. Durch die
3651 Neureglung des Länderfinanzausgleichs und die damit verbundene Abschaffung des
3652 Umsatzsteuervorwegausgleichs stehen NRW ab 2020 rund 1,4 Milliarden Euro mehr für
3653 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und andere wichtige Vorhaben zur Verfügung. Unser
3654 Einsatz hat sich gelohnt: Ob beim neuen Bundesverkehrswegeplan oder beim Hochschulbau,
3655 der Forschungsförderung oder bei den Regionalisierungsmitteln – NRW erhält nun seinen
3656 gerechten Anteil bei den Investitions- und Fördermitteln.

3657

3658 **10.1 Unser Dreiklang gilt: Zukunftsinvestitionen, Haushaltskonsolidierung und** 3659 **Einnahmeverbesserungen.**

3660 Wir werden die Haushaltskonsolidierung fortführen und weiterhin die notwendigen
3661 Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt tätigen. Mit unserer Finanzplanung für
3662 die nächsten Jahre haben wir erneut unter Beweis gestellt, dass Haushaltskonsolidierung
3663 und Zukunftsinvestitionen kein Widerspruch sein müssen.

3664

3665 Mit dem Programm *Gute Schule 2020* haben wir zusammen mit der *NRW.Bank* ein Zwei-
3666 Milliarden-Euro-Paket entwickelt, um marode kommunale Schulgebäude zu sanieren.
3667 Gleichzeitig werden wir 2020 verbindlich die Schuldenbremse einhalten. Wir sparen dort, wo
3668 es maß- und sinnvoll ist. Die Schuldenbremse darf aber nicht dazu führen, notwendige
3669 Investitionen abzuwürgen.

3670

3671 Unsere landeseigenen Betriebe leisten eine wichtige Arbeit für das Land. Sie verwalten und
3672 bewirtschaften große Teile unseres Landeseigentums. Wir sind auf dem Weg den *Bau- und*
3673 *Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW* fit für die Zukunft zu machen: Seit 2010 schreibt er
3674 kein Defizit mehr. Durch Neueinstellungen haben wir dafür gesorgt, dass erforderliche
3675 Baumaßnahmen schnell umgesetzt werden.

3676

3677 Wir stehen für Gute Arbeit auch in unseren landeseigenen Betrieben und Gesellschaften. Die
3678 Interessen der Beschäftigten werden wir auch bei Organisationsveränderungen
3679 berücksichtigen.

3680

3681 Wir wissen um die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur für unser Land, für die Menschen,
3682 die hier leben, und für die Wertschöpfung in unseren Betrieben und unserer Industrie. Für
3683 Erhalt und Ausbau der Infrastruktur müssen wir neue Wege beschreiten, weil wir nicht
3684 dauerhaft „auf Verschleiß“ fahren wollen. Wenn es volkswirtschaftlich und projektbezogen
3685 wirtschaftlich ist, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, anstatt weiter zu „flickschustern“,
3686 müssen Projekte auch außerhalb des Landeshaushalts über innovative Fonds- und
3687 Finanzierungsmodelle realisierbar gemacht werden. Lebenszyklusorientierung und
3688 Wirtschaftlichkeit müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

3689 Unsere Sparkassen sind ein Erfolgsmodell. Wir wollen sie weiter stärken. Eine Privatisierung
3690 des Sparkassensektors kommt für uns nicht in Frage. Durch die anhaltende Niedrigzinsphase
3691 und immer höhere Regulierungsanforderungen vom Bund und der EU ist ihr Geschäft
3692 schwieriger geworden. Trotzdem bleiben die Filialdichte und die Kundennähe ein
3693 Markenkern der Sparkassen.

3694

3695 Von den Abgaben auf legale Glücksspielangebote finanzieren wir wichtige soziale Projekte.
3696 Vor dem Hintergrund, dass die Einnahmen aus dem staatlichen Glücksspiel schwanken,
3697 haben wir die Weitergabe der Mittel an die Destinatäre aus Sport, Kultur, Denkmalschutz,
3698 gemeinnützigen Verbänden und Vereinen und karitativen Organisationen auf eine
3699 verlässliche Grundlage gestellt. Wir werden uns auch weiterhin für eine höhere
3700 Planungssicherheit und eine Verstetigung der Erträge einsetzen. Auf dem Gebiet des
3701 Glücksspiels fühlen wir uns im besonderen Maße der Suchtprävention, dem Jugendschutz
3702 sowie der Kriminalitätsbekämpfung verpflichtet. Zu verantwortungsvollem Glücksspiel
3703 gehört für uns auch die Einführung einer zentralen staatlichen und spielformübergreifenden
3704 Sperrdatei im Sinne des Spielerschutzes.

3705

3706 Wir werden deshalb:

3707 • **Den Landeshaushalt weiter konsolidieren.** Wir werden unseren Konsolidierungspfad
3708 einhalten, ohne dabei Investitionen unterlassen. Wir sorgen dabei auch dafür, dass mit
3709 Blick auf den allen Ländern ab dem Jahre 2020 zugesagten Umsatzsteuerfestbetrag eine
3710 Fortschreibung der *Entflechtungsmittel* in der entsprechenden Höhe aus Landesmitteln
3711 erfolgt.

3712 • **Für mehr Transparenz sorgen.** Für uns ist klar: Der Haushalt muss insgesamt
3713 transparenter werden. Wir wollen die Reform des *Haushalts- und Rechnungswesens*
3714 *EPOS* nutzen, um für stärkere Transparenz des Haushalts zu sorgen.

3715 • **Für Gute Arbeit sorgen.** Wir werden prüfen, ob es in unseren Landesbetrieben bei der
3716 Durchsetzung des Prinzips der Guten Arbeit Verbesserungsbedarf gibt.

3717 • **Unsere Sparkassen stärken.** Wir setzen uns auf allen Ebenen für den Erhalt unserer
3718 Sparkassen ein. Gleichzeitig werden wir die Sparkassenverbände dazu drängen, ihre
3719 Empfehlungen für die Gehälter und die Altersvorsorge marktgerecht anzupassen.
3720 Vorstände haften schon heute bei entsprechenden Fehlleistungen.

3721 • **Das Lotteriemonopol erhalten und illegales Glücksspiel konsequent bekämpfen.** Dazu
3722 gehört, dass wir den Empfängern weiterhin Planungssicherheit ermöglichen und im Sinne
3723 eines verantwortungsvollen Glücksspiels eine zentrale, staatliche und
3724 spielformübergreifende Sperrdatei im Sinne des Spielerschutzes einführen.

3725 **10.2 Wir stehen für einen modernen und attraktiven Öffentlichen Dienst.**

3726 Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst leisten eine unverzichtbare Arbeit für unser Land.
3727 Sie verdienen Anerkennung für ihren kompetenten und motivierten Einsatz. Die
3728 Landesbediensteten haben gleichzeitig in der Vergangenheit einen großen und spürbaren
3729 Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet.

3730

3731 Mit den *Dienstrechtsmodernisierungen* der letzten Jahre haben wir die Grundlage dafür
3732 gelegt, dass der Öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt ist. Die Reform des
3733 *Landespersonalvertretungsgesetzes* sichert wichtige Mitsprache- und
3734 Mitentscheidungsrechte. Der Öffentliche Dienst hat jedoch in einigen Bereichen
3735 Schwierigkeiten, genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

3736

3737 Gut ausgebildete und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für ein
3738 gerechtes Bildungssystem. Das muss sich auch bei der Bezahlung von Lehrkräften
3739 widerspiegeln. Für uns gilt der Grundsatz: gleiche Ausbildung, gleiche Eingangsbedingungen
3740 bei der Besoldung, gleiche Arbeitsbedingungen in der Schule. Zu einer gerechten Entlohnung
3741 gehört auch, die Übernahme von besonderer Verantwortung zu honorieren.

3742

3743 Wir werden deshalb:

3744 • **Das Besoldungs- und Versorgungsrecht weiterentwickeln.** Gemeinsam mit den
3745 Gewerkschaften werden wir darüber beraten, wie das bestehende System des
3746 Besoldungs- und Versorgungsrechts flexibler, transparenter und leistungsorientierter
3747 gestaltet werden kann.

3748 • **Eine Reform der Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern auf den Weg bringen.**
3749 Gemeinsam mit den Vertretern der Lehrerschaft werden wir eine Lösung für eine
3750 gerechte Eingangsbesoldung aller Lehrkräfte, die nach dem neuen
3751 Lehrerausbildungsgesetz gleich ausgebildet wurden, erarbeiten. Wir werden zudem den
3752 Erlass, der die Arbeit der Werkstattlehrerinnen und Werkstattlehrer an Berufskollegs
3753 regelt, weiterentwickeln und ein Beförderungsamtsamt für sie schaffen.

3754 • **Selbstständigkeit der Schulen fördern und Leitungsaufgaben leistungsgerecht vergüten.**
3755 Damit einhergehend wollen wir Schulaufsicht auf das notwendige Maß reduzieren und
3756 dort freiwerdende Ressourcen vor Ort einsetzen.

3757

3758 **10.3 Wir sind der Anwalt für Steuergerechtigkeit in unserem Land.**

3759 Steuergerechtigkeit ist ein Markenzeichen unserer Finanzpolitik. Wir werden deshalb weiter
3760 Treiber für die Bundesebene sein, wenn es darum geht, Modelle der Steuerhinterziehung
3761 und -umgehung zu unterbinden.

3762

3763 Und wir stehen für ein gerechtes Steuersystem mit einer bürgerfreundlichen
3764 Finanzverwaltung. Die Steuerhoheit der Gemeinden steht für uns nicht infrage. Es darf aber

3765 nicht sein, dass Firmen und Betriebe durch geschickte Ausgestaltung hierdurch Steuern
3766 sparen, die dann am eigentlichen Betriebsort fehlen.

3767

3768 Steuerpolitik ist für uns kein Selbstzweck, sie dient der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.
3769 Der Investitionsstau ist auch in NRW enorm. Deutschland besteuert Vermögen
3770 unterdurchschnittlich. Für uns gilt: Es kann nicht sein, dass Kapital in Deutschland niedriger
3771 besteuert wird als Arbeit.

3772

3773 Wir werden deshalb:

3774 • **Uns für eine gerechte Verteilung der Steuerlast einsetzen.** Unser Ziel ist es, kleine und
3775 mittlere Einkommen möglichst zielgenau zu entlasten. Dabei gilt es zu beachten, dass
3776 nicht auch hohe und höchste Einkommen gleichzeitig aufgrund der Systematik der
3777 Einkommenssteuer ein Vielfaches dessen an Steuerermäßigung erhalten. Deshalb bedarf
3778 es eines neuen Einkommensteuertarifs. Außerdem sollten Haushalte mit Kindern und
3779 Alleinerziehende besonders entlastet werden. Durch einen konsequenten Kampf gegen
3780 Steuerhinterziehung und -vermeidung können wir diese Steuerentlastungen
3781 gegenfinanzieren.

3782 • **Steuerhinterziehung und -umgehung bekämpfen.** Den eingeschlagenen Weg der
3783 Modernisierung der Finanzverwaltung werden wir fortsetzen und dabei insbesondere die
3784 Betriebsprüfung und Steuerfahndung stärken. Auf europäischer Ebene machen wir uns
3785 für eine Austrocknung von Steueroasen inner- und außerhalb der EU sowie eine
3786 Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir drängen auf die schnelle
3787 Umsetzung der völkerrechtlichen Vereinbarungen gegen aggressive Steuergestaltung
3788 internationaler Konzerne in nationales Recht, um die Gewinnverlagerung und
3789 Steuerumgehung durch Großunternehmen zu verhindern. Für den Übergangszeitraum
3790 benötigen wir adäquate nationale Maßnahmen zur Verhinderung solcher
3791 Steuerumgehungspraktiken. Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei
3792 Betriebs- und Steuerprüfungen ein, die sich an NRW orientieren, wie für eine
3793 Verhinderung der Umgehung der Grunderwerbssteuer im großen Stil durch Verkäufe von
3794 Grundstücken als Teil von Unternehmensverkäufen. Was für den kleinen Haus- oder
3795 Wohnungskäufer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlaufen
3796 werden.

3797 • **Uns dafür einsetzen, dass Megaeinkommen und Megavermögen stärker zur**
3798 **Finanzierung von Zukunftsinvestitionen beitragen.** Wir machen uns weiterhin für eine
3799 verfassungsfeste Vermögensteuer stark. Der gefundene Kompromiss zur Erbschaftsteuer
3800 ist für uns nicht zufriedenstellend. Gleichzeitig machen wir uns für die *Abschaffung der*
3801 *Abgeltungssteuer* und für die *Einführung einer Finanztransaktionssteuer* stark, die
3802 spekulative Finanzgeschäfte besteuert. Es kann nicht sein, dass für Güter des täglichen
3803 Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen ist, für spekulative Finanzgeschäfte jedoch nicht.

3804 • **Erben zu ihrem Recht verhelfen.** Wir wollen ihnen dabei helfen herauszufinden, auf
3805 welchen Bankkonten das Geld ihrer verstorbenen Angehörigen liegt. Geld, das

3806 nachrichtenlos auf Konten von Banken und Kreditinstituten liegt, weil es in Vergessenheit
3807 geraten ist, wird auf Dauer den Berechtigten, aber auch dem Wertschöpfungskreislauf
3808 entzogen. Hier streben wir eine bundeseinheitliche Lösung an.

3809

3810 **11. Wir sind in Europa und der Einen Welt Zuhause.**

3811 Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Europa hat uns nicht schwächer, sondern stärker
3812 gemacht. NRW liegt im Herzen Europas mit engen wirtschaftlichen Verflechtungen,
3813 insbesondere zu den angrenzenden europäischen Ländern. Die europäische Integration
3814 sichert den Frieden, fördert den Austausch und bringt uns wirtschaftliche Prosperität.
3815 Deshalb machen wir uns für Europa stark. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
3816 wollen, dass es auch weltweit gerecht zugeht. Als eine der größten Wirtschaftsregionen
3817 Europas und der Welt tragen auch wir dafür Verantwortung. Wir wollen deshalb unseren Teil
3818 dazu beitragen, die Globalisierung gerechter zu gestalten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
3819 Wir wollen gute Nachbarn sein, die keine Angst vor Europäischer Integration und globaler
3820 Vernetzung haben, sondern den Mut, sie sozial, demokratisch und solidarisch zu gestalten.

3821

3822 Deshalb haben wir unter anderem unsere *Benelux-Strategie*, gemeinsam mit den
3823 Nachbarländern, auf eine neue Grundlage gestellt. Wir haben in NRW für Europa geworben
3824 und uns in Brüssel für die nordrhein-westfälischen Interessen eingesetzt. Mit dem *Tariftreue-*
3825 *und Vergabegesetz* haben wir die Einhaltung des Fairen Handels gesetzlich in NRW
3826 verankert. Und mit unserer *Eine-Welt-Strategie* haben wir unseren Anspruch unterstrichen,
3827 die treibende Kraft unter den Bundesländern zu sein, wenn es um den Kampf für globale
3828 Solidarität, den Kampf gegen Armut und für eine nachhaltige Entwicklung geht.

3829

3830 **11.1 Wir sind gute Nachbarn in einem starken Europa.**

3831 Europa befindet sich nach der Finanzmarktkrise, nach der Flüchtlingskrise und dem Brexit in
3832 einer seiner härtesten Bewährungsproben. Wir halten an seiner Grundidee fest. Auch unter
3833 den geänderten Vorzeichen bedeutet Europa weiterhin Frieden und Prosperität. Gerade
3834 Nordrhein-Westfalen profitiert heute unverändert stark vom europäischen
3835 Integrationsprozess.

3836

3837 Das vereinte Europa ist Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Deshalb wollen wir
3838 einen Neustart in Europa. Europa muss sich der Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit endlich
3839 annehmen und die Instrumente bekommen, um Steuervermeidung und Steuerbetrug
3840 effektiv zu bekämpfen. Im europäischen Binnenmarkt darf nicht allein der Wettbewerb das
3841 Maß aller Dinge sein. Arbeitnehmerrechte und soziale Standards müssen gleichrangig
3842 geschützt und durchgesetzt werden.

3843

3844 Schnellstmöglich muss innerhalb der Europäischen Union eine solidarische Lösung mit
3845 verbindlichen Regeln für die Asyl- und Flüchtlingspolitik gefunden werden. Denn es ist und

3846 bleibt ein Skandal, dass immer noch jedes Jahr tausende Geflüchtete im Mittelmeer
3847 ertrinken. Die Europäische Union darf dabei nicht tatenlos zusehen. Wir wollen die legalen
3848 Zugangsmöglichkeiten sowie die Bedingungen vor Ort verbessern.

3849
3850 NRW bleibt wichtiger Akteur in der Region. Mit einer neuen Benelux-Strategie haben wir die
3851 grenzüberschreitende Arbeit auf neue Beine gestellt. Auch wenn die aktuelle Förderperiode
3852 der EU-Strukturfonds noch läuft, wollen wir frühzeitig die Weichen für die neu beginnende
3853 Förderperiode setzen und uns dafür einsetzen, dass NRW auch weiterhin von der Förderung
3854 profitiert.

3855
3856 Wir werden deshalb:

- 3857 • **Für ein demokratisches, soziales, handlungsfähiges, stabiles und nachhaltiges Europa**
3858 **werben.** Wir werden rechtspopulistischen Parteien und ihrer anti-europäischen
3859 Propaganda wirksam entgegentreten. Dazu müssen wir den Menschen Europa wieder
3860 näher bringen. Wir stehen für das Subsidiaritätsprinzip und somit für eine bürgernahe,
3861 demokratisch verwurzelte und subsidiär aufgebaute Europäische Union mit starken
3862 Regionen und Kommunen.
- 3863 • **Uns für ein Europa, das die Menschen und deren sozialen Schutz in den Mittelpunkt**
3864 **stellt, stark machen.** Wir werben für einen politischen Ansatz, der private und
3865 öffentliche Investitionen in den Bereichen Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-,
3866 Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik fördert. Wir sind überzeugt: Das immer
3867 weitere Anziehen der Sparschraube hilft den betroffenen Ländern nicht weiter.
- 3868 • **Uns für einen Erhalt des deutschen Systems der Öffentlichen Daseinsvorsorge**
3869 **einsetzen.** Liberalisierungen wie z. B. der Wasserversorgung sind mit uns nicht zu
3870 machen. Wir wollen zudem die Gestaltungshoheit und den Handlungsspielraum der
3871 Kommunen zur Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge erhalten.
- 3872 • **Die notwendigen Maßnahmen einfordern, um den offenen Schengen-Raum zu**
3873 **erhalten.** Wir stehen für eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen und die
3874 Unterstützung der betroffenen Mitgliedstaaten. Kontrollierte und damit sichere
3875 Außengrenzen sind die Voraussetzung dafür, die Freiheiten und damit verbundenen
3876 wirtschaftlichen Vorteile des Schengen-Raumes zu erhalten, Asylsuchenden Schutz zu
3877 gewähren und die Gefahren des internationalen Terrorismus wirksam zu bekämpfen.
- 3878 • **Für eine humanitäre und solidarische europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik streiten.**
3879 Wir setzen uns für eine EU-einheitliche Regelung zum Verfahren für die
3880 Asylantragstellung in Häfen und Flughäfen sowie an Grenzorten ein. Notwendige
3881 Bedingung dafür ist eine faire und verbindliche Aufteilung der Verantwortung unter den
3882 EU-Mitgliedstaaten zur Aufnahme der Flüchtlinge. Dazu gehören gleichrangig die
3883 Umsetzung vertraglicher Festlegungen von menschenwürdigen Aufnahmebedingungen
3884 und faire Asylverfahren.

- 3885 • **Unsere Interessen in Europa wirksam vertreten.** Wir werden die europapolitischen
3886 Prioritäten für unser Bundesland jährlich identifizieren und vorantreiben. Den engen und
3887 intensiven Austausch mit unseren europäischen Partnern wollen wir weiterhin pflegen
3888 und gegenüber den Europäischen Institutionen unsere Interessen vorbringen. Für die
3889 neu beginnende Förderperiode der Europäischen Strukturfonds werden wir frühzeitig die
3890 Weichen stellen und uns dafür einsetzen, dass NRW auch weiterhin von der Förderung
3891 profitiert. Wir stehen für eine integrierte Förderpolitik, die bei den Herausforderungen
3892 vor Ort ansetzt. Dabei kommt der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung in den
3893 Städten eine besondere Bedeutung zu.
- 3894 • **Den Austausch im Europa der Bürgerinnen und Bürger fördern.** Die Förderung und
3895 Unterstützung engagierter Städtepartnerschaften wollen wir fortsetzen. Denn sie bilden
3896 das Rückgrat einer europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft. Unser Ziel ist, die
3897 Kommunen und die Zivilgesellschaft in NRW dabei zu unterstützen, Partnerschaften mit
3898 Kommunen im Ausland einzugehen, sie zu vertiefen, neue Ideen für Kooperationen zu
3899 entwickeln und damit das Projekt Europa und die internationale Zusammenarbeit vor Ort
3900 mit Leben zu füllen. Für den demokratischen Zusammenhalt in Europa wollen wir über
3901 die Programme von *Erasmus+* künftig noch mehr Studierende, Schülerinnen und Schüler
3902 sowie Auszubildende mit Europa und seinen Menschen bekannt machen.

3903

3904 **11.2 Wir setzen die Tradition unserer Eine-Welt-Politik fort.**

3905 Die Internationale Entwicklungszusammenarbeit hat bei uns mit Heinz Kühn und Johannes
3906 Rau nicht nur eine große Tradition, sondern auch eine gute Zukunft. Globale Solidarität, der
3907 Kampf gegen Armut und für nachhaltige Entwicklung haben für uns hohe Priorität.

3908

3909 Mit unserer *Eine-Welt-Strategie* haben wir nach einem umfassenden Konsultationsprozess
3910 unsere Politik auf sechs Handlungsfelder konzentriert. Neben Bildung gehören dazu
3911 Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft, Energie und Klimaschutz, Governance und
3912 bürgerschaftliches Engagement. Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten hat uns
3913 erneut vor Augen geführt, wie drängend die Probleme in der Welt sind und wie wenig sich
3914 die wohlhabenden Länder des Nordens davon abschotten können.

3915

3916 Niemand verlässt seine Heimat auf gefährlichen Fluchtrouten freiwillig. Wir müssen darauf
3917 hinwirken, dass sich die Lebensbedingungen vor Ort bessern und die geflüchteten Menschen
3918 in ihrer Heimat das Leben führen können, welches sie sich in Europa erhoffen. Die Rede von
3919 der Bekämpfung von Fluchtursachen darf nicht zur Floskel verkommen und muss auch in
3920 konkrete Politik umgesetzt werden. Dies schließt unsere Handels- und Wirtschaftspolitik
3921 gegenüber den Ländern des Südens mit ein.

3922

3923 Entwicklungspolitik beginnt bei uns. Wir stehen für fairen Handel und faire Beschaffung.
3924 Mithilfe des *Tariftreue- und Vergabegesetzes* haben wir den fairen Handel als wichtigen
3925 Baustein zur Umsetzung globaler Gerechtigkeit vor Ort vorangetrieben. Durch das Büro

3926 *newtrade NRW* haben wir für Kommunen einen Ansprechpartner zur Verfügung gestellt, der
3927 zum Thema informiert. Die *Post-2015-Agenda* gestaltet Nordrhein-Westfalen mit. Mit einer
3928 *Nachhaltigkeitsstrategie* leistet NRW als erstes Bundesland Pionierarbeit, die globalen
3929 Nachhaltigkeitsziele des New Yorker UN-Gipfels von September 2015 umzusetzen.

3930

3931 Partnerschaften des Landes, der Kommunen, von Hochschulen, Kultur- und
3932 Sporteinrichtungen sind ein wichtiger Baustein der *Eine-Welt-Arbeit* des Landes. Sie tragen
3933 zum Abbau bestehender Klischees bei und fördern damit auch das Zusammenleben der
3934 Menschen in unserem Land. Wir sind in NRW stolz auf den Internationalen Standort Bonn
3935 sowohl als zweites bundespolitisches Zentrum wie auch als UN-Standort und Impulsgeber
3936 für globale nachhaltige Entwicklung.

3937

3938 Wir werden deshalb:

3939 • **Unsere Eine-Welt-Strategie umsetzen.** In der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir
3940 weiter Vorreiter unter den Bundesländern sein. Wir engagieren uns für
3941 Entwicklungszusammenarbeit und fairen Handel, weil nur über Perspektiven
3942 wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung die Ursachen für Krieg, Bürgerkrieg, Flucht,
3943 Vertreibung und ungesteuerte Migration wirksam bekämpft werden können. An unserer
3944 *Eine-Welt-Strategie* werden wir beteiligungsorientiert weiterarbeiten. Wichtige Partner
3945 bleiben dabei Kommunen, Eine-Welt-Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften, die Wirtschaft
3946 und die Hochschulen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele werden wir als Querschnittsaufgabe
3947 vorantreiben.

3948 • **Die Arbeit in unseren Schwerpunkten fortführen und weiterentwickeln.** Die
3949 Schwerpunkte unserer Entwicklungspolitischen Arbeit im Nahen Osten zur Bekämpfung
3950 von Fluchtursachen im Rahmen humanitärer Hilfe werden wir fortsetzen. Unsere
3951 Partnerschaft mit Ghana ebenso wie unsere Projekte in Südafrika wollen wir als einen
3952 Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit setzen. Dabei nutzen wir auch die
3953 Erfahrungen und die Netzwerke der Diaspora-Gemeinschaften.

3954 • **Für einen fairen Handel eintreten.** Die Zusammenarbeit mit den Organisationen der
3955 Wirtschaft in diesem Bereich wollen wir verstärken und das Engagement von
3956 Unternehmen im Bereich sozial verantwortlicher Unternehmensführung (CSR)
3957 unterstützen. Unseren Einsatz für fairen Handel unter anderem durch das *Tariftreue- und*
3958 *Vergabegesetz* sowie das Büro *newtrade NRW* werden wir fortsetzen.

3959 • **Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Bildungsarbeit weiter**
3960 **unterstützen.** Die Einbeziehung von Kommunen und Zivilgesellschaft in NRW ist ein
3961 wichtiges Ziel unserer *Eine-Welt-Politik*. Wir werden sie weiter fördern. Viele Prozesse
3962 können so auf kommunaler und partnerschaftlicher Ebene angestoßen werden. Die
3963 entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit all ihren bestehenden Elementen in Nordrhein-
3964 Westfalen werden wir fortsetzen, beispielhaft dafür seien das *Promotorenprogramm*
3965 sowie der *Konkrete Friedensdienst* genannt.

- 3966 • **Den internationalen Standort Bonn stärken.** Insbesondere wollen wir die Kompetenzen
3967 der UN-Stadt Bonn im Bereich Nachhaltigkeit, Klima-und Umweltschutz sowie als
3968 Standort für Wissenschaft und Forschung ausbauen. Das Bonn-Berlin-Gesetz bleibt dafür
3969 die unverzichtbare Grundlage.

ENTWURF

3970 **SPD. POLITIK FÜR DIE SOLIDARISCHE MEHRHEIT IN NRW.**

3971

3972 Die großen Herausforderungen, vor denen unser Land auch in den nächsten Jahren stehen
3973 wird, sind nicht durch dumpfe Parolen oder leere Versprechungen zu meistern, sondern
3974 allein durch eine solide und mutige Regierungspolitik.

3975

3976 Nur wer selbst einen klaren Kompass hat, kann im Wandel Orientierung und Sicherheit
3977 geben und unser Land in eine gute Zukunft führen. Unser NRW-Plan zeichnet die langen
3978 Linien sozialdemokratischer Regierungspolitik in den nächsten fünf Jahren.

3979

3980 Es ist der Plan für ein starkes und gerechtes Nordrhein-Westfalen. Für die solidarische
3981 Mehrheit in NRW. Es bleibt dabei: Die Menschen stehen in Mittelpunkt unserer Politik.

3982

3983 Deshalb muss Hannelore Kraft Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen bleiben und die
3984 SPD-Fraktion wieder stärkste Kraft im Düsseldorfer Landtag werden.

3985

3986 Bei der Landtagswahl am 14. Mai 2017 wird Nordrhein-Westfalen beweisen, dass bei uns
3987 weiterhin nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das soziale Herz Deutschlands schlägt.

3988

3989 NRW. Stark und Gerech. Solidarisch und Verlässlich. Weltoffen und Zuversichtlich.